

liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

**Die soziale Sicherung
... durchgebrannt**



BÜCHER FÜR DEN FRIEDEN

Leonhard Froese

Deutschlandisierung des Sicherheitsrisikos

oder Deutschland- und Sicherheitspolitik des Ausgleichs

Mit einer Einführung von William Borm

104 Seiten, 11,80 DM, Best.-Nr. 100

Gibt es eine Deutschlandisierung des Sicherheitsrisikos? Gibt es überhaupt ein Sicherheitsrisiko und wenn ja, worin ist es zu erkennen? Und konkret: was beinhaltet es, wenn ein Sicherheitsrisiko deutschlandisiert wird? Da Sicherheit nicht monokausal sein kann aber auch: wie sieht das Beziehungsgeflecht aus, aus dem sie erwächst? Und: Sicherheit ist kein Ergebnis von Tagespolitik, Sicherheit ist vielmehr eine sich ständig ändernde Größe innerhalb eines mit jedem Tag fortschreitenden Geschehens, in dem auch frühere politische Setzungen heute und morgen fortwirken; wie sieht also der historische Prozeß aus, der diesen Buchtitel überhaupt erst möglich gemacht hat?

Leonhard Froese hat Fragen aufgeworfen, die nicht zu endgültigen Antworten führen, die aber der Diskussion bedürfen; Fragen, die verhindern können und sollen, daß die Menschen zu Faustpfänden in dem sicherheitspolitischen Pokerspiel der Supermächte werden, bzw. sie, soweit sie es schon sind, aus diesem Spiel der Entmündigung mit tödlichem Ausgang herausnehmen.

Froese erhebt, so einfach läßt es sich sagen, den moralischen und politischen Anspruch auf Selbstbestimmung (im Gegensatz zur Fremdbestimmung – durchaus im politischen und psychologischen Sinne – durch „Schutz“-mächte); diesem Anspruch menschlicher Lebensqualität dient auch die Buchreihe „edition liberal“, in der die „Deutschlandisierung“ als erster Titel erscheint.

Es steht um die Entwicklung der Freiheitsrechte des Bürgers, um die Rahmenvoraussetzungen für Selbstbestimmung in unserem Land nicht gut. Wohl zahllose Beispiele ließen sich finden, die dies belegen und zeigen würden, daß in nahezu allen Lebensbereichen die restaurativen Kräfte in der Gesellschaft im Vormarsch sind – so auch in der Sicherheitspolitik.

Damit und mit der Verabschiedung (nicht nur der FDP) vom Liberalismus als politischer Gestaltungsleitlinie besteht die Gefahr, Liberalität lediglich noch als historisches Phänomen zu betrachten (oder aber den mit Liberalität gemeinten Sachverhalt so sehr seiner Inhalte zu entledigen, daß das Wort nur noch etwas nicht näher faßbares Positives ausdrückt und in der Regel attributiv verwendet wird).

Die „edition liberal“ und die „liberalen drucksachen“ wollen dem entgegenwirken, sie bieten den liberalen Kräften die Möglichkeiten zur Darstellung und Diskussion.

Deutschland ohne Liberalität und Liberalismus in Gesellschaft und Politik – eine mehr als düstere Perspektive!

Liberaler Drucksachen Verlagsgesellschaft
Steinweg 5
3300 Braunschweig

Johannes Esser (Hrsg.)

Friedensarbeit nach der Raketenstationierung

Grundlagen und Anregungen

ca. 220 Seiten, ca. 19,80 DM, ISBN 3-88 657-047-9

Bei Bestellungen bis zum 30.11.1984: 18,00 DM

Inhalt

Johannes Esser, Überlegungen zur Friedensarbeit nach der Raketenstationierung

Rainer Hoehne, Die Unmöglichkeit ärztlicher Hilfeleistung nach dem Atomschlag. Medizinische und gesellschaftspolitische Aspekte

Hermann Rosemann, Feindbilder

Hans Jürgen Möller, Dialog oder Belehrung? Anmerkungen zum Verhältnis der Parteien zur Friedensbewegung

Ulf Pedersen, Zur Friedens- und Sicherheitspolitik der Liberalen Demokraten (LD)

Erich Küchenhoff, Widerspruch und ziviler Ungehorsam können nicht aufhören!

Christa Cremer, Zum politischen Bewußtsein und politischen Handeln von Frauen in der Friedensarbeit

Renate Wurms, Militarisierung durch Zivilschutz

Johannes Esser, Grundlagen zur Gewalt-Ächtung und Friedensfähigkeit*

Hans-Peter Nolting, Gewaltfreiheit lernen

Renate Wurms, „Mitmachen macht Mut . . .?“ Zur Friedensarbeit an Volkshochschulen

Bea Wildt, Voneinander lernen – miteinander kämpfen! – Bericht aus der Praxis: Eine Schule im Aufbruch der Friedensbewegung

Waldemar Ruez, Kirchliche Friedensarbeit – Praktische Möglichkeiten

Eckart Schiele, Wehrerziehung in der DDR als verhinderte Friedenserziehung

Ralph-Günther Vogel, Hinweise auf Medien und Arbeitsschwerpunkte für die praktische Friedensarbeit

Raketen-Aufrüstung, weltweite Waffenproduktion, gesellschaftliche Militarisierung und dogmatische Sicherheitspolitik richten sich gegen den Menschen. Diese lebensgefährlichen Entwicklungen erzeugen in ihrer vielfältigen Friedlosigkeit eine *Zivilisation des Todes*.

Perspektivlosigkeit, materielles und soziales Elend und die Zerstörung und Vernichtung von unverzichtbaren Lebensräumen aber sind in einer Demokratie nicht wortlos hinzunehmen.

Kritik, Widerspruch und Protest ermöglichen eine bewährte Praxis der sozialen und solidarischen Lebensverwirklichung gegen anwachsende Gewalttätigkeiten des Unfriedens.

Friedensarbeit hat hierbei die Aufgabe der Bewußtseinsbildung und der Aufarbeitung für gewaltfreie und politische Lebenseinstellungen zu bewerkstelligen, damit menschliche und gesellschaftliche Zukunft weiter entwickelt werden kann. Frieden versteht sich hierbei als eine besondere Lebenskultur, mit der sich zentrale Überlebensprobleme, Grund- und Lebensrechte ausbauen und sichern lassen.

Agentur Pedersen
Steinweg 5
3300 Braunschweig

Soziale Ziele

Die Sozialpolitik war in der sozialliberalen Koalition ein Feld ständiger Spannungen zwischen SPD und FDP. Dabei war von der Programmatik der Parteien eine fruchtbare Zusammenarbeit möglich. Dieter Noth beschreibt die verpaßten Möglichkeiten sozialliberaler Sozialpolitik. Seite 3

Blick nach vorn: Wie kann eine fortschrittliche liberale Sozialpolitik aussehen, die den Grundsatz der Solidarität mit dezentralen und individuellen Lösungen verbindet und bei alledem finanzierbar bleibt? Überlegungen dazu von Theo Schiller, erstmals vorgetragen vor dem Sozialliberalen Gesprächskreis. Seite 22



Konfliktreich

Die Nichtteilnahme der meisten sozialistischen Länder an der Olympiade in Los Angeles und der dort zutage getretene Nationalismus in den USA haben einmal mehr den politischen Charakter des Sports offenbart. Friedhelm Wachs, Mitglied des Vorstands der Deutschen Sportjugend, untersucht das wechselseitige Spannungsverhältnis zwischen Sport und Politik. Er plädiert dafür, Sport als Mittel der Verständigung zu nutzen. Seite 15

Arbeitsperspektiven

Die Umstrukturierung der liberalen drucksachen ist nahezu abgeschlossen. Der Verlag wurde neu organisiert, das politische Spektrum der Zeitschrift, repräsentiert durch Herausgeberbeirat und Redaktion, erweitert. Die neugefaßten inhaltlichen Grundlagen und Ziele der Id stellt Mitherausgeber Theo Schiller vor. Seite 18

Gewissenssache

Die ersatzlose Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer ist eine alte liberale Forderung. Die Liberalen Demokraten Bergisches Land gehen die Problematik von einer anderen Seite aus an. Jeder Wehrdienstleistende müsse es mit seinem Gewissen vereinbaren können, andere Menschen zu töten. Konsequenz dieser Überlegung: eine Gewissensprüfung für Soldaten. Seite 20



Derweil sich Moskau für die 12. Weltjugendfestspiele (50 Mill. Rubel) im Sommer 1985 rüstet, knüpft Washington mit 20 Mill. Dollar nicht nur Fäden für eine „International Youth Conference“ (I.Y.C.) und ein „World Youth Festival of Arts“ im April 1985 auf Jamaika („JAMFEST '85“), sondern auch an einer internationalen Jugendstruktur, exklusiv für die „Freie Welt“. Heinz-Hermann Storck untersucht die Konsequenzen. Seite 32



Analyse: Verpaßte Chancen sozialliberaler Sozialpolitik Seite 3

Deutschland: Eine Antwort auf den Beitrag von H.-H. Storck Seite 8

Bildung: In Nordrhein-Westfalen werden Gesamtschul-Chancen verbaut Seite 11

Berlin: Christian Walther berichtet vom Vorwahlkampf an der Spree Seite 13

Kollision: Friedhelm Wachs über das Verhältnis von Sport und Politik Seite 15

Aufruf: Künstler fordern „Verteidigt die Kultur“ Seite 16

Vorgestellt: Der Herausgeberbeirat der liberalen drucksachen Seite 18

Zukunft: Arbeitsperspektiven der liberalen drucksachen Seite 20

Kriegsdienst: LD Bergisches Land verlangt Gewissensprüfung für Soldaten Seite 21

Rückschritt: Eine Landesfrauenklinik wird in kirchliche Trägerschaft gegeben Seite 22

Skizze: Theo Schiller entwickelt Grundzüge einer liberalen Sozialpolitik Seite 23

Verständigung: Geschichte und Gegenwart der internationalen „Jugenddiplomatie“ Seite 32

Rubriken

In eigener Sache	Seite 2
bundestags-drucksachen	Seite 5
nachrichtlich	Seite 6
Von Tag zu Tag	Seite 10
nach-drucksachen	Seite 29
Deutsch für Inländer	Seite 31
buch-drucksachen	Seite 34
Personen & Parteien	Seite 35
der-die-das letzte	Seite 36

Herausgeberbeirat

William Borm, Berlin/Bonn; Martin Budich, Bochum; Ingeborg Drewitz, Berlin; Sybille Engel, München; Leonhard Froese, Marburg; Friedrich Hölscher, Leinfelden-Echterdingen; Karl Holl, Bremen; Ulrich Klug, Köln; Hanspeter Knirsch, Bochum; Egmont R. Koch, Bremen; Jürgen Koppelin, Bad Bramstedt; Jürgen Kunze, Berlin; Werner Lutz, Lehrte; Norbert Mann, Bonn; Helmut Ridder, Gießen; Theo Schiller, Marburg; Thomas Schmid, Berlin; Helga Schuchardt, Hamburg; Christoph Strässer, Münster.

Redaktion

Wolfgang Froese (verantwortlich), Michael Kleff, Helmut W. Lindner, Reinhard Lütkemeyer, Heidrun Schmitt, Michael Staack.

Redaktionsanschrift

Neusser Straße 200, 5000 Köln 60

Bonner Büro

Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1
Tel.: (0228) 210952

Ständige Mitarbeiter

Roland Appel, Thomas Hetzer, Marianne Hochgeschurz, Harald Jansen, Dieter Noth, Volker Perthes, Christian Walther.

Anzeigen

Anfragen und Aufträge bitte an den Verlag.

Preise

Einzelheft DM 5,-, Abonnement über 1/4 Jahr DM 15,-, 1/2 Jahr DM 30,-, 1 Jahr DM 60,-. Für Schüler, Studenten, Zivil- und Wehrdienstleistende, Arbeitslose und Sozialrentner: Abonnement über 1/4 Jahr DM 10,50, 1/2 Jahr DM 21,-, 1 Jahr DM 42,-. Förderabonnement: 1/2 Jahr DM 45,-, 1 Jahr DM 90,-. Im Preis ist die gesetzliche Mehrwertsteuer enthalten.

Verlag

Liberalen Drucksachen Verlagsgesellschaft mbH, Steinweg 5, 3300 Braunschweig
Geschäftsführer: Ulf Pedersen
Tel.: (0531) 40294/5

Herstellung

Agentur für wissenschaftliche Literatur Ulf Pedersen GmbH
Steinweg 5, 3300 Braunschweig
Breklumer Druckerei Manfred Siegel
2257 Breklum über Bredstedt

Fotonachweis

dpa, H.M. Krüger, R. Neumann, Th. Siekermann

Lieber Leser

der notwendige, nachgeholte planvolle Aufbau der liberalen drucksachen ist in wesentlichen Teilen bewerkstelligt. Auf der jetzt erreichten personellen und inhaltlichen Basis wollen wir nun bis auf weiteres arbeiten: „als offenes Diskussionsforum für liberale Ideen und liberale Politik für das organisierte und das unorganisierte Spektrum des Liberalismus und der Liberalität“ (Theo Schiller).

Das erweiterte Spektrum des Herausgeberbeirates – und damit auch der Zeitschrift – wird auch an der Person Norbert Manns deutlich, der ab sofort als Mitherausgeber der liberalen drucksachen wirken wird. Mann, der sich selbst als Liberaler definiert, ist Gründungsmitglied der Grünen, war zweieinhalb Jahre in deren Bundesvorstand und ist zur Zeit als „Nachrücker“ Sprecher der Grünen im Bundestag für den Bereich „Innen und Gesellschaft“. Mit der Aufnahme Norbert Manns wollen wir die Erweiterung des Herausgeberkollegiums zunächst einmal abschließen.

Nahezu abgeschlossen ist inzwischen auch die Reorganisation des Verlages, der die liberalen drucksachen herausgibt. Der neue Geschäftsführer Ulf Pedersen, im Hauptberuf Verleger wissenschaftlicher Literatur, hat in den vergangenen Monaten die mit ganz erheblichem bürokratischem Aufwand verbundene Umstellung der Verlagsgeschäfte vorgenommen. Dabei mußten auch manche „Altlasten“ mit aufgearbeitet werden, so etwa im Abonnentenbereich. Bei der Neuordnung der Kartei kann es in dem einen oder anderen Fall dazu gekommen sein, daß ein Leser zu Unrecht eine Rechnung oder Mahnung erhalten hat. Unsere Bitte: Wenden Sie sich in Zweifelsfragen an den Verlag. Neben der Verlagsarbeit ist Ulf Pedersen auch für den Satz und die Seitenmontage der liberalen drucksachen zuständig, während der Layout-Entwurf weiterhin von der Redaktion erstellt wird.

Die hatte es übrigens bei der Fertigstellung dieser Ausgabe besonders schwer. Einige Autoren sagten kurzfristig ab, andere Beiträge fielen kürzer als erwartet aus oder kamen verspätet an. Wir mußten umstellen und improvisieren; nicht alle gewohnten Rubriken sind diesmal im Heft vorhanden.

In der nächsten Ausgabe der liberalen drucksachen soll aber alles wieder seine Ordnung haben.

In diesem Sinne
Ihre drucksachen-macher

Mitteilung des Verlages

Wie bereits angedeutet ist es möglich, daß einige Abonnenten der liberalen drucksachen in den vergangenen Wochen eine Rechnung des Verlages erhalten haben, von der sie meinen, sie sei zu diesem Zeitpunkt ungerechtfertigt ausgestellt worden. Dies kann auf einige aufgetretene Konfusionen bei der Übernahme/Umstellung der Abonnentenkartei zurückzuführen sein; wir bitten dafür um Entschuldigung und wären Ihnen dankbar, wenn Sie sich an den Verlag wenden würden.

Der Verlag hat – auch wenn es bisher so vereinbart war – ab dem 1.10.1984 aus einer Reihe von Gründen auf eine weitere Nutzung des Lastschriftverfahrens verzichtet. Von diesem Zeitpunkt an erhalten alle drucksachen-Bezieher eine Verlagsrechnung, aus der hervorgeht, bis zu welcher Ausgabe das Abonnement bezahlt war und bis zu welcher Ausgabe mit Zahlung der Rechnung das Abonnement läuft. Falls eine Ausgabe der liberalen drucksachen nicht erscheint, so wird Ihr Abonnement entsprechend vorgetragen; Sie werden darüber einen Beleg erhalten. Zum Jahresende 1984 erhalten alle drucksachen-Bezieher einen Konto-Auszug, aus dem diese Information hervorgehen wird.

Aus Gründen der allseitigen Klarheit betrachtet der Verlag alle Abonnements als fortlaufend. Kündigungen sind mit einer Frist von drei Monaten zum Quartalsende jederzeit möglich. Abonnenten, die zu ausdrücklich anderen Bedingungen die liberalen drucksachen bisher beziehen, werden direkt vom Verlag zum Jahresende angeschrieben.

Ulf Pedersen

Die Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition:

Vertane Chancen

„Unser Sozialsystem liegt wie eine Zentnerlast auf der Wirtschaft.“ So diagnostizierte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht die Lage. Es war im Jahr 1983, der „durch den Wahlsieg der Union ausgelöste psychologische Aufschwung“ (Albrecht!) war verpufft, die Zahl der Arbeitslosen stieg weiter.

Die Reaktion der Regierenden auf diese Entwicklung gleicht der Suche nach dem Stein der Weisen: Leistung müsse sich wieder lohnen, Anspruchsdenken sei verfehlt. Fleißappelle an die, die Arbeit haben, wer keine hat – oder krank ist, alt behindert, ausgebildet wird, kinderreich oder Alleinerzieher ist –, der muß sich eben abfinden.

In keinem anderen Politikbereich ist die Wende so spürbar geworden wie in der Sozialpolitik. In keinem anderen Bereich ist aber auch so dilettantisch herumgewerkelt worden. Maßnahmen geraten zur Posse: während die Nürnberger Arbeitsverwaltung durch die Leistungskürzungen bis zum Jahresende 1984 mit einem Überschuß von rund 3 Milliarden DM rechnet, beginnen die Sozialhilfeleistungen der Städte an die Arbeitslosen die kommunalen Haushalte aufzufressen. Umschichtung des Mangels.

Die Konturen konservativer Sozialpolitik sind deutlich geworden:

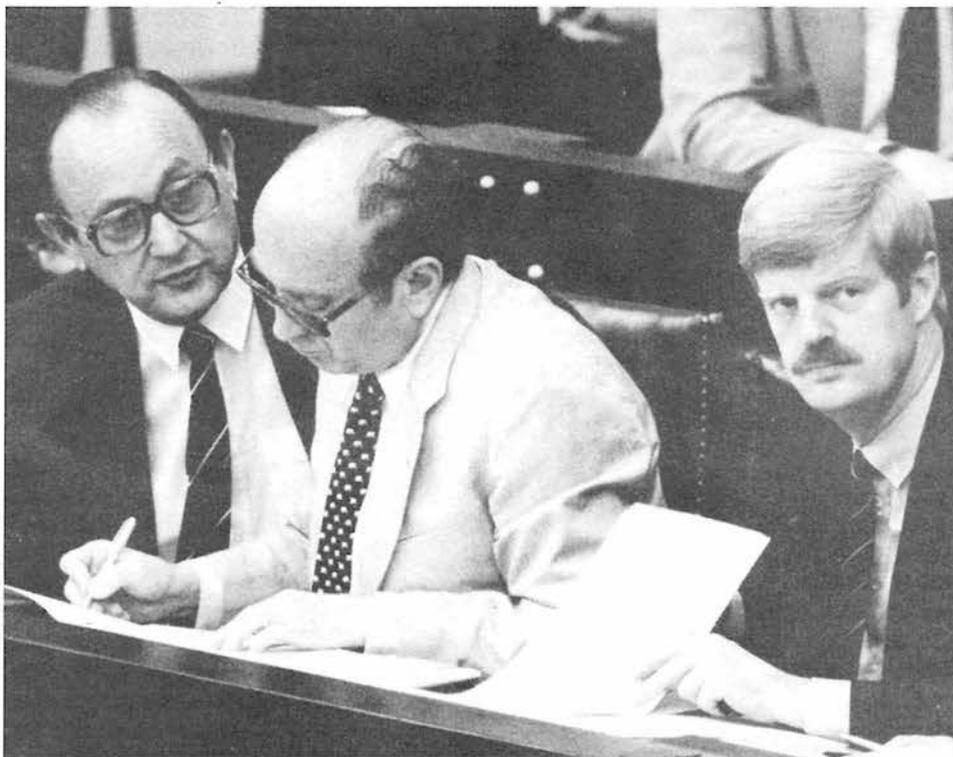
– Ganze Bevölkerungsgruppen fallen durch das soziale Netz. Die ökonomische Krise wird genutzt zu einer gezielten Politik gegen die sozial Schwächeren.

– Reformen geraten zu Flickschusterei. Norbert Blüm will mit seinen Renten-Modellen das „Bedürftigkeitsprinzip“ in den ehemals gefeierten „Generationenvertrag“ einführen – Rückkehr zur „Wohlfahrt“?

– Neben Kürzungen und offenen Belastungserhöhungen treten bei Sozialabgaben – der Soziale Schein muß gewahrt bleiben – versteckte Belastungen hinzu.

Als Fazit bleibt: Die Umverteilung von unten nach oben ist kein Vorwurf, sondern eine Zustandsbeschreibung.

Wie konnte dieser rasante Umschwung in der Sozialpolitik gemanagt werden? Hatten sozialliberale Reformen nicht 13 Jahre Zeit, das soziale Netz reißfest zu machen? Oder war dies objektiv nicht möglich, ist Sozialpolitik nur etwas für politische Schön-Wetter-Perioden? Von Reformen war viel die Rede, zumal zu Beginn der siebziger Jahre. Aber in der Sozialpolitik wurde schnell deutlich, daß oft nur Flickwerk gelang. Am Ende der Koalition ver-



Regierungsbank am 16.9.1982: dem Tag vor dem Koalitionsbruch:
(v.l.) Genscher, Lamsdorff, Lahnstein

kam Sozialpolitik gar zu Spiegelstrichen der alljährlichen Sparrunden.

Deshalb bleibt, bilanziert man die Sozialpolitik der SPD-FDP-Koalition, ein bitterer Nachgeschmack, obwohl viel auf den Weg gebracht wurde.

Alleine objektive Hemmnisse (fehlende Bundesratsmehrheit, fortwährend aufeinanderfolgende „Existenz“-Wahlen, die Profilierungssucht der FDP gegenüber ihrer Klientel und die Orientierung an einer nach-sozialliberalen Ära usw.) sind keine hinreichenden Erklärungen.

Sicherlich ist die Erkenntnis vorhanden gewesen, daß Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft notwendig sind, um das Sozialsystem unter veränderten ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen funktionsfähig zu erhalten bzw. zu machen. Der große Wurf, die – im Wortsinn – Reform des Sozialsystems aber scheiterte an dem schon früh erkennbaren Mißtrauen, mit welchem sich die Koalitionspartner auf diesem Feld begegneten: keiner nahm die gesellschaftspolitischen Ziele des Partners vorurteilslos zur Kenntnis, zu oft war „Zumutung“ die Reaktionsvokabel. Mit Hilfe parteitaktischen Muskelspiels wurde Einigung über Tagesfragen erzielt – wobei man gegenseitig insgeheim hoffte, es

„heimzuzahlen“ und bei der nächsten Gelegenheit „mehr herauszuholen“. Unterschiedliche Ansätze der beiden Partner in der Frage nach der „richtigen“ Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems wurden nie ernsthaft diskutiert: als Vorurteil auf der einen wie als Vorwurf auf der anderen Seite standen sich die Forderungen „mehr kollektive Solidarität“ und „mehr individuelle Freiheit“ gegenüber. Dabei – vergleicht man die Passagen aus dem Godesberger Programm mit denen aus den Freiburger Thesen – war man gar nicht so weit auseinander. Wenn es im Godesberger Programm heißt, „Sozialpolitik hat wesentliche Voraussetzungen zu schaffen, daß sich der Einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und sein Leben in eigener Verantwortung gestalten kann“, findet sich die Entsprechung in den Freiburger Thesen: „Nicht nur auf Freiheiten und Rechte als bloß formale Garantien des Bürgers gegenüber dem Staat, sondern als soziale Chancen in der alltäglichen Wirklichkeit der Gesellschaft kommt es dem Sozialen Liberalismus an“.

Programmatisch war Zusammenarbeit also möglich, wenn auch die Unterschiede nicht einfach zu überbrücken und schon gar nicht einfach aufzuheben waren. Doch die Alltagspolitik gab einer

wirklichen inhaltlichen Auseinandersetzung nicht die Chance. Peter Glotz hat es in einem Interview mit diesem Blatt treffend charakterisiert (ld 8/9, 1983): „Ich glaube, daß es eine Art unreflektierten Selbstbeteiligungs-Ökonomismus auf Seiten der FDP und eine Vollversorgungsphilosophie auf Seiten der SPD gegeben hat“.

Daß das Sozialsystem voller Unzulänglichkeiten war und ist, daß es reformbedürftig war und ist, darin waren sich beide einig. Nur hätte sich die SPD freimachen müssen von der Neigung, in kollektiver Organisation einen Selbstzweck zu sehen. Und die FDP hätte lernen müssen, sozialstaatliche Interventionen in das Einkommensgefüge und in den Wirtschaftskreislauf nicht immer nur als Freiheitseinschränkung des sozial Stärkeren, sondern primär als Freiheitserweiterung des sozial Schwächeren zu sehen.

Aber die „Beton-Füßler“ beider Parteien brachten nicht die Kraft auf, sich zu bewegen. Thomas Ebert, der kluge Kopf der Sozialpolitik in der SPD-Bundestags-

fraktion, brachte das Ergebnis von 13 Jahren sozial-liberaler Sozialpolitik auf dem Treffen des Sozialliberalen Gesprächskreises in zwei Sätzen unter: „In der SPD-Sozialpolitik dominierte anfangs quantitatives Expansionsdenken und später unbewegliche Defensivmentalität. Die FDP-Sozialpolitik ist ihrerseits immer mehr zu mittelstandsorientierter Klientelpolitik verkümmert.“

kamen deswegen den Rang, den diese Instrumente brauchten, um die ökonomische Struktur- und Modernisierungskrise sozial beherrschbar zu machen und um den Übergang zu finden von einer kompensatorischen (und damit nicht ewig finanzierbaren) zu einer präventiven, aktiv gesellschaftsgestaltenden Sozialpolitik. Ebert: „Die Liberalen wurden zunehmend Opfer ihrer eigenen Angst vor dem

Späte

Noch am 17. August 1982 (exakt einen Monat vor der „Wende“) versuchte der SPD-Sozialexperte Eugen Glombig, Vernunft in die Szene zu bringen. Glombig, vom Vorurteil des „beton-füßigen (d.h. unbeweglichen) Sozialpolitikers“ oft ge- und betroffen, schrieb unter der Überschrift „Nicht demontieren, sondern reformieren“ eine Analyse der Ergebnisse der Haushaltsberatungen '83. Kernsatz: „Sozialdemokraten müssen lernen, daß die Zeit des weiteren Ausbaus der Sozialen Sicherung im Sinne expandierender Leistungen vorbei ist, und daß von dem, was unter wirtschaftlich günstigeren Bedingungen sozialpolitisch wünschenswert war, Abstriche gemacht werden müssen.“

Die Freien Demokraten müssen sich, wenn die Koalition nicht an der Sozialpolitik zerbrechen soll, vor der Versuchung hüten, Sozialpolitik mit vor allem mittelstandsorientierter Klientelpolitik zu wechseln, gut situierte Personenkreise zu schützen und gleichzeitig Opfer insbesondere vom „Kleinen Mann“ zu fordern.“

Glombig wollte es offensichtlich einen Monat vor der Wende immer noch nicht glauben, daß viele seiner Verhandlungspartner am Koalitionstisch die „Opfer des kleinen Mannes“ als wirtschafts- und sozialpolitische Notwendigkeit betrachteten. Und dazu brauchten sie eine andere Koalition. ...



Godesberger Programm, Freiburger Thesen: „Programmatisch war Zusammenarbeit möglich“



Die Chance war gegeben, hätten sich die – schon damals sattsam bekannten – Einsichten durchgesetzt:

– Soziale Sicherung ist mehr als nur eine Grundsicherung, sie muß darüber hinaus den sozialökonomischen Status der Mehrzahl der Bevölkerung erhalten – aber 100-prozentige Vollversicherung ist eine Utopie.

– Eigenvorsorge ist notwendig und wünschenswert, sie darf aber nicht Privilegien gutsituierter Personenkreise rechtfertigen.

– Weder Zentralismus und Großbürokratie noch Orientierung an berufsständischen Prinzipien sind hilfreich für ein modernes Sozialsystem. Dagegen müssen gleiche soziale Tatbestände gleich behandelt werden, die Bürger müssen entsprechend ihrer Leistungskraft zur Finanzierung herangezogen werden.

Im Zuge des ökonomischen „citius, altius, fortius“ konnte der nebulöse Begriff Sozialpartnerschaft alles verdecken, dabei den notwendigen Kern des Problems – Machtgleichgewicht oder zumindest Machtteilhabe aller am Arbeitsprozeß Beteiligten – verdunkeln. Weder Vermögensbildung noch Mitbestimmung be-

„Gewerkschaftsstaat“. Und die Sozialdemokraten, die in dem Individualismus der FDP lediglich eine Entsolidarisierungsstrategie im Kapitalinteresse sehen konnten, fühlten sich darin bestätigt, über so etwas wie Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Arbeitsgruppenrechte oder flexible Arbeitszeit am besten gar nicht erst nachzudenken.“

Fazit: beide Koalitionäre haben ihr Lernziel verpaßt.

Lernziel der SPD: Kollektive Organisation ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für individuelle Freiheit.

Lernziel der FDP: Individuelle Freiheit ohne kollektive Organisation ist in der kapitalistischen Gesellschaft – außer für wenige Privilegierte – nicht erreichbar.

Die Lösung der sozialpolitischen Probleme, an denen das „historische Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und aufgeklärtem Bürgertum“ auf parlamentarischer Ebene in Bonn letztlich gescheitert ist, steht noch aus. Verschärfend treten mehr und mehr die Notwendigkeit der sozialen Beherrschung neuer Techniken und die Flexibilisierung der Arbeitswelt hinzu.

pro familia magazin

Wie viele anderen Organisationen ist PRO FAMILIA betroffen von der „Wende“ in Bonn, vor allem wegen der wieder aufgeflammten Diskussion um den § 218. Der Bundesverband der PRO FAMILIA gibt alle zwei Monate eine Zeitschrift heraus, in der regelmäßig auch familienpolitische Themen behandelt werden. Der *Gerd J. Holtzmeyer Verlag, Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig*, schickt Ihnen gern Probehefte.

Wenn Sie umfassender informiert werden wollen, schneiden Sie diesen Abschnitt aus, fügen Sie einen Schein/Scheck im Wert von DM 10,- bei, und Sie erhalten postwendend 4 Ausgaben als „Kennenlernpäckchen“ (Absender nicht vergessen).



Peter Glotz: „Treffend charakterisiert“

Und es ist sehr fraglich, ob die jetzt Herrschenden die Fähigkeit haben, die offenen Fragen zu erkennen und zu beantworten oder — ohne Polemik gefragt — ob sie überhaupt den Willen haben, die Antworten sozial auszugestalten.

Es ist noch offen,

— ob die elektronische Arbeitswelt den einzelnen noch mehr steuert, verplant und kontrolliert, oder ob durch die neuen Techniken die Chance zu mehr individueller Autonomie und Gestaltungsmöglichkeit genutzt wird;

— ob die Menschen wieder einer rigorosen Kapitalherrschaft unterworfen werden, oder ob neue Formen des solidarischen Zusammenhalts gefunden werden. Somit steht für die Zukunft in diesem Politikbereich ein altes sozialistisches Thema unversehens im Mittelpunkt: die Überwindung der entfremdeten Arbeit. *dpr*

bundestags-drucksachen**Ins Schleudern gebracht**

Zum Beginn der Urlaubszeit hatte Helmut Kohl freudig die Öffnung der Grenzen verkündet und damit — wie er meinte — den von Warteschlangen an den Kontrollstellen genervten Urlaubern und Urlauberrinnen einen populären Gefallen getan.

Daß er damit die Strategie seines Innenministers Zimmermann und dessen Überwachungsfanatikern durcheinanderbringen würde, war ihm freilich nicht bewußt.

Diese saßen seit Februar an der Beantwortung einer Großen Anfrage der Grünen, die nach den Widersprüchlichkeiten des angeblich notwendigen maschinenlesbaren und „fälschungssicheren“ Personalausweises gebohrt hatten. Kohls Vorstoß brachte eins ihrer wesentlichen Argumente: „Grenzkontrollen erleichtern“, ins Schleudern. Um nicht zugeben zu müssen, daß es mit der Plastikkennkarte doch darum ging, innerhalb der Republik bei vermehrten Polizeikontrollen Bewegungsbilder der Bürger zu erstellen, erbaten sie erst einmal mehr Bedenkzeit und verschoben die Beantwortung der Anfrage durch das Innenministerium von Juni auf September.

Als Ausweg erschien ihnen offensichtlich die Möglichkeit, bis dahin auf europäischer Ebene einen Beschluß zur Einführung der neuen Identitätsnachweise zu bekommen. Die praktische Umsetzung hatten sie auch schon in der Tasche, denn in den Schubladen der Bundesregierung liegt der fertige Entwurf für ein Paßgesetz, das für den deutschen Europaß ebenfalls ein maschinenlesbares Feld vorsieht.

In der zweiten Septemberwoche machte aber die EG auch diese Hoffnung zunichte; die Vertreter der anderen Mitgliedsstaaten bekräftigten ihren Beschluß, auf keinen Fall maschinenlesbare Ausweise europaweit einzuführen.

Super-Bus

Im hohen Norden der Bundesrepublik — zwischen Flensburg und Lindholm — müssen neue Modelle von Omnibussen mit extrem erweitertem Fassungsvermögen im Einsatz sein. Dem letzten Beweis für die bisher der Öffentlichkeit verborgen gebliebenen Fortschritte in der Beförderungstechnik des Öffentlichen Nahverkehrs brachten die Antworten der Bundesregierung auf mehrere kleine Anfragen der Grünen.

Um die Auswirkungen von Streckenstilllegungen der Bundesbahn auf die Ver-

kehrsbedingungen zu beurteilen, hatten die Grünen nach entsprechenden Daten der 1981 stillgelegten Bahnstrecken gefragt. Für die Strecke Flensburg — Lindholm teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 13. Juli einen grandiosen Erfolg mit: Die wöchentlich 232 Bahnbusfahrten dieser Strecke benutzten 1983 nicht weniger als 1.062.369 Reisende *pro Woche* — also pro Busfahrt durchschnittlich 4.579 Reisende.

Die Grünen — allgemein bekannt als völlig einseitige Anhänger des Schienen- und Radverkehrs — wollten diesen augenfälligen Erfolg der Verkehrspolitik nach der „Wende“ natürlich nicht wahrhaben wollen und fragten im Hause Dollinger an, ob diese Zahlen vielleicht unrichtig seien. Wie es einer derart respektlosen Infragestellung der Glaubwürdigkeit unserer Regierung der „geistig moralischen Erneuerung“ nicht anders gebührt, wurde die Intervention der umweltbesessenen Parlamentarier mit einem überzeugenden „Nein“ abgeschmettert.

Offen bleibt, wie es bisher gelungen ist, in Schleswig-Holstein trotz des dort zuständigen „Rotfunks“ NDR und unbenutzt von dort spärlich siedelnden Grünen oder fortschrittlichen und umweltinteressierten Subjekten, einen offensichtlich nicht unbedeutenden Feldversuch mit neuen Beförderungsmitteln derart geschickt geheimzuhalten.

Rechts-Bewußtsein

Das rechte Bewußtsein bei der Jugend, in der Bevölkerung überhaupt, muß gestärkt werden. Zu dieser Erkenntnis kam die CDU/CSU Bundestagsfraktion, kurz nachdem die Verfahren im Flick-Prozeß gegen Graf Lambsdorff, v. Brauchitsch und Friderichs in die Gänge gekommen waren. Ein Programm zur Kriminalitätsbekämpfung stellten die Rechtsexperten der Christdemokraten, Miltner und Laufs, während des Sommerlochs der Öffentlichkeit vor.

Es handelt sich indes nicht um eine Initiative, das Ansehen der von Bestechlichkeits- und Vorteilsnahmevorwürfen gezeichneten Christ-Sozial-Liberalen Parteien in einem Akt des „Asche-auf-Haupt-Streuens“ wiederaufzurichten. Wirtschaftskriminalität steht weit hinten, Tatbestände wie Subventionsbetrug, Steuervergehen usw. kommen im Programm der CDU gar nicht vor.

Bei der Wirtschaftskriminalität drückt man sich besonders geheimnisvoll aus: Ermittlungsverfahren sollen auf bestimmte Komplexe beschränkt werden können, ohne daß die auszunehmenden

Tatbestände genannt werden. Darf dann der Staatsanwalt wieder nur bestimmte Akten einsehen, oder wie soll der Leser dies verstehen?

Bleibt die Frage auch offen, wird dafür um so deutlicher gemacht, worum es den christlichen Verbrechensbekämpfern geht: An den geistig-moralischen Wurzeln kriminellen Verhaltens muß angesetzt werden. „Die grundlegenden Werte und Normen unseres Staatswesens müssen wieder gefestigt und dürfen nicht durch Ungehorsams- oder Verweigerungskampagnen untergraben werden.“ Sie fordern

„nerstaaten“ – gemeint ist wohl das KFZ-Fahndungssystem CEVIS –, Ausweitung der Sendezeiten für „Vorbeugungsprogramme“ im Rundfunk und insbesondere in den „Neuen Medien“ werden gefordert. Denn: „Datenschutz und Sicherheitsinteressen haben gleiches Gewicht. Übertreibungen beim Datenschutz zu Lasten polizeilicher und staatsanwaltlicher Ermittlungsarbeit darf es nicht geben“ heißt es im Programm.

Auch die Vorbeugung wird nicht vergessen: Auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene sollten von den gesellschaftli-



Polizeikontrolle: „Die Union hat eine Menge technischer Raffinessen auf Lager“

eine „Stärkung des erzieherischen Elements und der Wertorientierung in Bildung und Ausbildung“ und entsprechende Weichenstellungen in den Schulen, in denen nicht „Wertekritik“, sondern „Wertevermittlung“ stattfindet.

Neben dieser geistig-moralischen Offensive stehen dann die praktisch-handwerklichen Mittel zur Verbrechensverfolgung. Der vermehrte Einsatz von V-Leuten und eine Veränderung des § 68 Strafprozeßordnung wird gefordert, damit „die Überführung von Straftätern vor Gericht durch V-Leute erfolgen kann, ohne daß die Sicherheit dieser Zeugen gefährdet wird.“

Neben diesen personellen Vorstellungen zur Verfeinerung des Polizeiapparates hat die Union eine Menge technischer Raffinessen auf Lager: Zugriffsmöglichkeiten der Staatsanwaltschaft auf das INPOL-Fahndungssystem, eine „Fahndungsunion mit Europäischen Part-

chen Gruppen „Räte zur Verbrechensverhütung“ gegründet werden, um „vor Ort die Kriminalitätsrisiken zu erkennen und Gegenmaßnahmen einzuleiten“. Es fehlt allerdings der Vorschlag, solche Räte auf der Ebene bestimmter Ministerien, Vorstandsetagen oder Parteizentralen einzurichten.

Zur Abrundung folgt dann noch der Vorschlag, die Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit zu verstärken, den Einsatz von Kontaktbereichsbeamten zu vermehren und die Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeitern zu verbessern.

Nicht bewußt waren sich die Unions-Rechtsexperten wohl der Tatsache, daß ihr Bestreben, die Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit zu erhöhen, dem so gerne gescholtenen DDR-Staat entlehnt ist: Soldaten der NVA und Volkspolizisten haben dort Anweisung, auf dem Weg zum Dienst und nach Hause ihre Dienstkleidung zu tragen.

nachrichtlich

Großer bunter Friedensherbst

Viel vorgenommen hat sich die Friedensbewegung in diesem Herbst. Gleich vier Aktionen erheblicher Größe werden vom Koordinationsausschuß der Friedensbewegung in Bonn organisiert.

Unter dem Motto „Noch ist Zeit zur Umkehr: Stoppt den Rüstungswahnsinn“ finden statt:

– Am 29. September in Fulda ein „Friedensnetz gegen Kriegsmanöver“ mit anschließender Kundgebung auf dem Domplatz von Fulda.

– Am 20. Oktober eine Menschenkette von Hasselbach im Hunsrück nach Duisburg mit Abschlußkundgebung in Bonn. Ebenfalls am 20. Oktober finden in Hamburg und Stuttgart Abschlußkundgebungen statt, in Hamburg nach Aktionen in allen Stadtteilen, in Stuttgart nach Auftaktkundgebungen an Stationierungs- und Militärstandorten.

– Am 3. November ein Solidaritätstag mit Mittelamerika und Nicaragua mit einer Großdemonstration in Bonn.

– Vom 20. bis 24. November Tage der Verweigerung von Kriegsdiensten und offensiven Kriegsplanungen.

Zu den drei Aktionen am 20. Oktober, die von der Struktur vergleichbar sind mit den Großaktionen am 22. Oktober im Herbst 1983, sind also noch zwei bundesweite Großdemonstrationen hinzugekommen in Fulda und Bonn am 3.11.

Mit dem integrierten Herbstkonzept der Friedensbewegung ist es gelungen, verschiedene Schwerpunktsetzungen in der Friedensbewegung unter einen Hut zu bekommen. Der Friedensherbst 1984 ist Ausdruck der Erweiterung der Themenstellungen in der Friedensbewegung. Es geht nicht mehr nur um die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, auch wenn dieses Thema nicht in den Hintergrund gedrängt worden ist: Es ist Thema sowohl bei der Menschenkette von Duisburg nach Hasselbach, einem Ort im Hunsrück, wo ab 1986 Cruise Missiles stationiert werden sollen, als auch in der Region, wo Auftaktkundgebungen an den Stationierungsorten Schwäbisch-Gmünd, Heilbronn und Ulm stattfinden. Erweitert worden sind die Ziele der Friedensbewegung vor allem in drei Punkten:

1. Mehr in den Vordergrund rückt die Ablehnung der offensiven amerikanischen Kriegsführungsstrategien, festgemacht an den Kriegsführungskonzepten Air-Land Battle und Air-Land-Battle 2000. Ihre Folge ist für Westeuropa nach der Statio-

Ermutigender LD-Parteitag in NRW

In überraschend positiver Stimmung verlief der nordrhein-westfälische Landesparteitag der LD am 19. August in Kleve. 65 Stimmberechtigte machten deutlich, daß nach den Problemen der vergangenen Monate der Wille zu einem Neuanfang in allen Kreisverbänden vorhanden ist.

Anlaß für die Einberufung dieses außerordentlichen Parteitags waren Nachwahlen zum Landesvorstand, die durch die Rücktritte von Ralf Bartz, der auf dem Kasseler Bundesparteitag zum Bundesvorsitzenden gewählt worden war, Axel Hedergott, der nach seiner Wahl in den Bundesvorstand in Augsburg zurückgetreten war, und Bernd Schriewer (aus persönlichen Gründen), notwendig geworden waren.

Neuer Landesvorsitzender wurde der Bochumer Ernst-Albrecht von Renesse, der sich für die durch 17 Gegenstimmen ausgedrückte Skepsis ausdrücklich bedankte: „Ein Zeichen von innerpartei-



Neuer Landesvorsitzender: von Renesse

cher Demokratie". Dazu wurden fast einstimmig gewählt: Dr. Heidemarie Schmidt (Kleve), Gisela Jorra (Troisdorf/Rhein-Sieg-Kreis) und Hartmut Münther (Borchem/Kr. Paderborn), so daß das Verhältnis zwischen Frauen und Männern jetzt

fast ausgeglichen ist, „periphere“ Landesteile sind nun auch im Vorstand vertreten.

Mit einer gewissen Spannung war die Diskussion eines Antrags erwartet worden, mit dem der Kreisverband Wuppertal schon jetzt die Beteiligung an der Landtagswahl am 11. Mai 1985 beschließen lassen wollte. Doch nachdem Bundesvorsitzender Ralf Bartz unter Hinweis auf den Strategie-Beschluß von Kassel um Vertagung gebeten hatte, war das Diskussionsbedürfnis nicht mehr groß. Eine Bewegung für die Kandidatur könnte sich jedoch nach den Kommunalwahlen am 30. September entwickeln, bei denen die LD an 14 Stellen im Lande antreten — mancherorts durch Bündnisse so abgesichert, daß die Präsenz in den Räten schon jetzt garantiert ist.

Wie intensiv aber auch inhaltlich gearbeitet wird, zeigten ein rundes Dutzend Anträge zu den unterschiedlichsten Themen.

Jo Behmer

nierung von Mittelstreckenraketen ein enormer konventioneller Aufrüstungsschub. Diese konventionelle Aufrüstung wird ebenso wie die atomare abgelehnt. Sie ist auch kein Ersatz für atomare Rüstung, sondern Ergänzung und damit eine neue Aufrüstungsrunde.

2. Der Widerstand gegen Pershing II und Cruise Missiles wird verknüpft mit den sozialen Fragen, insbesondere der hohen

Arbeitslosigkeit. Deshalb ist die Menschenkette von Hasselbach nach Duisburg, einem Zentrum der Arbeitslosigkeit, geplant. Damit verbunden wird auch die Forderung nach Einfrieren und Abbau des Rüstungshaushalts und Verwendung der Gelder für vernünftige Dinge.

3. Das Air-Land-Battle-Konzept macht deutlich, daß Aufrüstung und Konfrontationspolitik in Europa eng mit der Un-

terdrückung der Dritten Welt zusammenhängt. Deswegen und wegen der ständigen Interventionsdrohungen in Mittelamerika macht die Friedensbewegung mit der Solidaritätsdemonstration mit Mittelamerika am 3.11. ihre Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und bedrohten Staaten der Dritten Welt deutlich. Kaum verwunderlich ist, daß es in diesem integrierten Konzept Schwerpunktsetzungen der verschiedenen Strömungen in der Friedensbewegung gibt. So wird die Aktion in Fulda im wesentlichen von Grünen und Autonomen, aber auch von Kommunisten getragen. Die Grünen und Autonomen zeigen dagegen wenig Interesse an der Menschenkette von Hasselbach nach Duisburg. Viel Interesse daran haben dagegen Sozialdemokraten und Kommunisten, erstere weil sie mit Fulda nicht allzu viel anfangen können. Dazu haben auch die Gerüchte über Sabotageaktionen während der Manöverbehinderungen in der Woche vor dem Menschennetz in Fulda beigetragen. Im Gegensatz zu dem Menschennetz werden diese Manöverbehinderungen nicht vom Bonner Koordinationsausschuß organisiert und verantwortet, sondern von den regionalen Initiativen. Nach allen bisherigen Erkenntnissen sind die Propagandavorstöße des Bundeskriminalamts bezüglich zu erwartender „krimineller Handlungen“ haltlos. Es kommt in diesem Herbst darauf an, daß die verschiedenen Aktionen als Teile eines Gesamtkonzepts begriffen werden.

KOMMUNALWAHL IN NRW

Zufriedenheit herrscht bei den Liberalen Demokraten über ihr Abschneiden bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen.

Ich acht Städten und einem Kreis sind insgesamt 11 LD-Mitglieder in Kommunalvertretungen gewählt worden.

Herausragendes Einzelergebnis sind die 5,1 % in Kleve, die den Liberalen Demokraten den Wiedereinzug ins Stadtparlament mit zwei Ratsmitgliedern sicherten.

Ansonsten haben die Liberalen Demokraten vom Wahlerfolg der Grünen profitiert.

In Warendorf, Vörde, Werne, Aachen und Duisburg sowie im Ennepe-Ruhr-Kreis kamen LD-Mitglieder auf offenen

grünen bzw. alternativen Listen in die lokalen Parlamente.

In Herdecke war ein grün-liberales Bündnis erfolgreich und brachte den LD ein Ratsmandat.

In Borchem gelangte ein Liberaler Demokrat über eine Wählergemeinschaft in den Rat.

Ohne Mandatsgewinn blieb man in Bochum, wo die bisherige LD-Fraktion vergeblich um den Wiedereinzug in den Stadtrat kämpfte. Mit 4,13 % erreichte man in Bochum-Süd das beste Ergebnis, auf Stadtebene wurden die LD mit 1,6 % unter Wert geschlagen.

In Altenberge erreichten die LD bemerkenswerte 3,6 %, in Leverkusen 1,0 % und in Wuppertal 0,3 %.

Eine Antwort auf Heinz-Hermann Storck :

Die nationale Frage taugt nicht als Mittel für fortschrittliche Politik

von Wolfgang Froese

Als im Jahre 1949 zwei Staaten auf dem Boden des ehemaligen Deutschen Reiches entstanden, war ein Normalzustand wieder hergestellt. In der Geschichte der deutschen Nation(en) ist Mehrstaatlichkeit die Regel, die Zusammenfassung der Deutschen in *einem* Staat stets die Ausnahme geblieben. Und: Die „glücklichen“ Perioden der deutschen Geschichte waren gerade nicht diejenigen, in denen der Nationalismus mitsamt seinem Drang nach völkischer Einheit vorherrschend war.

Daran zu erinnern erscheint angebracht in einer Zeit, in der neben Konservativen und Reaktionären aller Schattierungen auch ansonsten fortschrittliche Menschen glauben, die „Einheit der Nation“ als herausragendes politisches Ziel wiederentdecken zu müssen.

Gewiß, für Heinz-Hermann Storck (der stellvertretend für manch anderen fortschrittlichen Liberalen stehen mag) ist die Forderung nach nationaler Einheit nicht nur ein aus sich selbst heraus begründetes Ziel, sondern auch Instrument zur Verwirklichung einer im doppelten Sinne systemüberwindenden Politik. Er hat dies in der letzten Ausgabe der liberalen drucksachen dargelegt. Doch sein Konzept geht nicht auf; die „deutsche Frage“ läßt sich nicht progressiv wenden.

Schon die Annahme, die Schwäche der deutschen Linken sei unter anderem darauf zurückzuführen, daß sie den „sozialpsychologischen Stellenwert der nationalen Idee“ nicht anerkennen wolle, ist von der Realität nicht gedeckt.

Entgegen der Legende gibt es kein besonderes, „gebrochenes Verhältnis“ der deutschen Linken zu ihrer Nation. Ein solches kann nur ausmachen, wer die kraß übersteigerte Hinwendung der Rechten zum deutschen Vaterland (mitsamt der in seinem Namen verübten Verbrechen) als normal ansieht. Richtig ist, daß diejenigen, die prinzipiell für fortschrittliche Politik ansprechbar sind, weit eher als andere bereit sind, illusionäre deutschlandpolitische Vorstellungen aufzugeben.

Es kommt nicht von ungefähr, daß die sozialliberale Koalition über den stärksten Rückhalt in der Bevölkerung verfügte, als sie Anfang der siebziger Jahre viele nationalistische und revanchistische Träume auf den Abfallhaufen der Geschichte warf. Der Wahlsieg von 1972, der die SPD das erste und bisher einzige Mal zur stärksten Fraktion im Bundestag werden ließ, kontrastiert deutlich mit der Schwäche der Sozialdemokraten in den fünfziger Jahren, als die SPD (und Teile der FDP)

die nationale Frage noch tatsächlich „offen“ zu halten versuchten.

Es war damals mit Konrad Adenauer der „Kanzler der Alliierten“ (Schumacher), der mit einer strikten Politik der ökonomischen und militärischen Westintegration – unter Verzicht auf verschiedene Chancen zur Wiedervereinigung – die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich brachte.

Es verdient festgehalten zu werden: Nicht einmal in den fünfziger Jahren, als die erwachsenen Bürger der BRD die Realität des einen deutschen Staates noch bewußt miterlebt hatten, vermochte die nationale Ideologie die notwendige Kraft zu entfalten, um den Antagonismus zwischen den beiden Gesellschaftssystemen aufheben zu können.

Seither ist das Bewußtsein von der Einheit der Nation trotz beträchtlichen Propagandaaufwandes deutlich gesunken. Darüber kann auch die aktuelle Sommerloch-Diskussion um die Chancen einer Wiedervereinigung nicht hinwegtäuschen.

Die mit dem „Offenhalten“ der deutschen Frage verbundenen, unsinnigen rechtlichen Konstruktionen – wie etwa über den Charakter der „innerdeutschen Grenze“ (vergleichbar der zwischen Bundesländern), über eine einheitliche Staatsbürgerschaft oder die Fortexistenz des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 – sind immer weniger vermittelbar.



„Alliierten-Kanzler“: Adenauer

Die beständige Klage von Unionsseite, daß die meisten Jugendlichen die DDR als Ausland ansähen, spiegelt nichts anderes als den Umstand wider, daß eine Ideologie, soll sie erfolgreich sein, zumindest teilweise den Bedürfnissen und Erfahrungen der Adressaten entsprechen muß. Die

„Einheit der Nation“ erfüllt diese Bedingung immer weniger.

Einer Umfrage zufolge versteht nicht einmal die Hälfte der Bundesbürger, nämlich 47 %, unter dem Begriff „Deutsche Nation“ BRD und DDR zusammen, 44 % fassen unter diesen Begriff allein die BRD.

Mehr noch als diese Zahlen zeigt die frostige Aufnahme, die die DDR-Auswanderer in diesem Frühjahr erlebten, daß das Gerede von den „Brüdern und Schwestern“ tatsächlich nur Gerede ist.

Natürlich ist der Nationalismus als Integrationsideologie in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor wirksam. Es wäre absurd, dies zu bestreiten. Manchmal zeigt er sich so harmlos wie bei der kollektiven Freude über den Olympiasieg eines „unserer“ Sportler. Anders verhält es sich etwa bei der gesellschaftlichen Difamierung von Ausländern. Sie ist nicht nur unmenschlich, die Protagonisten der Ausländerfeindlichkeit verfolgen damit auch das Ziel, den Mißmut von Arbeitslosen und „Wende“-Opfern auf eine Randgruppe abzulenken. Der einzelne soll sich trotz allem noch positiv in der Gesellschaft wiederfinden. Entscheidend ist, daß sich in dem einen wie dem anderen Fall der Nationalismus auf den eigenen Staat BRD bezieht und nicht auf ein fiktives Gesamtdeutschland.

Die nationale Idee darf eben nicht als unveränderbar und zeitlos gedacht werden. Wäre dem so, hätte sich beispielsweise weder in den Niederlanden, Belgien und der Schweiz, noch in Luxemburg, Lichtenstein und Österreich ein eigenes Nationalbewußtsein entwickeln können. Diese Länder waren allesamt integrale Bestandteile des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, die letztgenannten auch noch des Deutschen Bundes, und in einigen von ihnen hat sich sogar die deutsche Hochsprache als Nationalsprache erhalten.

Nur käme heute (von einigen Nazis abgesehen) niemand mehr auf die Idee, eine „Wiedervereinigung“ zu fordern. Der Zeitablauf hat diese Frage erledigt. Und gäbe es mit West-Berlin nicht den Problemfall, daß eine westdeutsche Exklave unter alliierter Oberhoheit umgeben von DDR-Gebiet existiert, wäre die nationale Frage in der öffentlichen Diskussion noch viel weiter auf die Anerkennung von zwei (weiteren) entstehenden deutschen Nationen vorangetrieben worden.

Aber auch die Existenz von West-Berlin wird diese Entwicklung auf Dauer

nicht aufhalten können. Wie an viele Kuriositäten auf der Landkarte werden wir uns auch an diese gewöhnen. Möglicherweise werden sich dabei die Ansätze zu einem eigenen Berliner Identitätsbewußtsein in Zukunft noch verstärken.

Mit einer Veränderung der grundlegenden Situation und damit auch der Grenzen in Europa ist jedenfalls realistisch bis weit ins nächste Jahrhundert hinein nicht zu rechnen. Beide Systeme, das kapitalistische wie das realsozialistische, sind jeweils insgesamt flexibel genug, um auf lange Zeit ihre Stabilität wahren zu können. Da mit jedem Jahr, in dem BRD und DDR eigenständig existieren, das beiderseitige Zusammengehörigkeitsgefühl abnimmt, ist der Zeitpunkt absehbar, an dem die Voraussetzung für eine Wiedervereinigung, nämlich das Bewußtsein von der nationalen Einheit, verschwunden sein wird.

Aber gesetzt den (unwahrscheinlichen) Fall, es gelänge relevanten Teilen der bundesdeutschen Linken, dem von Schwindsucht befallenen gesamtdeutschen Bewußtsein zeitweilig neue Stärke zu verleihen – würde damit, wie Heinz-Hermann Storck glaubt, eine Option für eine fortschrittliche Politik verbunden sein?

Nichts spricht dafür. Schon der strategische Ansatz ist wenig erfolgversprechend. Es wird im Kern der Versuch unternommen, innen- und außenpolitische Zielvorstellungen (Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, Überwindung der Blockbildung in Europa) dadurch zu verwirklichen, daß diese Probleme untereinander und mit der (obendrein sachfremden) Ideologie der nationalen Einheit verknüpft werden. Damit wird argumentativ die Realisierung jedes Ziels von der Umsetzung der beiden anderen Ziele abhängig und damit die Chance, Teilerfolge zu erringen, minimiert.

Nun ist es zwar richtig, daß es ein vereinigtes Deutschland (nur) bei einer Auflösung der Militärblocke geben könnte. Aber daraus darf nicht der Umkehrschluß gezogen werden, daß eine Auflösung von NATO und Warschauer Pakt am besten über die Einheit Deutschlands erreicht werden könnte.

Dies würde nur dann gelten, wenn die Existenz zweier deutscher Staaten Ursache und nicht Folge der Spaltung Europas wäre. Da letzteres der Fall ist, kann eine wie auch immer geartete Wiedervereinigungskampagne die Blockkonfrontation nicht beseitigen. Sie würde im Gegenteil für irrationale Spannungen und Mißtrauen in den Blöcken sorgen und damit auch einem Dialog zwischen den Blöcken abträglich sein.

Dies hätte negative Folgen für eine Entspannungspolitik, deren wünschenswerte Langzeit-Konzeption Storck richtig so beschreibt, „in den jeweiligen Sy-

stemem eine innenpolitische Atmosphäre entstehen zu lassen, in der reformbereite Kräfte sich frei von Denunziation entfalten und intersystemar miteinander in Kontakt treten können“. Die nationale Dimension ist bei diesem doch intersystemaren Dialog fehl am Platz; sie brächte nur zusätzliche Stolpersteine in ein ohnehin schwieriges Gespräch.

Es ginge schließlich um nicht weniger als um die teilweise oder vollständige Entmachtung der herrschenden Eliten zugunsten einer tiefgreifenden Demokratisierung der Gesellschaften in ganz Europa. Jeder Versuch eines „deutsch-deutschen“ Sonderweges würde nur historisch begründetes Mißtrauen bei den Nachbarn in Ost und West wecken; er gäbe damit denen,

Feindbildern und Bedrohungsvorstellungen eine innenpolitische Situation zu schaffen, die die Durchsetzung emanzipatorischer Politik im eigenen Land erleichtert.

Auch hier wäre der Linken mit einem Rekurs auf den jeweils anderen deutschen Staat nicht geholfen. Wer ein Interesse an demokratischen Reformen in der DDR hat, muß die prinzipielle Bejahung dieses Staates durch seine Bürger wollen. Stabilität nach innen und außen und damit die gesicherte Erwartung der DDR-Führung, daß ein Mehr an individueller Entfaltungsmöglichkeiten die Gesellschaftsordnung nicht bedroht, ist Voraussetzung (wenngleich nicht hinreichende Bedingung) dafür, daß



die kein Interesse an solch einem Dialog haben, willkommene Argumente für eine Be- oder Verhinderung der Gespräche in die Hand. Daran könnte auch die Zusage nichts ändern, ein wiedervereinigtes Deutschland werde ökonomisch und militärisch so strukturiert, daß keine Gefahr für die übrigen Länder bestehe. (Umgekehrt ist es sinnvoll, eine solche progressive Struktur anzustreben, unabhängig davon, wie viele deutsche Staaten es gibt.)

Im übrigen sollte das Gewicht solcher Kontakte wie überhaupt die Dynamik beiderseitiger und eventuell aufeinander bezogener gesellschaftlicher Veränderungen zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen nicht überschätzt werden. Der größte Nutzen einer wie oben beschriebenen Entspannungspolitik wird darin liegen, mit dem Abbau von äußeren

reformbereite Kräfte in der DDR Raum zur Entfaltung erhalten.

Damit verbietet sich eine Politik, die mit dem „Wachhalten“ der Idee von der nationalen Einheit die DDR grundsätzlich in Frage stellt und den Bewohnern der DDR eine geistige wie reale Fluchtmöglichkeit in ein „besseres Deutschland“ offenhält.

Die aus dem elementaren Eigeninteresse der DDR-Führung erwachsende Ablehnung jedes Vorschlages, der die DDR in ihrem Bestand bedrohen müßte, hat auch Folgen für die „national-fortschrittlichen“ Kräfte in der BRD. Da die Konservativen in der Bundesrepublik angesichts der Interessenlage der DDR gar nicht gefordert sind, ihren Bekenntnissen zur deutschen Einheit Taten folgen zu lassen, brächte die Verknüpfung fortschritt-

licher Inhalte mit der deutschen Frage keine positiven Ergebnisse. Im Gegenteil: Mit dem Scheitern einer „Wiedervereinigungskonzeption“ ließen sich von den Rechten auch die Instrumente zur Verwirklichung dieses Ziels als illusionär abtun. Die Enttäuschung über den Fehlschlag müßte zudem die klassische Fortschrittsverweigerungs-Ideologie „Antikommunismus“ stärken.

Am Ende hätten die Linken mit ihrer Politik nur dazu beigetragen, den deutschen Nationalismus – mit allen damit verbundenen unangenehmen und gefährlichen Folgen – zu fördern und die Chancen für eine fortschrittliche Politik in der BRD (und der DDR) zu schmälern.

Die nationale Einheit ist kein Wert an sich. Es ist letztlich völlig gleichgültig, ob sich die Menschen, die deutsch als Muttersprache haben, nun in fünf oder vier Staaten organisieren. Für einen Liberalen kann nur die Frage nach dem tatsächlichen Maß an Freiheit in einem Gemeinwesen entscheidend für seine Beurteilung sein.

Die Vorstellung Heinz-Hermann Storcks, daß sich gesellschaftlicher Fortschritt durch das Mittel der nationalen Einheit erreichen ließe, ist, wie dieser Beitrag aufzuzeigen versuchte, unrealistisch. Es fehlt nicht nur die Voraussetzung für eine solche Strategie, nämlich ein entschiedener und anhaltend starker Wille zur deutschen Einheit, die Durchführung dieser Politik müßte zudem Ergebnisse hervorrufen, die den Zielen der Initiatoren widersprechen.

Da sollten wir es besser mit Friedrich Schiller halten, dem mangelnder Patriotismus nun ganz gewiß nicht vorgeworfen werden kann. Ein Epigramm von ihm lautet: „Zur Nation euch zu bilden, ihr hoffet es Deutsche vergebens; Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus“.

Dieser Aufforderung ist nichts hinzuzufügen.

EINE SEHR INTERESSANTE SACHE



Von Tag zu Tag

Anmerkungen zum Fortschritt und Rückschritt unserer Republik

Lehrlings-Los

Die Satire war gelungen: Minister Blüm zieht live im ZDF eine Lehrstelle aus der Lostrommel. Nur – das Lehrstellenlotto war gar keine Satire, sondern richtig ernstgemeint.

Zumutung

Aus „wirtschaftlichen, sozialen und integrationspolitischen“ Interessen der Bundesrepublik ist es ausländischen Ehepaaren zuzumuten, daß der Gesetzgeber ihnen erst nach dreijähriger Ehe ein Zusammenleben erlaubt, entschied das Bundesverwaltungsgericht zugunsten von Baden-Württemberg.

Versuchsmenschen

„Jetzt gibt es also nicht nur die entsetzlichsten Tierversuche, sondern auch noch Menschenversuche! Versuchspersonen werden für 12 DM pro Stunde mit 0,1 – 0,2 ppm Formaldehyd begast, und daß sie dies ‚freiwillig‘ tun, entlastet die Verantwortlichen (in diesem Fall das Bundesgesundheitsamt in Berlin) nicht von dem Vorwurf unmoralischen und menschenverachtenden Handelns. . . . Für die Medizin können solche Versuche nur völlig wertlos sein. Schließlich geht es um Krebs, und es ist klar, daß die Testpersonen nicht unmittelbar tot umfallen. Wenn sie aber tatsächlich innerhalb der nächsten 10 oder 20 Jahre an Krebs erkranken, wird das für die Formaldehyd-Forschung völlig wertlos sein – andere Faktoren können eine Rolle gespielt haben.“ (Auszug taz-Leserbrief)

Entwaffnend

Carl-Dieter Spranger (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, fordert „mehr Bürgerfreundlichkeit im Waffenrecht“. In einem Rundfunkinterview sagte er, der „betroffene Personenkreis gesetzestreuere Bürger“ kritisiere die Bürokratie in diesem Bereich zu Recht als „Gängelung“. Und, so ein schlagendes Argument: die Kriminalität sei trotz des verschärften Waffenrechts von 1972 und 1982 weiter angestiegen. Das Waffenrecht alter Fassung, so Spranger, habe „zur Reduzierung der Kriminalität nicht beigetragen“.

Nötigung

Postbeamten, die chronisch verstockt und deshalb immer noch Mitglied der DKP sind, gehts jetzt an den Kragen. Postmini-

ster Schwarz-Schilling, selbst Mitglied einer nicht verbotenen Partei, hat den DKP-Mitgliedern bei der Post eine vorläufige Dienstenthebung und die Einbehaltung eines Teils der Bezüge angekündigt, falls sie sich nicht von den Zielen der DKP distanzieren. Den Betroffenen scheint auch eine Strafanzeige gegen den Dienstvorgesetzten wegen Nötigung nichts zu helfen. In Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es, niemand dürfe wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden.

Kommerz

Die SPD will dem WDR Gutes tun, indem sie ihm erlauben möchte, mit kommerziellen Veranstaltern gemeinsame Sache zu machen: in Kooperation mit privaten Trägern könnte der WDR ein bundesweites Vollprogramm anbieten.

UCA

„Under Cover Agents“, also staatliche Geheimagenten, haben sich bei ihrem Einsatz „strikt an geltendes Recht zu halten“, verkündete Bundesjustizminister Engelhardt. Sie dürfen niemanden verletzen, nichts stehlen, nichtmal „heimlich Gespräche in Wohnungen abhören“. Was Engelhardt nicht sagte: daß es die UCA's nach unserer Rechtsordnung eigentlich gar nicht geben darf – mangels gesetzlicher Grundlage.

Antidemokratisch

Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär und auch Jugend-Minister, setzt seine Bemühungen fort, die Grünen auszugrenzen. Er bezeichnet die Partei als „antidemokratisch“. Wörtlich: „Die Grünen sind eine antiparlamentarische Partei von ihrem Selbstverständnis her und damit letztendlich vom Selbstverständnis unserer Verfassung her auch eine antidemokratische Partei“. Dann fiel ihm noch das Bild von der Melonenpartei ein: außen grün, innen rot. Das wurde kongenial gekontert, weil nämlich die CDU die Trüffelpartei sei, außen schwarz und innen braun, und nur was für ganz reiche Leute.

Volker Hummel



Grüner Druck für rechte Rote

„Das Menü, das sich jeder Schüler fürs Abitur zusammenstellen muß, enthält nicht nur Kuchen und Schlagsahne.“ Der Gourmet, der da mit harten Worten den Abiturientenstreß belächelt, heißt Hans Schwier, ist Mitglied der SPD und Kultusminister im roten Nordrhein-Westfalen. Also in dem Bundesland, in dem die Sozialdemokraten im Mai 1980 angetreten waren, die Bildungsreform zu verwirklichen — und dann unglücklicherweise vom Wähler mit der absoluten Mehrheit beschert wurden.

Seitdem faßt die SPD die CDU in der Schulpolitik mit samtigen Handschühchen an; Ministerpräsident Johannes Rau macht auf rot-schwarze Harmonie. Vor der Wahl warb seine Partei für mehr Chancengleichheit in der Bildung und die Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule. Nach der Wahl gab Rau bereits in seiner Regierungserklärung eine politische Bestandsgarantie für das veraltete dreigliederte Schulsystem ab.

Kultusminister Jürgen Girgensohn präsentierte eine Neufassung des Schulverwaltungsgesetzes, das von Gesamtschulfreunden schnell als „Gesamtschulverhinderungsgesetz“ etikettiert wurde.

Zwar hob das Gesetz für die schon bestehenden Gesamtschulen den Versuchscharakter auf und beendete damit ein 12jähriges Langzeitexperiment mit damals 32 Schulen. Weitere Gesamtschul-

gründungen wurden erlaubt, wo eine entsprechende Nachfrage nachzuweisen war. Doch mit der Bestandsgarantie für Gymnasium, Haupt- und Realschule verwässerte sich die SPD ohne Not ihr eigenes Gesamtschulkonzept.

Der verkrampfte Überlebensschutz für bestehende Schulformen macht die Errichtung einer Gesamtschule in kleineren Städten und Dörfern nahezu unmöglich — also genau dort, wo sie bei sinkenden Schülerzahlen am besten in der Lage wäre, ein ortsnahes Bildungsangebot zu gewährleisten. Von 18 Gesamtschulen, die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 16. Juli 1981 errichtet wurden, stehen alleine 13 in Kommunen, in denen bereits mindestens eine integrierte Schule vorhanden ist. Keine einzige Schule wurde auf dem Land errichtet.

Fünf renommierte Pädagogik- und Soziologie-Professoren, die im Auftrag der Lehrer-„Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) ein Gutachten zur Schulentwicklung erstellten, sehen nicht nur die organisatorische Weiterentwicklung der Gesamtschule skeptisch. Sie glauben auch ihr pädagogisches Konzept gefährdet.

In West-Berlin und Hamburg, wo langjährige Erfahrungen mit einer viergliedrigen Sekundarstufe I ausgewertet wurden, dokumentiert das Schulwahlverhalten der Eltern, daß eine vierte Regelschule bei bestehenden benachbarten

Gymnasien nur zu einem unwesentlichen Rückgang der Anmeldequoten führt. Realschulen hatten dagegen schon leichte Einbußen zu verkraften, Hauptschulen mußten gar mit erheblichen Schülerverlusten rechnen. Die Gesamtschule, die ja Schule für alle Schüler sein und besonders benachteiligte Arbeiterkinder fördern wollte, geriet mithin zur besseren Hauptschule.

Für die Wissenschaftler ist klar: Wenn Gesamtschule Arbeiter- und Arztkinder in einer Klasse, die „Besseren“ den „Schwächeren“ helfen sehen möchte, muß sie die integrierte Gesamtschule aus der Konkurrenz mit anderen Schulen entlassen. „Die Aufhebung der Bestandsgarantie ist dringend erforderlich“, fordern die Professoren.

Im Mai 1982 kam es für die Gesamtschule noch schlimmer. Die Kultusminister der Bundesländer einigten sich nach zähen Verhandlungen darauf, die Abschlüsse ihrer Gesamtschulen gegenseitig anzuerkennen. In einem Kompromißpapier, daß auf Mitinitiative von NRW-KuMi Girgensohn entstand, wurde festgelegt, in welchen Fächern ab welchen Klassen die Gesamtschüler in zwei Kurse mit unterschiedlichen Leistungsanforderungen auseinandergerissen werden müssen: „Die äußere Fachleistungsdifferenzierung beginnt in Mathematik und in der 1. Fremdsprache mit Jahrgangsstufe 7, in Deutsch in der Regel mit Jahrgangsstufe 7, spätestens mit Jahrgangsstufe 8, in den Naturwissenschaften mit Jahrgangsstufe 9.“

Die sozialdemokratischen Kultusminister verrieten im Clinch mit der CDU/CSU ein pädagogisches Grundprinzip der Gesamtschule: das gemeinsame Lernen aller Schüler. Dabei hätten die SPD-geführten Landesregierungen auch einen Bruch mit der CDU vertragen. In den bevölkerungsreichen roten Bundesländern gibt es genug Hochschulen, die die eigenen Gesamtschul-Abiturienten hätten besuchen können.

Im Oktober 1983 besetzte Rau sein Kabinett um, die Bildungsreformer kamen vom Regen in die Traufe. Auf den gläubigen Quäker Girgensohn, der sich im Amt verbraucht hatte, folgte ein Politiker, der offensichtlich nur an Gott Leistung glaubt. „Heute ist eine Fünf in Mathematik ein echtes Bildungsdefizit, weil sie einem den Zugang zu einem Großteil der heutigen Welt verschließt“, predigt Hans Schwier. „Wir dürfen nicht verhehlen, daß es manche Gesamtschule mit



SPD-Bildungspolitiker Hans Schwier, Jürgen Girgensohn: „rot-schwarze Harmonie in der Schulpolitik“

dem Leistungsbegriff nicht sehr ernst gemeint hat", und: „Die Gesamtschule muß Opfer bringen.“

Den Entwurf einer Rechtsverordnung „über die Abschlüsse und die Versetzung in der Sekundarstufe I“, zu Zeiten Girgensohns erarbeitet, zog Schwier zurück und präsentierte ihn überarbeitet neu. Zum Anlaß nahm er die Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz zur gegenseitigen Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse. Schwier wollte aber mehr: Die Gesamtschule sollte als „leistungsbetonte und leistungsfördernde Schule im Bewußtsein der Öffentlichkeit verankert“ werden. Mit der Rechtsverordnung, die mit diesem Schuljahr in Kraft getreten ist, wird der Zugang zur gymnasialen Oberstufe wesentlich erschwert. Zudem wird das 8-stufige Notensystem der Gesamtschule durch die normale Sechser-Skala ersetzt. Die 8 Zensuren der Gesamtschule (die Notenskala steht dabei auf dem Kopf) konnten in verschiedene Teil-Zensuren anderer Schulformen umgerechnet werden; so bedeutete die Sechs eine Drei auf dem Gymnasium, eine Zwei auf der Realschule und eine Eins auf der Hauptschule. Mit diesem feineren Bewertungssystem wollten die Gesamtschulgründer verhindern, daß leistungsschwächere Schüler im Vergleich mit Besseren völlig auf Erfolgserlebnisse verzichten müssen.

„Leistung muß was Hartes, was Unangenehmes, eine unbequeme Pflicht sein. Verdienstvoll ist, was gegen Spaß und Freude gemacht wird.“ Anne Ratzki, Schulleiterin der Gesamtschule Köln-Holweide, lästert über Schwier's Leistungsschwadronieren. Sie meint, er verwechsle Noten mit Leistung, dabei dienen sie doch nur der – oftmals unzulänglichen – Leistungsbewertung. Die schönsten Leistungen gäbe es dann, wenn die Angst vor der schlechten Zensur nicht drückt.

Ins Schwärmen gerät die Lehrerin, wenn sie von fremden Zeiten und fremden Ländern erzählt. Von 1974 – 76 habe es an den nordrhein-westfälischen Gesamtschulen nur Bescheinigungen „Zusätzliche Lernziele erreicht“ bzw. „Lernziel ganz / teilweise / nicht erreicht“ gegeben. Und im CDU-regierten Niedersachsen gar können Gesamtschulen in eigener Verantwortung bis zum 9. Schuljahr auf Noten bis heute verzichten. Da sei doch klar zu sehen, daß sich Schwier bei seiner neuen Verordnung nicht simpel hinter dem Druck der CDU-KuMIs verstecken könne.

In Kölns Vorort Holweide, in einem häßlichen Betonklotz aus den frühen 70er Jahren, ist zu sehen, wie Gesamtschulen auch sein können. In der Schule, die als

Ausnahme von der Verpflichtung zur „äußeren Differenzierung“ weitestgehend ausgenommen ist, wird das sogenannte Team-Kleingruppen-Modell (TKM) praktiziert. Unterricht wird mit „innerer Differenzierung“ erteilt, bei dem die Schul-



Schülerexperiment an der Gesamtschule Holweide

klasse im Kern zusammenbleibt, der zu behandelnde Stoff aber innerhalb von Lerngruppen variiert wird. Diese Gruppen sind nach Schulleistung, Geschlecht, sozialer Herkunft und „Temperament“ bunt gemischt. Die Schüler lernen, aufeinander einzugehen und sich gegenseitig zu helfen.

Politischen Ärger gab es, als Ex-KuMi Girgensohn die besondere Zuweisung von Lehrern an Ganztagschulen („Ganztagszuschlag“) von 30 auf 20 % kürzte. Die Gesamtschulen, in NRW fast ausschließlich mit ganztägigem Schulbetrieb, waren

besonders betroffen. Gerade im Freizeitbereich sahen sie Chancen für „soziales Lernen“. Zudem entfallen in Ganztagschulen weitgehend Hausaufgaben, die oft Elternhilfe erfordern und so ein wichtiges Ausleseinstrument sind.

Die Schüler und Eltern der Gesamtschule Holweide reagierten auf das Kaputtsparen mit einem Schulstreik. Im Mai '82 schlug die Schulgemeinde für anderthalb fröhliche Tage ein Zeltlager auf dem Schulgelände auf. Schüler entrollten Transparente: „Wir beschützen unsere Schule“. Die Schulaufsicht reagierte auf den politischen Widerstand der Betroffenen mit beispielloser Härte. Der Kölner Regierungspräsident Antwerpes drohte der Schule die Schließung und die Einsetzung einer kommissarischen Schulleitung an. Gegen zwei Mitglieder der Schulleitung wurden Disziplinarverfahren angezettelt, von denen inzwischen eines eingestellt und das andere vor dem Obergericht Münster anhängig ist. Noch heute wird die Schule mit verschärfter Schulaufsicht und ständigen Schikanen „bestraft“.

Im Mai 1985 sind Landtagswahlen in NRW – Wahlen, bei denen die Sozialdemokraten vor hessischen Verhältnissen bangen. Was in fünf Jahren Alleinherrschaft der SPD nicht möglich war, könnte unter grünem Druck gelingen: ein Stück Bildungsreform.

Eine grüne Landesdelegiertenkonferenz soll im Dezember das Wahlprogramm der angehenden Jung-Parlamentarier beschließen. Für die Bildungspolitik hat eine „Landesarbeitsgemeinschaft Schule“ einen Programmentwurf erarbeitet, der nicht nur phantasievoll grüne Schul-Utopie beschreibt, sondern auch mit kurzfri-



Freizeitkeller der Gesamtschule Holweide: Futterhäuschenbau in der Freizeit Ornithologie (vorn), Hüttenbau (hinten)

stig (politisch) Umsetzbarem der SPD-Linken den Mund wäßrig und der SPD-Rechten die Stirn zornesrot bereiten dürfte.

Langfristig fordern die grünen Bildungspolitiker ein „integriertes Sekundarstufe-I-Schulwesen“. Ein einheitlicher Schulabschluß berechtigt zum Besuch weiterführender Schulen und zum Eintritt in die Berufsbildung. „Eine Leistungsdifferenzierung erübrigt sich.“ Der Schüler lebt und lernt in „überschaubaren, verlässlichen Einheiten“, etwa nach dem Team-Kleingruppen-Modell. Die Lehrer-Schüler-Teams verfügen über weitgehende Freiräume bezüglich Inhalt, Methode und Organisation des schulischen Lernens. Lernen sei ein „umfassender, nicht auf Wissenserwerb zu beschränkender“ Prozeß. Daher sollen verstärkt praktische, manuelle und musisch-künstlerische Elemente in die Schule einbezogen werden.

Die grüne Schule ist eine Ganztagschule mit gemeinsamem Essen und gemeinsamer Freizeitgestaltung — eine Schule, „in der die Grenzen zwischen Arbeiten, Lernen und Spiel fließend werden“. Doch auch die Grenzen zwischen Schultheorie und Lebenspraxis sollen fallen. Die Schule sei in die Gemeinde bzw. in den Stadtteil zu integrieren und soll am „politischen, sozialen und kulturellen Prozeß verantwortlich teilnehmen“, wünscht sich die grüne Schul-AG.

Als „erste Schritte“ in Richtung Utopie fordern die Grünen:

- Eine erhöhte Lehrerzuweisung für die integrierten Schulen der Sekundarstufe I.
- Den Verzicht auf einen Gesamtschul-„Einheitstyp“ — notfalls durch einen nordrhein-westfälischen Alleingang in der Kultusministerkonferenz.
- Juristische und organisatorische Regelungen für weitgehende Freiräume der einzelnen Schulen.
- Die Aufhebung der Bestandsgarantie für Realschulen und Gymnasien im nordrhein-westfälischen Schulverwaltungs-gesetz.
- Einen flächendeckenden Versuch mit einer integrierten Sekundarstufe-I-Schule in einer beispielhaften NRW-Region.

Sicher ist grüne Politik nicht einfach linke SPD-Politik. Das gilt auch für die Bildung. Doch auch wenn die Grünen mehr Mut und mehr Phantasie zeigen, eine radikal humane Gesellschaft zu erträumen, mit Schulen ohne Zwang, ohne Angst und ohne Langeweile: Ein Stück des Weges gen Utopie können sie mit der SPD gemeinsam gehen. Düsseldorfs rechte Rote werden es im Wahlkampf schwer haben, mit sozialdemokratischen Argumenten grüne Gesamtschul-Forderungen zu entkräften.

Daniel Blum

Vor den Wahlen in Berlin:

Unter der Hand wird eine Große Koalition erörtert

Der Berliner Senat glänzt nicht, er hangelt sich aber auch nicht von Katastrophe zu Katastrophe, wie man es beim Bundeskabinett beobachten kann.

Der 1981 zum Regierenden Bürgermeister gewählte Richard von Weizsäcker hat sich längst ins Bundespräsidialamt abgeseilt. Der Glanz, den er der Berliner Landespolitik zu geben vermochte, ist längst verblichen. Sein Nachfolger, Eberhard Diepgen, ist frei von jedem Charisma, von jeder Eleganz, er brilliert nicht. Wenige Monate vor den nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, dem am John-F.-Kennedy-Platz beheimateten Landesparlament, ist der Regierungschef alles andere als ein sicherer Favorit. Doch auch der Herausforderer, Hans Apel, ist bislang auf Platz, nicht auf Sieg gesetzt.



Eberhard Diepgen: „frei von Charisma“

Der Verlust der Regierungsmacht traf Berlins Sozialdemokraten 1981 schwer. Seit Ende des Krieges war West-Berlin nahezu uneingeschränkt von der SPD regiert worden. Nun aber saß man plötzlich auf den Oppositionsbänken, war der jederzeitige Rückgriff auf den Verwaltungsapparat unterbunden, mußte die Überzeugungskraft einsetzen, wo bisher administriert werden konnte. Die sozialdemokratische Zeit hat der Stadt nicht nur ei-

nen Stempel aufgedrückt, der im Laufe der Zeit verbleicht, sie hat ihr auch Brandzeichen aufgedrückt:

Die Stadtentwicklungspolitik, die jahrzehntelang der Kahlschlagsanierung huldigte, hat vieles, was der Krieg beschädigt, aber bestehen ließ, endgültig dem Boden gleichgemacht. Trabantenstädte innerhalb der Stadtgrenzen geben Zeugnis von den Irrtümern der (sozialdemokratisch/sozialistisch orientierten) Architekten-Generation der Bauhaus-Ära. Stadt-autobahnen, deren Ausbau erst in den letzten Jahren gebremst werden konnte, sollten den Weg zur autogerechten modernen Großstadt weisen.

Der 1961 mit der Mauer terroristisch gestoppte Flüchtlingsstrom hatte zuvor eine immense Ausweitung des öffentlichen Dienstes veranlaßt. Man mochte die zu Tausenden in das Notaufnahmelager Marienfelde Strömenden nicht arbeitslos lassen. Also wurde die Verwaltung aufgeblasen. Und der bis in die Gegenwart fort-dauernde Prozeß des Arbeitsplatzabbaus in Berlin ließ — nach sozialdemokratischem Verständnis jedenfalls — eine Normalisierung und Regulierung der Behörden nicht zu.

Lange hatte die Stadt als Frontstadt zu leben und zu leiden. Von der sowjetischen Blockade der Jahre 48/49, der militärischen Niederschlagung des 17. Juni, über das Chruschtschow-Ultimatum und den Mauer-Bau bis hin zu den penetran-ten Überschall-Knallereien anlässlich der Bundespräsidentenwahl 1969: die Halbstadt zog einen Gutteil ihres Selbstbewußtseins aus der Konfrontation, aus der Bereitschaft, die Freiheit einer bürgerlichen Demokratie gegen jede Bedrohung und unter vielerlei Unbequemlichkeit zu verteidigen.

Doch mit dem Viermächteabkommen von 1971 kam die Normalisierung der Anomalie. Der Frontstadtbonus ging verloren, allerlei nützliche, wenn auch historisch ziemlich einzigartige Vereinbarungen zwischen Ost und West erleichterten das Leben in der Stadt beträchtlich. Die nun fällige Hinwendung zum Alltag einer Großstadt versäumten die Sozialdemokraten jedoch gründlich. Der Regierende Bürgermeister blieb in Selbstverständnis und Selbstdarstellung der erste Deutschlandpolitiker hinter dem Kanzler, nicht aber politischer Administrator einer Groß-Kommune. Und so war es letztlich administratives Unvermögen, das die SPD aus dem Amt trug, eher zufällig an einem Bürgerschaftsskandal (Affäre Garski) fest-

gemacht. Der Skandal um massenhaft leerstehende Altbau-Wohnungen, die Krise in der Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus, die spekulative Luxusmodernisierung von Altbausubstanz und die sich anschließende Hausbesetzerbewegung hätte es auch sein können – und war es vielleicht auch.

Denn nach dem durch die Garski-Affäre verursachten Sturz des Stobbe-Se-

oder zumindest „hessische Verhältnisse“ etablieren. Obwohl die SPD nur in Sekundulaune auf die Idee kommen kann, sie könnte die absolute Mehrheit erringen, gibt sie vor, eben dieses Ziel erreichen zu wollen. Unter der Hand werden jedoch die Modelle einer Zusammenarbeit mit der CDU erörtert. Der SPD-Landesparteitag sah sich dann auch nicht in der Lage, eine klare – oder auch nur eine ver-

Das Ansehen des Landesvorsitzenden Rasch ist in der Bundespartei offenbar größer als in Berlin. Über den FDP-Umweltsenator Vetter kursiert bis in die CDU hinein der Spruch: „Es ist Konsens aller Demokraten, daß Horst Vetter nicht wieder Senator werden darf.“ Die Reputation von Justizsenator Oxfort mag in konservativen Kreisen beträchtlich sein, Liberale – im engeren Sinne – dürfte er kaum noch mobilisieren, es sei denn, gegen sich. Zusätzliches Handicap: bei der Aufstellung der Kandidaten sind die letzten leidlich Liberalen abgeräumt worden. So wird Jürgen Dittberner, gegenwärtig noch stellvertretender Fraktionschef, ebensowenig ins Rathaus zurückkehren, wie Wolfgang Fabig, der mittlerweile hinreichend angepaßte Ex-Gegner des Berliner Koalitionswechsels; falls überhaupt einer zurückkehrt.

Die Liberalen Demokraten werden sich an den Wahlen wahrscheinlich nicht beteiligen. Von dem selbstgesteckten Ziel, bis Ende September genügend Personen



(ehemaliges) besetztes Haus: Eine skandalöse Wohnungspolitik trug zum Ende der SPD-Administration bei

nats konnte Hans-Jochen Vogel wenige Monate sein Glück versuchen, bis im Mai '81 – als 'zig Häuser besetzt waren – das Votum der Wähler einen Schlußpunkt hinter das Drama setzte.

Vogels Oppositionsführerschaft währte nicht lange. Wie später Weiszäcker ereilte auch ihn der Ruf nach Bonn. Die in der SPD dann mehr aus Not denn aus reiner Überzeugung präsentierte Lösung Harry Ristock erwies sich als unbeständig: Weil die Firma deren Geschäftsführung er seit 1981 angehört hatte, in große Schwierigkeiten geraten war, gab Ristock seine 1983 errungene Nominierung im Frühjahr '84 an die Partei zurück. Die zögerte nicht lange, nun doch eine Importlösung zu wählen. Der frühere Finanz- und Verteidigungsminister Hans Apel kam – nicht gerade begeistert –, den Kampf gegen Diepgen aufzunehmen.

Apels Bestellung zum SPD-Spitzenkandidaten ist mehr als die Berufung eines relativ populären Politikers. Es ist auch der förmliche Abbruch eines Erneuerungsprozesses der Berliner SPD, der von Vogel eingeleitet worden war. Apel hat seit Wochen kaum Besseres zu tun, als sich stets und ständig von dem Verdacht abzusetzen, er, Apel, könnte womöglich mit der Alternativen Liste eine Koalition

schwommene – Absage an eine Koalition mit der Union zu formulieren.

Sicherer Gewinner der nächsten Wahl ist die Alternative Liste. 1981 hatte die AL 7,2 Prozent erhalten, die FDP nur 5,6. Im kommenden Jahr dürfte sich der Abstand noch vergrößern. Die AL hat gute Chancen, ihre Wählerschaft zu erweitern: Durch vergleichsweise kompetente und konstruktive Parlamentsarbeit haben sich die „Igel“ weit über das klassische Protestpotential hinaus Anerkennung erworben. Einziges Risiko für die AL ist die AL selbst. Mit einer kopflosen Anti-Apel-Linie könnte sie im Wahlkampf viel von dem kaputt machen, was sie in den zuendegehenden vier Jahren geschaffen hat.

Rätselraten gibt es auch in Berlin über die Zukunft der lokalen FDP. Trotz Senatsbeteiligung ist sie in den letzten Monaten öffentlich kaum – und sicherlich nicht erregend positiv – aufgefallen. Das wohl einzige Motiv, sie in signifikantem Umfang zu wählen, könnte in der Vermutung liegen, daß ohne entsprechenden Zuspruch ihr derzeit bei vielleicht 2 bis 3 % liegendes Stammwählerpotential bei der Endabrechnung verloren ginge. Wenn es fehlt, könnte das dem amtierenden Senat den Hals brechen.



Hans Apel: „nicht gerade begeistert“

(500), genügend Programm und genügend Geld (50.000 DM) zusammen zu haben, ist die Partei heillos weit entfernt. Bereits in den vergangenen Monaten haben sich zahlreiche LDler von der für verhängnisvoll gehaltenen Kamikaze-Strategie einer Wahlbeteiligung abgesetzt. Den völlig unzulänglichen Bekanntheitsgrad hatte auch der von der AL zu den LD übergelaufene Abgeordnete Petersen nicht nennenswert erhöhen können.

Unter diesen Umständen müßte die Stiftung Parteientest den LD das Prädikat „nicht empfehlenswert“ geben – was durch langfristig angelegte Arbeit entlang der Kasseler Perspektive vermieden werden kann.

Christian Walther

„Fatale Fehlschlüsse“

von Friedhelm Wachs*

„Kannst Du uns nicht einen Artikel zum Thema Sport und Politik machen? Das ist nach den Olympischen Spielen doch gerade aktuell.“ Ja, das ist es. Nach diesen Spielen zieht alles und jeder Bilanz und jeder glaubt, sich zu diesem Thema äußern zu können. Besonders die politische Dimension ist immer wieder im Gespräch, denn Sport und Politik sind Themen, die so leicht zu durchschauen sind. .

Bei weitem gefehlt. „Sport ist politisches Handeln“. So schreibt die Wochenzeitung „DAS PARLAMENT“ in ihrer Ausgabe vom 21.2.1981, in der Fragen der Sportpolitik zum Schwerpunkt gemacht wurden.

Der Satz in der Schlagzeile ist natürlich unzutreffend: Sportliches Handeln und politisches Handeln sind sehr weitgehend und grundsätzlich voneinander unterschieden. Die immer weiter gehende Ausprägung des Sports als relativ eigenständige gesellschaftliche Erscheinung verstärkt sogar diese Unterschiede noch.

Aber – und hierauf spielt der zitierte Satz wohl an: Beide haben zugleich sehr viel und zunehmend miteinander zu tun. Der Sport und seine weitere Entwicklung sind immer mehr zu einem Feld und zu einem Gegenstand der politischen Auseinandersetzung geworden.

Den Besonderheiten in den Bezügen zwischen Sport und Politik kommt man nur dann auf die Spur, wenn beides ernst genommen und berücksichtigt wird:

– Sport ist ein besonderer gesellschaftlicher und kultureller Bereich mit eigenständigen Aufgaben, mit einem besonderen Organisationsapparat, mit Verhaltensformen, die durch ein besonderes Regelwerk bestimmt sind, usw. Als ein solches besonderes Handlungs-System ist Sport grundsätzlich von politischem Handeln unterschieden.

– Zugleich ist Sport in seiner Bedeutung und seiner inneren Entwicklung abhängig von allgemeinen gesellschaftlichen Voraussetzungen. Er erfüllt pädagogische, soziale und politische Aufgaben, die über ihn selbst hinauswirken. Die Auseinandersetzungen über seine Entwicklungsziele, -schwerpunkte und -richtungen werden selbst politisch ausgetragen. Als ein solches besonderes institutionelles System trägt Sport einen grundsätzlich politischen Charakter wie jeder andere gesellschaftliche Bereich auch.

Wird eine dieser beiden zusammenhängenden Seiten vernachlässigt, kann es zu fatalen Fehlschlüssen über das Verhält-



Nancy und Ronald Reagan bei der Eröffnung der Olympiade in Los Angeles: „gerade aktuell“

nis von Sport und Politik kommen. Die Auseinandersetzungen um den Boykott der Bundesrepublik gegen die Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau und die Diskussion um den Boykott der Spiele von Los Angeles durch den Ostblock haben reiches Studienmaterial hierfür geliefert. Die sportpolitische Diskussion und auch die Sportwissenschaft hierzulande haben bisher wenig dazu beigetragen, hier zu grundlegenden Klärungen zu kommen.

Wir sind gegenwärtig Zeuge – und, so oder so, auch stets Mitgestalter – einer ständigen Verdichtung der politischen Bezüge des Sports. Und es gibt neue Einsichten in den grundsätzlich politischen Charakter des Sports. Nicht zuletzt das jüngste Papier des Deutschen Sportbundes (DSB) zum Umweltschutz verdeutlicht das, und führende Repräsentanten des Deutschen Sports haben immer wieder darauf hingewiesen.

Allerdings sollte auch bedacht werden: Es handelt sich dabei lediglich um eine „Wiederentdeckung“, um ein mühseliges Wiedergewinnen von Einsichten, die in früheren Zeiten bereits fester Bestandteil der Sportbewegung in Deutschland gewesen waren. Ursachen dieser Wiederbelebung dürften vor allem in dem aktuellen Anwachsen eines vielschichtigen und

virulenten Krisen- und Konfliktpotentials innerhalb und im Umfeld der Sportbewegung liegen, das mit zunehmender Vehemenz auf politische Auseinandersetzung und Entscheidung drängt.

Worauf es jetzt ankommt, ist: Diese politischen Entwicklungen müssen stärker als bisher bewußt und aktiv von immer breiteren Schichten in der Sportbewegung selbst beeinflußt und gestaltet werden. Dazu sind insbesondere zwei Dinge unverzichtbar: Zum einen muß die in der bundesdeutschen Sportbewegung verbreitete politische Geschichtslosigkeit überwunden werden. Zum anderen müssen praktische Maßnahmen zur Verbreiterung und Aktivierung der politischen Diskussion und Mitbestimmung auf allen Ebenen der Sportbewegung ergriffen werden.

Dies ist der innenpolitische Bereich. Auch in der internationalen Sportbewegung spielt das Thema Politik eine wesentliche Rolle. Aus der vermeintlich heilen, einheitlichen Sportwelt von gestern, in der es einmütigen Konsens über die Stellung und Bedeutung des Sports unter

* Friedhelm Wachs ist stellvertretender DJD-Bundesvorsitzender und Mitglied des Vorstands der Deutschen Sportjugend.

allen Partnern gab, ist spätestens mit dem Eintritt der Sowjets in den internationalen Sport eine zweigeteilte Sportwelt geworden.

„Von den sozialistischen Sportorganisationen zu verlangen,“ hatte der Präsident des Deutschen Nationalen Olympischen Komitees, Willy Daume, schon 1963 gesagt, „sie mögen die Politik aus dem Spiel lassen, hieße verlangen, sie sollten ihre ganze Ideologie über Bord werfen. Das ist aber eine bare Illusion.“

Tatsächlich haben auch vorher die konservativen Sportorganisationen im olympischen Bereich Politik gemacht, indem sie die Auseinandersetzung mit fortschrittlichen Gedanken verhinderten. Doch mit zunehmendem Selbstbewußtsein der 3. Welt ist es unvermeidlich, daß der internationale Sport auf diese Weise immer mehr ins Spannungsfeld der Politik gerät. Letztlich geht es dabei um den Führungsanspruch in der weltweiten Sportbewegung und um ihre neuen Organisationsstrukturen.

Die im letzten Jahrhundert abgeschirmte und von Europa gestaltete Internationale des Sports sieht sich dabei mächtig nach vorn drängenden, staatlich abgestützten Strukturen gegenüber. Diese sich langsam vollziehenden Machtwechsel von den traditionellen Trägern auf neue — nach dem Muster politischer Weltorganisationen gebildeter — Gremien hat einen doppelten Ursprung:

— Einerseits versuchen die kommunistischen Sportorganisationen nun schon seit

1959, die bisherigen Strukturen des IOC und anderer internationaler Sportföderationen zu demokratisieren, auch um selbst mehr Einfluß zu gewinnen.

— Andererseits haben die Staaten, die als Entwicklungsländer zu bezeichnen



Wimpel vor der Boykottentscheidung: „Ausweg ist nicht abzusehen“

sind, die politische Bühne der UNO, der UNESCO und anderer Weltorganisationen inzwischen entdeckt, um ihre Probleme darzustellen und sich selbst besser vertreten zu können. Daraus folgt fast selbstverständlich auch die Politisierung anderer internationaler

Strukturen. Boykott und Olympische Spiele gehören seit Jahrzehnten zusammen. In München boykottierten die arabischen Staaten wegen der Teilnahme Israels, in Montreal reisten fast alle schwarzafrikanischen Sportler wieder ab, und seit Moskau haben nun auch die Wortführer der Blöcke das Instrument Boykott für sich erkannt. Hier zeigt sich also, wie sehr es für die weitere Entwicklung des internationalen Sports darauf ankommen wird,

— ob das IOC und die Internationalen Föderationen jene Kräfte mobilisieren können, die sie brauchen, um mit den Erfordernissen der Zeit Schritt zu halten, — ob es ihnen gelingt, ihre Regeln und Strukturen den allgemeinen demokratischen Prinzipien anzupassen und angemessene Mitspracheregeln zu schaffen, — und ob sie ihre Ziele so auszurichten vermögen, daß der Hochleistungssport human bleibt und die Entwicklungsländer aus dieser Leistungsschau nicht ausgeschlossen werden.

Der internationale Charakter ist das wichtigste Merkmal des Sports unserer Zeit. Wie es heute politisch auch aussehen mag, im Sport treffen Araber auf Israelis, Sowjets auf Chinesen und Amerikaner und Vietnamesen (noch) aufeinander.

„Der internationale Sport liefert damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der modernen Staatengemeinschaft“ schrieb Edwin Reischauer 1964 als Botschafter in Tokio. Hier liegt auch seine wesentliche politische Funktion.

„Verteidigt die Kultur“

Widerstand muß organisiert werden

von Jens Ohde

Auf einer Parteiversammlung in einer mittelgroßen Stadt inmitten der Bundesrepublik trifft ein seltener Gast auf seine Basis — der hiesige Stadtdirektor. Es herrscht helle Aufregung über ein neues Buch von Günter Wallraff: „Schund“, „So was erscheint in Deutschland“, „kriminell“, „verbieten müßte man den“.

Der Stadtdirektor, der schon immer ein Ohr am Volk und eine Hand in seiner Tasche gehalten hat, steigt in die Bütt und erhebt den mahnenden Zeigefinger gegen bittere Auswüchse der Wallraffs, der Bölls, und und und, die sich unter dem warmen Deckmantel deutscher Literatur zu verbergen suchten.

Schon am nächsten Morgen ist es der Deutschen Bundespost gelungen, eine telefonische Verbindung herzustellen zwischen ihm, dem hiesigen Stadtdirektor, und dem Direktor der städtischen Bibliothek: „Sagen Sie mal, kennen Sie eigentlich einen Günter Wallraff? Ja? Der Mann ist kriminell, stellen Sie sofort alle Bücher



Klaus Staack (3. v.l.) auf dem Podium in Duisburg

sicher — der wird von uns nicht mehr ausgeliehen!" — So oder ähnlich (wahrscheinlich aber noch subtiler) können die Vorspiele verlaufen sein, die dazu führen, daß aus Bibliotheken Bücher aus dem Angebot verschwinden und aus Buchhandlungen beschlagnahmt werden. Entweder, so bei Wallraff, heißt es, das Erscheinen ist nur durch kriminelle Handlungen möglich gewesen, oder Bücher erhalten das Prädikat „Pornographie". Mir scheint, ein „falsches" Wort im Titel reicht oft schon.

Im Januar und Mai dieses Jahres trafen sich auf Initiative Klaus Staecks und der „Aktion für mehr Demokratie" in

Recht. Seit einigen Wochen arbeitet er wieder. Zu solchem Widerstand gehört Zivilcourage und Solidarität. Schließlich geht es für die meisten Kulturschaffenden um die nackte Existenz.

Bekannter dafür, unter Zensur leiden zu müssen, ist der Film. Das Werk Achternbuschs „Das Gespenst" ist breit durch die Öffentlichkeit gegangen, weil Zimmermann einen schon zugesagten Filmpreis Achternbusch nicht zuerkannte. Die Filmförderung arbeitet mit nicht geringen Summen und mit zugesagten Preisgeldern muß kalkuliert werden. Dies hat sich auch seit dem Duisburger Kongreß nicht verän-

tionen gleich massenhaft ein. Der Neue Deutsche Film hat sich seit 1963 aus der Not eine eigene Infrastruktur geschaffen — mit kleinen Kopierwerkstätten und Verleihern. Hier werden Filme kostengünstig produziert.

Zimmermanns Änderungsvorschläge zur Filmförderung allerdings zielen nicht auf eine Ökonomisierung, sondern auf eine Disziplinierung des neuen deutschen Films ab. Die Filmförderung des Bundesinnenministers ist eine Basisförderung, d. h., sie ermöglicht überhaupt erst den Beginn der Produktion und ermöglicht dann für die Filmemacher die Möglichkeit, an andere Töpfe der Filmförderung heranzukommen. Die Förderung des Bundesinnenministers liegt bei etwa 150.000 DM bis 200.000 DM für ein Projekt. Filme z. B. von Achternbusch (Wanderkrebs) kosteten etwa 200.000 DM. Zimmermann möchte, daß sein Förderbeitrag höchstens ein Drittel der Produktionskosten beträgt.

Im Medienbereich scheint der Aufruf „Verteidigt die Kultur" fast zu spät zu kommen. Die Gesetzesvorlagen auch auf



Regisseur Volker Schlöndorff: Bei der staatlichen Filmförderung herrscht präventive Zensur

München und Duisburg Verleger, Buchhändler, Bibliothekare, Autoren, Filmemacher, Journalisten und viele andere im kulturellen Bereich Arbeitende. Es ging um den Aufruf „Verteidigt die Kultur" angesichts der seit dem Amtsantritt Zimmermanns sich verschärfenden Zensur und Gängelung. Nicht alles Übel kommt jedoch aus Bonn. Stadträte und andere politische Institutionen und Personen beteiligen sich an der Kontrolle. Die Situation in dem Land der Dichter und Denker machte sogar einen Verein zur Rettung des Buches, von Prof. Walter Jens initiiert, notwendig.

Der Kongreß zeigte Schlimmes auch in anderen Bereichen. Ulrich Fischer, Chefdramaturg der Lübecker Bühnen, mußte seine fristlose Kündigung entgegennehmen, weil er offen die Ansicht vertrat, das Programm der Lübecker Bühnen und die Qualität vorgeschlagener Stücke könne nicht von Politikern bestimmt und beurteilt werden. Ulrich Fischer wehrte sich und ging an die Öffentlichkeit. Er klagte beim Arbeitsgericht und bekam

dert. Katrin Seybold, Jutta Brückner (Filmemacherinnen), Rosemarie Schatter (ehemalige Leiterin des Filmbüros in Nordrhein-Westfalen) und Hark Bohm (Filmemacher) machten dort die präventive Zensur des Bundesinnenministers Zimmermann bei der staatlichen Filmförderung deutlich. In keinem anderen

Filmdisziplinierung statt -förderung

Bereich werden Subventionen mit soviel direkter und indirekter Einflußnahme verknüpft wie in der Filmwirtschaft. Dabei ist es nicht die Frage, ob ein Minister über die Qualität von Filmen kompetent entscheiden kann — er darf es schlicht nicht dürfen!

Schon seit langem schützt das Ausland ihren nationalen Film durch ein Quotensystem. In der Bundesrepublik jedoch kaufen die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten amerikanische Produk-

sozialdemokratischen Schreibtischen sehen privaten Rundfunk und Fernsehen vor. Wenngleich gerade in letzter Zeit Lobeshymnen auf das öffentlich-rechtliche System zu hören sind; zurecht auch von Journalisten, die unter diesem System leiden.

Unter den Betroffenen ist noch eine andere Qualität der Kritik offen zu Tage getreten. Der Rundfunkjournalist Hans Peter Riese greift seine Kollegen direkt an. Unter dem Aspekt des Widerstandes sprach er offen von immer schon dagewesener Anpassungsbereitschaft von Journalisten. Er nennt es ein jämmerliches Verhalten und sucht die Solidarität. Offensichtlich hat eine steigende soziale Sicherheit vieler Journalisten nicht zu weniger Beugung vor parteipolitischen Interessen geführt.

Die Kultur hat in sehr vielen Bereichen unter der Spareuphorie zu leiden. Gebühren und Preise werden erhöht, immer neue eingeführt. Die Zensur und Gängelung ist nicht immer konkret faßbar; meist kommt sie schleichend.

Klaus Staeck, der Motor der Aktion „Verteidigt die Kultur", blickt skeptisch auf eine Art „Repräsentativkultur" mit Künstlern, denen es materiell nicht schlecht geht, er vermißt sie und ihre Solidarität.

Erfolgreich gegen eine solche Kulturpolitik kann nur eine große Öffentlichkeit sein. Jeder Einzelfall muß aufgegriffen und publik gemacht werden. Und die Schere im Kopf — weg damit!

Suche nach Solidarität

Die Herausgeber der liberalen drucksachen

William Borm
(89), Berlin, Bonn. Politiker. Mitbegründer der sozial-liberalen Koalition. Ehemaliger Alterspräsident des Bundestages, Ehrenvorsitzender der Liberalen Demokraten.



Martin Budich
(34), Student, Bochum. DJD-Bundesvorsitzender. Gehörte zu den Organisatoren der Kongresse in Köln und Bochum.



Dr. Ingeborg Drewitz
(61), Schriftstellerin, lebt in Berlin. Mitbegründerin des Verbandes Deutscher Schriftsteller VS und PEN-Mitglied.



Dr. Eva-Sybille Engel
(64), Literaturhistorikerin. Lebt in München und in der Toskana. Frühere Landtagsvizepräsidentin in Hessen.



Prof. Dr. Leonhard Froese
(60), Erziehungs- und Sozialwissenschaftler an der Universität Marburg. FDP-Mitglied bis Ende 1982. Unterstützt die LD in einem Förderkreis.



Friedrich Hölscher
(49), Kaufmann, Sozialpolitiker bis November 1982 in FDP-Bundesvorstand und -Fraktion. Mitglied der Bundesversammlung Juni 1984. Basismitglied der SPD.



Prof. Dr. Karl Holl
(53), lehrt Geschichte an der Universität Bremen. Ehemals Mitglied im FDP-Bundesvorstand und FDP-Abgeordneter in der Bremer Bürgerschaft. Niederlegung der Mandate Herbst 1982.



Prof. Dr. Ulrich Klug
(71), Köln, Strafrechtler. Früherer Justizsenator in Hamburg und Vorsitzender der Humanistischen Union.



Hanspeter Knirsch
(34), Verwaltungsjurist, Bochum. War DJD-Bundesvorsitzender und Mitglied der FDP-Perspektivkommission. Gründungsmitglied der LD und deren stv. Bundesvorsitzender.



Egmont R. Koch (33), Journalist, lebt in Bremen. Autor mehrerer Bestseller zu Umweltfragen. Mitglied der Deutschen Jungdemokraten.



Prof. Dr. Helmut Ridder (65), Staatsrechtler in Gießen. Mitinitiator des Krefelder Appells.



Jürgen Koppelin Promotionsmanager. Bis November 1982 in FDP-Bundesvorstand. Schatzmeister des Bundesverbandes der Liberalen Vereinigungen.



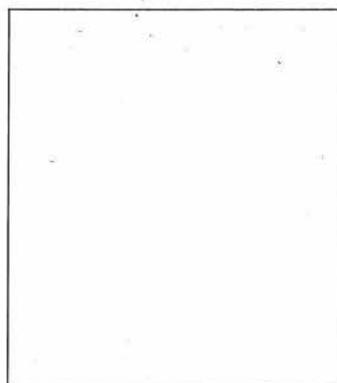
Prof. Dr. Theo Schiller (42), Politikwissenschaftler in Marburg. War DJD-Bundesvorsitzender und FDP-Bundesvorstandsmitglied. Gehört dem FNS-Beirat und dem LD-Bundesvorstand an.



Prof. Dr. Jürgen Kunze (39), Wirtschaftswissenschaftler. Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses als Hospitant der AL. War bis März 1983 Vorsitzender der Berliner FDP.



Thomas Schmid (39), Lektor und Autor, Berlin. Ist Mitverfasser des Ökolibertären Manifestes.



Werner Lutz (33), Lehrte, Dipl. Volkswirt und Politologe, Verwaltungsdezernent. Ehemaliger Jungdemokraten-Bundesvorsitzender.



Helga Schuchardt (45), Kultursenatorin in Hamburg. Parteilos. Vorsitzende des Bundesverbandes der Liberalen Vereinigung. Moderatorin des sozialliberalen Gesprächskreises der SPD.



Norbert Mann (41), Mülheim/Ruhr und Bonn. Mitbegründer der Grünen. Sprecher der Grünen im Bundestag für Innen und Gesellschaft.



Christoph Strässer (35), Rechtsanwalt, Münster. Ehemaliger DJD-Bundesvorsitzender. Mitinitiator des Krefelder Appells.



„Liberalität lebendig machen“

von Theo Schiller

Die „liberalen drucksachen“ sind im Sommer/Herbst 1982 entstanden, in der „Wende“-Zeit und also in der neuesten Krisenzeit des Liberalismus. In diesen letzten zwei Jahren ist Vieles geschehen, leider auch Vieles (politisch und organisatorisch) unterblieben. Parteipolitisch gibt es für den Liberalismus noch immer kein Licht am Ende des Tunnels, nachdem die FDP tiefer denn je in ihrer selbstverschuldeten Existenzkrise steckt, die Liberalen Demokraten die mühsame Aufbauphase noch nicht erfolgreich abschließen konnten und die SPD und die Grünen als Ersatzheimaten nicht angewärmt sind. Dennoch gibt es in dieser Republik einen großen Bedarf an Liberalität, gibt es viel mehr liberale Bürger als man glaubt, gibt es also im weiten Umkreis der organisatorischen Fragmente ein beträchtliches Potential an unorganisiertem Liberalismus. Die liberale Idee, nicht zuletzt in der Tradition des sozialen Liberalismus und des demokratischen Freisinns, ist nicht tot, aber offenkundig zur Zeit wenig handlungsfähig.

Die „liberalen drucksachen“ bieten ein offenes Diskussionsforum für liberale Ideen und liberale Politik für das unorganisierte und das organisierte Spektrum des Liberalismus und der Liberalität. Hier können Probleme präsentiert, neue Ideen in der Debatte erprobt und praktische Erfahrung (örtlich und bundesweit, aus dem In- und Ausland) ausgetauscht werden. Der liberale Prinzipienstreit ist ebenso gefragt wie der Bericht über lokale Aktivitäten und spannende persönliche Initiativen. Zurücktreten kann künftig freilich der Blick in die letzte Vergangenheit der Wende-Krise und in die parteistategischen Rängeleien der letzten zwei Jahre. Die Diskussion um organisatorische Zugehörigkeiten kann nunmehr getrost abgelöst werden durch die Debatte über die Freiheitsprobleme der Zukunft und die Chancen für Liberalität.

Um die veränderte Aufgabenstellung auch personell deutlich zu machen, haben wir uns erfolgreich um ein erweitertes Spektrum des Herausgeberbeirats bemüht, mit dem Ziel, einen liberalen Pluralismus im besten Sinne zu repräsentieren. Zwar sind auch bisherige Mitherausgeber, denen wir für ihre Mitarbeit herzlich danken, inzwischen ausgeschieden, so Hinrich Enderlein, Wolfgang Lüder, Ingrid Matthäus-Maier. Aber wir freuen uns, mitteilen zu können, daß nunmehr Martin Budich, Ingeborg Drewitz, Leonhard Froese, Karl Holl, Ulrich Klug, Egmont Koch, Jürgen

Kunze, Norbert Mann, Helmut Ridder und Thomas Schmid neu dem Herausgeberkollegium beigetreten sind. Wir erhoffen uns davon eine Belebung der Diskussion und eine Erweiterung des Horizonts, vielleicht auch eine Korrektur mancher Überakzentuierung der Insider-Perspektive unter uns „Wende“-Opfern.

Herausgeberbeirat und Redaktion repräsentieren gleichzeitig ein breites Spektrum an Sachkompetenz in verschiedenen Politikbereichen, vor allem in den Themengebieten Rechtsstaat und Demokratie, Umweltpolitik, Außen- / Friedens-

politik in der Dritten Welt, Bildungspolitik zwischen Berufsverwertung und Persönlichkeitsentfaltung oder Wege zur Abrüstung durch alternative Sicherheitsstrategien haben ihren bleibenden Diskussionsbedarf. Sensible Problemwahrnehmung, kreative Zukunftslösungen und Anregungen für den praktischen Umsetzungsweg sind gleichermaßen gefragt.

In der politischen Berichterstattung über Parteien, Organisationen und Personen können die „liberalen drucksachen“ weder Aktualität noch Vollständigkeit anbieten, sondern in etwas längerfristiger Perspektive Materialien zum Hintergrund, zur Ergänzung, als Schlaglicht, Persönliches und Nachdenkliches jenseits der Schablone, auch Nachrichten über Initiativen, die noch nicht in den Zeitungen stehen. Regelmäßig wollen wir auch solche kleineren Vereine, Verbände und Initiativgruppen vorstellen, die in ihren besonderen Praxisfeldern viel zum unorganisierten Liberalismus beitragen, ohne in parteipolitische Orientierungen eingebunden oder an allgemeinen Grundsatzprogrammen interessiert zu sein. Schließlich ist auch aus den Nachbarländern (und einigen entfernten) noch manches über das übliche Informationsangebot hinaus zu ergänzen, was einem freisinnigen Publikum in der Bundesrepublik Appetit auf Liberalität machen könnte. Alle Leser und ihre Freunde sind eingeladen, die liberale Phantasie zu inspirieren.



und Sicherheitspolitik. Die „liberalen drucksachen“ werden aber, wie bisher, nicht primär in starren Zuständigkeitsrastern denken, sondern sich bemühen, die Grauzonen von Politik und Gesellschaft, die Überlappungsgebiete ohne Zuständigkeiten und vor allem die Tabuzonen mit Querschnittsanalysen, harter Faktenaufbereitung und klarer Meinungsmarkierung politisch zugänglich zu machen. Dazu gehört z.B. der Schnittbereich von Umwelt- und Gesundheitspolitik, Gentechnologie und Moral, Informationsüberfluß und soziale Kontrolle, Technikentwicklung und Kulturpolitik, neue Armut und politische Ohnmacht, Mehrheitsdemokratie und ziviler Ungehorsam, Individualität und Sozialstaat, Medizinfortschritt und Menschenwürde (z.B. humanes Sterben) usw. Aber auch „alte“ Grundsatzfragen wie liberale Wirtschaftspolitik jenseits der Scheinalternative von Markt und Staat, Entwicklung und Demo-

Die „liberalen drucksachen“ werden Liberalität aber nur lebendig machen können, wenn sie selbst ökonomisch überleben. Dazu bedarf es möglichst einer Verdoppelung der Abonnentenzahl und einer Stärkung der Finanzdecke für die Zeit bis dahin. Diesen Sprung nach vorn können Verlag, Redaktion und Herausgeber nur im Verein mit den Lesern vollbringen. Jede Unterstützung, die den „liberalen drucksachen“ jetzt zuteil wird, dient der Erhaltung und dem Ausbau eines gemeinsamen Diskussionsforums für den Liberalismus der Zukunft.



LD Bergisches Land stellt zur Diskussion:

Gewissensprüfung für Wehrdienstleistende

„Die Gewissensprüfung für Soldaten“ soll eingeführt werden, so lautet jedenfalls die Forderung der Liberalen Demokraten, Kreisverband Bergisches Land (LD). Solange die Bundeswehr nicht durch andere Verteidigungsformen ersetzt werden könne, sollten alle, die in die Bundeswehr eintreten, glaubhaft versichern, daß sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, im Verteidigungsfall Menschen zu töten, gleichgültig, ob atomare, biologische, chemische oder konventionelle Waffen dabei verwendet werden.

„Wir versuchen die ganze Problematik einfach einmal von der anderen Seite anzufassen“, erklärt Hans-Josef Heck, selbst seit langen Jahren hin und wieder als Beisitzer einer Prüfungskommission tätig. „Es ist doch absurd,“ so der LD-Kreisvorsitzende, „von Wehrdienstverweigerern eine Argumentation zu verlangen, die belegt, warum sie sich weigern, eine Ausbildung zu machen, die darauf vorbereitet, im Ernstfall Menschen zu töten. Von Wehrdienstwilligen fordert das Gesetz dagegen keine Auseinandersetzung um den ‚Dienst mit der Waffe‘.“

„Es wäre doch wohl wesentlich logischer,“ führt Hans-Josef Heck weiter aus, „hier nicht nur zu einer Auseinandersetzung mit dem eigenen Gewissen aufzurufen, sondern durch organisatorische Gleichstellung von Wehr- und Ersatzdienst dem jungen Menschen den nötigen Anreiz zu geben, um sich intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen. Zur organisatorischen Gleichstellung gehören neben anderen wichtigen Faktoren selbstverständlich auch gleiche Bedingungen, wenn es um die Entscheidung – Wehr- oder Wehersatzdienst – geht.“

In einem Schreiben an alle Bundestagsabgeordneten werben die LD für ihre Idee und fordern jeden einzelnen Bundestagsabgeordneten dazu auf, sich mit diesem Gedanken auseinanderzusetzen und ihn „ernsthaft dahingehend zu prüfen, ob Sie eine entsprechende Gesetzesinitiative befürworten und unterstützen können“.

Der Vorschlag zu einer entsprechenden Gesetzesinitiative wurde aus dem Gedanken heraus entwickelt, daß sich jeder Wehrdienstleistende mit seinen Aufgaben und deren Zielsetzung in der Bundeswehr auseinandersetzen sollte. Die LD geht davon aus, daß in vielen Fällen der Wehrdienst von den Wehrdienstleistenden als ein lästiges Übel angesehen wird. Nur die Wenigsten werden sich darüber klar, was es heißt, zur Bundeswehr zu gehen und

hier eine Ausbildung zu machen. „Die Antwort, daß man aus Überzeugung zum Bund gehe, hört man nur in den seltensten Fällen“, sagt Sylvia Grunwald, Mitinitiatorin des Schreibens.

„Die meisten wollen doch nur ihre fünfzehnmonatige Ausbildung hinter sich bringen, um dann in ihrem beruflichen Bereich möglichst schnell weiterzukommen. Daß diese Ausbildung darauf zielt, in der Lage zu sein, Menschen zu töten, wenn es ernst wird, ist den Wenigsten bewußt. Hier wird verdrängt, daß es einmal ernst werden könnte.“

Die LD glaubt, daß sich nur sehr wenige Wehrdienstpflichtige mit der Problematik intensiv befassen und aufgrund dieser Auseinandersetzung dann tatsächlich zu einer wohlüberlegten Entscheidung kommen. Der weitaus größere Teil aber gehe sehr unbewußt oder aus Gründen, die mit dem eigentlichen Wehrdienst nichts zu tun haben, zur Bundeswehr.

Daß man mit diesen Ideen die Sorgen des Bundesverteidigungsministeriums hinsichtlich der Plansollstärke der Bundeswehr noch vergrößern könnte, ist den LD-

der Plansollstärke der Bundeswehr nachzudenken.“

Es müßte daher viel intensiver als bisher Gegenstand der Diskussion sein, wie man die aggressive Ausrichtung der Bundeswehr in eine allein passive umwandeln kann und inwieweit unter diesen Bedingungen eine geringere personelle Stärke der Bundeswehr ausreicht, um die Verteidigungsbereitschaft zu gewährleisten. Es kann in diesem Zusammenhang doch niemandem dienen, wenn durch den Zwang, der in Form der Wehrpflicht auf die jungen Leute ausgeübt wird, eine „Heer von Opportunisten“ entsteht. Hier muß sehr kritisch über Alternativen zur momentanen Situation nachgedacht werden und die LD-Initiative könnte eine Möglichkeit unter mehreren darstellen.

Hans-Josef Heck dazu: „Eigentlich müßte es doch den Verantwortlichen recht sein, wenn es nur Bundeswehrsoldaten gäbe, die tatsächlich zu dieser Institution fest stehen. Dies wäre ein realistischer Gradmesser für die Verteidigungsbereitschaft bei der bundesdeutschen Nachwuchsgeneration. Diese Verteidigungsbe-



Panzer Leopard 2, Soldat: Töten ist Gewissenssache

Initiatoren sehr wohl bewußt. Der LD-Kreisverband ist hier auch nicht gegen die Verteidigungseinrichtung Bundeswehr, zumindest solange sie noch nicht durch andere Verteidigungsformen ersetzt werden kann. „Wir dürfen aber nicht damit aufhören, über alternative Verteidigungsformen, über passive Ausrüstung und Strategien oder auch über eine Verminderung

reitschaft müßte eigentlich von der ganzen Bevölkerung ausgehen, am besten in Form der passiven Verteidigung, und die Bundeswehr müßte hier die Funktion eines Multiplikators für diese passive Verteidigung übernehmen.“ Aber um dorthin zu gelangen, da gibt sich Heck gar keinen Illusionen hin, bedarf es eines Demokratisierungsprozesses, „und zwar in allen Le-

bensbereichen." Die LD ist sich dieser Tatsache bewußt, daß die Verwirklichung ihrer Idee lediglich die zweitbeste Möglichkeit darstellen würde.

„Eigentlich dürfte es gar keine Gewissensprüfung geben und jeder müßte die Möglichkeit haben, sich frei zu entscheiden – für oder gegen den Wehrdienst. Auf jeden Fall wäre dies die liberalere Lösung. Da dies aber schon gelaufen ist, versuchen wir es halt andersherum.“

Auf die Frage, ob bei dieser Regelung der Gewissensprüfung für alle Wehrpflichtigen auch an die Einbeziehung der Frau gedacht ist, weiß Sylvia Grunwald eine Antwort: „Selbstverständlich sind wir der Meinung, daß man es einer Frau nicht wehren kann, wenn sie Wehrdienst oder Zivildienst leisten möchte. Dies schließt unserer Meinung nach auch den Dienst mit der Waffe ein. Aber da wir grundsätzlich gegen das Ausüben von Zwängen in dieser Frage sind, finden wir es schlimm genug, wenn junge Männer diesem Druck ausgesetzt sind. Da sollten wir alle froh sein, wenn die Frau (noch) keiner Wehrpflicht unterliegt.“

Aber dieses sind Gedanken zu einer Diskussion, die, so hoffen die LD-Initiatoren, möglichst bald in Gang kommen wird. Sylvia Grunwald: „Zunächst einmal möchten wir möglichst viele Bundestagsabgeordnete für die Gesetzesinitiative zur Einführung einer Gewissensprüfung für Wehrpflichtige gewinnen. Wir hoffen, daß dann eine Diskussion um die gesamte Problematik einsetzt. Vielleicht wird durch diese Auseinandersetzung erst vielen bewußt, in welcher schizophrener Situation sich die Wehrpflichtigen befinden.“

„Für uns“, fährt sie fort, „ist es in erster Linie wichtig, Bewußtsein zu schaffen. Die Gleichbehandlung aller Wehrpflichtigen ist nicht gegeben und wir glauben, daß man etwas dafür tun muß, um dieser Gleichbehandlung ein Stückchen näher zu kommen.“

Die LD ist sehr gespannt auf die Reaktion der Bundestagsabgeordneten. Eine Gesetzesinitiative wäre schon ein riesiger Erfolg. Daß ein entsprechendes Vorhaben, vorsichtig formuliert, wahrscheinlich sehr geringe Chancen hätte, ist den Initiatoren bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen durchaus klar. „Politische Arbeit beschränkt sich nicht nur auf den Versuch, politische Forderungen durchzusetzen, sondern hat auch den Sinn, Bewußtsein zu schaffen, zu motivieren und zu Diskussionen anzuregen“, formuliert Hans-Josef Heck das Anliegen der LD. „Nur so wird man langfristig gewünschte Änderungen herbeiführen können.“

Die Zukunft wird zeigen, inwieweit dies auf die Wehrpflichtproblematik zutrifft.

Jürgen Suhr

Parteienfilz auf dem Rücken der Frauen

„Skandal um die Landesfrauenklinik“ wahlkämpfte die SPD in Wuppertal und versuchte das unglaubliche Ding, das sich da in Wuppertal ereignet hatte, der CDU und der FDP in die Schuhe zu schieben.

Da trifft es sicher nicht die Falschen, nur den Anfang des Skandals machte die rechte Wuppertaler SPD-Maffia.

Soviel zur Chronologie: Der Landschaftsverband in Köln – Finanzierungsinstitut für die rheinischen Großstädte – hat seit jeher ein gestörtes Verhältnis zu seinen Kliniken: Entweder, sie wurden ihm geschlossen, weil trotz heftigster Diffamierungen gegen die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK) diese immer wieder aufgedeckt hat, wie dort mit Menschen umgegangen worden ist.

Oder der Landschaftsverband verschleudert sie auf dem freien Markt, sobald finanzielle Probleme auftreten (Klinik Wuppertal) oder politischer Druck den Landschaftsverband gefügig macht (Klinik Marienheide – auf derselben letzten Landschaftsausschußsitzung vor der Wahl schnell abgegeben).

Die Landesfrauenklinik sollte ein Defizit bringen, so hieß es.

Als der LVR einen neuen Träger suchte, wehrte die SPD-Mehrheit in Wuppertal heftigst ab. Längst hatte ihr rechter Flügel alles ausgekungelt.

Dieselben Sozialdemokraten, die gerade in NRW das weitgehendste Konkordat mit Rom geschlossen haben, das es in deutschen Landen gibt, loben den Träger „Antonius“ über den Klee (und dies noch heute, außer in Wahlkampfschriften). Dann wurde die Öffentlichkeit wach. Die Gewerkschaften merkten, daß der schlimmste Arbeitgeber, den wir in der Bundesrepublik haben (schließlich dürfen Gewerkschaften diese „christlichen“ Einrichtungen nicht einmal betreten, weil da ja soviel Gutes getan wird) seine Finger nach einer weiteren Einrichtung ausstreckte.

Der Gesamtpersonalrat des LVR wehrte sich und versuchte, die Interessen der Mitarbeiter der Frauenklinik zu vertreten.

Und siehe da: es geschehen noch Zeichen und Wunder: Antonius machte einen Übernahmevertrag, wie man ihn sich schöner kaum vorstellen kann: Kündigungsschutz, Gewerkschaftsrechte, Anerkennung des Landespersonalvertretungsgesetzes (das man sonst natürlich nicht akzeptiert) usw.

Ja, wie kömmt denn das? Sollte da der Genosse heiliger Geist, oder so . . . ?

Ganz falsch: Man will unter allen Umständen gerade diese Klinik in den frommen Griff bekommen. Ist dies doch die einzige nicht-konfessionelle Hebammenausbildungsstätte in der Bundesrepublik (!) und ist dies doch eine Einrichtung im östlichen Ruhrgebiet, die „die verwerflichen (leider legalen) Schwangerschaftsabbrüche“ vornimmt.

Und nun merkt auch der unbedarfteste Leser etwas! Da soll sich einmal wieder radikal Nächstenliebe ausbreiten mit der Folge, daß z.B. dann wie in dergleichen Einrichtungen Mitarbeiter gefeuert werden, die sich scheiden lassen.

Die Öffentlichkeit machte mobil.

Die Grünen drückten die Sozis so unangenehm: man könnte ja die absolute Mehrheit verlieren.

Also schwenkte die SPD „mannhaft“ unter der Führung der OB-Kandidatin Ursula Kraus und bietet die Stadt als Träger an.

Aber dies doch nicht bei diesem Landschaftsverband. . .

Die CDU/FDP-Mehrheit peitschte in der letzten Sitzung des Landschaftsausschusses noch schnell vor den Wahlen zur neuen Landschaftsversammlung (die Landschaftsversammlung wird nach den Kommunalwahlergebnissen zusammengesetzt) zehn Tage vor der befürchteten neuen Mehrheit mit den Grünen, trotz Veretagsantrags der SPD, ihren Abgabebeschluss durch.

So macht man Politik, wenn man nicht sicher ist, ob der kränkliche liberale Partner überhaupt noch einmal in dieses Parlament zurückkehrt. Aber egal, ob sich die FDP tot-taktiert – wieder einmal hat sie sich als Mehrheitsbeschaffer für ein übles Geschäft hergegeben. Die Partei, die einst die Thesen zur Trennung von Kirche und Staat beschlossen hat, ist arg verkommen.

Und auf der Strecke bleiben wieder einmal „die kleinen Leute“, die Frauen, die über weite Wege von ihrer Selbstbestimmung abgeschreckt werden sollen und die künftigen Arbeitnehmer, für die eben nur dieser Arbeitgeber bleibt. Aber denken wir daran – gucken wir ihnen auf die Finger und führen wir ihren Schmutz an der Öffentlichkeit vor. Nur so haben wir eine Chance.

Dieses Mal hats leider nicht gereicht.

Gabi Riedel



Liberales Perspektiven zur Sozialpolitik

Zur Diskussion zwischen Sozialdemokraten und Liberalen

von Theo Schiller

I Ausgangspunkte

Nachdem durch die Ereignisse um das „Wende“-Manöver der FDP reichlich ideologischer und propagandistischer Mißbrauch im und mit dem Namen des Liberalismus getrieben wurde, sind einige allgemeine klärende Bemerkungen zum Verhältnis zwischen Liberalen und Sozialdemokraten und zur sozialpolitischen Grundposition des Liberalismus angebracht:

1. Liberale und Sozialdemokraten haben in ihrer deutschen Geschichte viele Gemeinsamkeiten, aber auch markante Differenzen aufzuweisen:

– sie sind verbunden durch ihre gemeinsame Herkunft aus der Emanzipations- und Fortschrittsbewegung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die 60er Jahre hinein;

– sie standen während des Kaiserreiches überwiegend in gemeinsamer Opposition gegenüber der Konservativen (mit Ausnahme der nach rechts gedrifteten Nationalliberalen);

– sie wirkten bei der Gründung der Weimarer Republik (auch mit dem Zentrum) als verfassungsgebende „Weimarer Koalition“ zur Schaffung der ersten deutschen liberalen Demokratie zusammen,

und zwar auf der Grundlage eines sozialstaatlichen Verfassungskompromisses, der in Art. 151 Weimarer Verfassung so umrissen ist: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“ (Vgl. auch die folgenden Artikel, z.B. 153: Sozialbindung des Eigentums oder 161: Sozialversicherung.)

2. Allerdings verhielten sich die Liberalen in Deutschland überwiegend defensiv; das betrifft auch Linkliberale wie E. Richter oder Th. Barth, während Schulze-Delitzsch und später vor allem Fr. Naumann eine Ausnahme darstellten. Das gilt jedoch nicht für den Liberalismus allgemein; vor allem in England und den USA ist der Liberalismus sozialreformerisch aufgeschlossen, wie sich besonders in Roosevelts New Deal während der Weltwirtschaftskrise zeigte. Die Schwäche und die sozialpolitische Engstirnigkeit des deutschen Liberalismus setzte sich nach 1945 fort, und erst in der Zeit zwischen 1963 (Mischnick-Plan) und 1971 (Freiburger Programm) kam neue Bewegung in die sozial- und gesellschaftspolitischen Auffassungen, die es den Liberalen Anfang der 70er Jahre erlaubte, wenigstens wieder Anschluß an ihre eigene Tradition

des durch Naumann repräsentierten sozialen Liberalismus zu finden. Diese Erneuerung wurde inzwischen wieder verspielt, als sich die FDP durch Lambsdorff und Genscher in die Sackgasse des Lambsdorff-Papieres treiben ließ. Aber auch nach der Verabschiedung der FDP aus dem Liberalismus führen andere, vor allem die Liberalen Demokraten, die Grundsätze und Ideen des sozialen Liberalismus fort. Hier bleibt es auch bei der Kooperationsfähigkeit zwischen Liberalen und Sozialdemokraten.

3. Nach der wechselvollen Geschichte des Liberalismus, zumal in Deutschland verständlich, kann man heute – das muß nüchtern und realistisch festgestellt werden – nicht von einem gefestigten Theoriegebäude des Liberalismus ausgehen, aus dem die Strukturanalysen, Problemdeutungen und Lösungskonzepte ohne weiteres herausgelesen werden könnten. (Eine solche Theorie ist hier auch nicht entwickelbar.) Eines ist aber klar: Die klassische Konfrontation zwischen einem zentralistisch/absolutistischen Staat und einer dezentralen Marktfreiheit ist in dieser Form überholt. Die Gebetsmühle der Marktwirtschaft ist klapprig geworden (1. weil viele Güter, die zur Menschenwürde gehören, keine Marktpreise haben,

2. weil ‚Märkte‘ beim heutigen wirtschaftlichen Konzentrationsgrad oft dicht organisierte Herrschaftsbeziehungen sind, und
 3. weil in einer Gesellschaft mit ca. 90 % abhängig Beschäftigten der Marktverkehr selbständiger Individuen nicht mehr das wesentliche Basisideal einer liberalen Gesellschaft sein kann).

Allerdings bleibt der Grundgedanke der klassischen Marktidee sinnvoll: nämlich die Freiheit des einzelnen, durch freiwillige Vereinbarung auf Gegenseitigkeit zum beiderseitigen Vorteil bei Gleichgewicht der Machtverteilung selbstverantwortlich zu handeln (statt autoritären Bindungen in Herrschaftsbeziehungen unterworfen zu sein). Während für den Bereich von Rechtsstaat und Demokratie klare Vorstellungen des Liberalismus existieren, ist die systematische Ausgestaltung liberaler Ideen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bisher nur fragmentarisch geblieben.

4. Immerhin gibt es aber einen anwendbaren *Katalog liberaler Prinzipien*, der uns auch bei sozialpolitischen Problemen leiten kann. Ich kann sie hier nur kurz auflisten:

a) *Werte*: Grundlegend ist die *Menschenwürde* (1), die ihren Kern in der



Theo Schiller: „Das Problemgebirge war voraussehbar“

Selbstbestimmung (2) einschließlich der Chance für die Fähigkeit zur Selbstbestimmung hat; das setzt eine gesicherte soziale *Existenzgrundlage* (3) voraus; dem folgt das Prinzip der *Eigenverantwortung* (4), besonders auch für die wirtschaftliche Selbsterhaltung, und zwar in dem Maße, in dem dem einzelnen überhaupt eine Einflußmöglichkeit in einem beherrschbaren Handlungsraum zugänglich ist; um Verantwortung übernehmen

zu können, braucht der einzelne rechtliche Garantien für eine *gesicherte Freiheitssphäre* (5), die ihm die Entwicklung seiner Individualität und persönliche Gestaltungsfreiheit erlaubt; das Prinzip der *Gleichheit* (6) mißt jedem das gleiche Recht auf Menschenwürde, Selbstbestimmung und Individualität zu, daraus folgt die Ablehnung von Herrschaft und der Grundsatz der Solidarität.

(Die Fülle der gesellschaftspolitischen Ziele, die hieraus zu entwickeln sind, läßt sich nicht ausbreiten; es sei hier nur das Recht auf Bildungschancen als Grundaussstattung für soziale Handlungsfähigkeit überhaupt erwähnt.)

b) *Strukturprinzipien*: Für die Lösung sozialpolitischer Probleme können wir aus diesen Werten eine Reihe von Grundsätzen oder Strukturprinzipien herleiten:

(1) das Prinzip der *Solidarität*, das gemeinschaftliche Anstrengungen verlangt, wenn das Problem der Existenzsicherung den beherrschbaren Handlungsraum des einzelnen und damit auch seine Verantwortungsfähigkeit übersteigt;

(2) den *Dezentralitätsgrundsatz*, der eine Priorität festlegt für individuelle vor organisierten, besonders aber von kleinorganisatorischen vor großorganisatorischen Lösungen; daraus folgt kritische Distanz zum Staat ebenso wie zur Allianz-Versicherung, zur Neuen Heimat oder zum Diakonischen Werk, ohne daß man generell auf sie verzichten könnte;

(3) den *Pluralitätsgrundsatz*, dem Wahlmöglichkeiten, Transparenz, Wettbewerb, Offenheit für Alternativen, für Konflikt und Wandel entsprechen, wie sie auch der Marktidee zugrundeliegen;

(4) den *Freiwilligkeitsgrundsatz*, der besagt, daß bei gegebenem Bedarf für organisierte Formen der Solidarität die freiwilligen Strukturen Vorrang vor den erzwungenen Solidaritätsformen haben;

(5) den *Demokratiegrundsatz*, demzufolge bei institutionalisierter Solidarität ein möglichst hohes Maß an demokratischen Beteiligungschancen eingeräumt werden muß;

(6) den *Dringlichkeitsgrundsatz*, wonach das Gleichheitsziel bei den am meisten Benachteiligten ansetzen muß, also ihre Lageverbesserung Vorrang vor dem (fiktiven) Streben nach Gleichheit aller anderen Schichten haben soll.

II Zur sozialpolitischen Problemlage

1. Die gegenwärtige soziale Krise in der Bundesrepublik ist zwar sozialpolitisch endgültig mit der Wende 1982 in einem illiberalen Sinne umgekippt, aber die falsche Weichenstellung begann bereits 1975 beim ersten Haushaltsstrukturgesetz mit seinen sozial ungleichgewichtigen Streichungen. Den Versuch zu einem sinnvoll-

len Problemlösungsansatz haben wir 1977 mit dem Programmwurf der *Perspektivkommission* unternommen, der leider auf dem Kieler FDP-Parteitag unterlag. Ausgangspunkt war damals das bereits voraussehbare Problemgebirge Anfang der 80er Jahre; die Option war die für eine liberale gegen eine autoritäre Krisenlösung; der Grundgedanke lautete sozialer Ausgleich bei verminderten Wachstumsraten. Eine Arbeitszeitverkürzung war dort bereits vorgesehen. Ich füge hinzu (vgl. bereits meine Kölner Rede 1982 „Soziale Krise und liberale Erneuerung“, liberal 1982), daß Arbeitszeitverkürzung, die den Produktivitätszuwachs und einkommens-trächtige Arbeitszeit auch den Arbeitslosen zugänglich machen will, *nicht* mit vollem Lohnausgleich verbunden sein kann. Alles andere ist Augenwischerei.

2. Die Ursachen der Krise und die Struktur der Krisenbetroffenheit brauche ich hier nur vollständigshalber mit Stichworten zu erwähnen. Bei den Ursachen verbinden sich die demographischen Entwicklungen (größere Jahrgänge) und die Weltmarktrestriktionen mit dem strukturellen Kern des Problems, nämlich dem gegenseitigen Hochschaukeln von Produktivitätssteigerungen und Technologieumwälzungen. Arbeitslosigkeit, höhere soziale Lasten und geringeres Finanzaufkommen sind dann die Aufhänger für Restriktionsmaßnahmen. Von ihnen sind vor allem betroffen: Arbeitslose, (besonders) Ausländer, Jugendliche (blockierter Bildungs- und Berufseinstieg), Frauen (Arbeitsmarktverdrängung), Mieter (Räumungsklagen nehmen zu), Opfer von Leistungskürzungen (Abdrängung von Arbeitslosen in die Sozialhilfe; Kürzung bei Sozialhilfe, u.a. bei Behinderten, Heimbewohnern usw.). Die Gesamtentwicklung ist gekennzeichnet durch soziale Zwangskonkurrenz, auch „Ellenbogengesellschaft“ genannt; dahinter steht ein Neo-Sozialdarwinismus, wie er im gegenwärtigen Neo-Konservatismus propagiert wird.

3. Einige *grundsätzliche Aspekte* dieser Lage seien hervorgehoben:

a) Wir haben keine antizyklische Sozialpolitik, d.h. die sozialpolitische Leistungsfähigkeit unserer Einrichtungen schrumpft dann zusammen, wenn die Leistungen am dringlichsten gebraucht werden;

b) wir haben keine effektiven Mechanismen für die sozial angemessene Verteilung des Produktivitätsfortschritts jenseits von Lohnerhöhungen für die aktuell Beschäftigten; die Ansätze einer darauf abzielenden Steuerpolitik sind wieder versiegt, ernsthafte Anstrengungen in Richtung auf eine Arbeitszeitverkürzung werden erst im Tarifkonflikt 1984 unternommen, gegen den Widerstand der in diesem Punkt irrational verbohrt Arbeitgeber;

c) von den Krisenrestriktionen werden in der Regel diejenigen Gruppen am schärf-

sten betroffen, die am meisten benachteiligt sind und selbst kaum über eine organisierte politische Lobby verfügen; diese erzwungene passive Individualisierung entspricht nicht liberaler Vorstellung von individueller Gestaltungsfreiheit;

d) die heutigen Maßnahmen des Sozialabbaus produzieren *verschärfte Sozialprobleme von morgen* (z.B.: Berufsaufgabe von Frauen oder allgemein geringere Beitragszahlungen steigern in 10 – 25 Jahren die Zahl der unzureichenden Renten, also die Armut und den Sozialhilfebedarf in der Zukunft).

4. Zusätzlich sind einige *längerfristige gesellschaftliche Entwicklungstrends* zu berücksichtigen:

– Es deutet sich ein Rückgang der Bedeutung der Arbeit an, auch wenn die Rede von einer „Krise der Arbeitsgesellschaft“ wohl verfrüht ist; damit zeichnet sich als Langfristproblem die Frage ab, ob in einem gewissen Umfang die Einkommenssicherung von der Berufsarbeit abgelöst wird (werden kann/muß).

– Jedenfalls führen die verlängerten Ausbildungszeiten und die Prozesse frühen Verschleisses zu einer Verkürzung des Arbeitslebens.

– Die Zunahme der Mobilität (räumlich und beruflich) bringt es mit sich, daß die Stetigkeit der Arbeitskarriere abnimmt und „Brüche“, Unterbrechungen, Zwischenstationen, vermehrte zwischengelagerte Bildungsphasen usw. ansteigen (bedingt durch raschere Strukturwandlungen im technischen Bereich, in puncto Qualifikationsanforderungen und in der branchenmäßigen Struktur).

– Bei den Frauen verläuft die Arbeits- und Berufsbiographie deutlich variabler, auch „brüchiger“ als bei Männern, bei hohem (und künftig noch wachsendem) Anteil weiblicher Berufstätigkeit werden diese Merkmale des Arbeitslebens quantitativ sehr viel stärker durchschlagen.

– Die bisher erfolgte Steigerung des Ausbildungsniveaus zieht eine Steigerung der Möglichkeit und des Bedürfnisses nach mehr individueller Gestaltung in den verschiedensten Bereichen nach sich, sowohl in der Gestaltung der persönlichen Arbeitsbiographie als auch in der Ausgestaltung der sozialen Sicherung des einzelnen (Flexibilitätsbedarf).

– Insgesamt nimmt sowohl die Differenzierung der Gesellschaft als auch das Informationsbedürfnis und die Informationsdichte zu, während in der Sozialpolitik Transparenz, Übersichtlichkeit, Stetigkeit und individuelle Planbarkeit sinkt.

– Der Anteil der alleinlebenden Personen und der unverheiratet oder sonst in neuen Lebensformen lebenden Personen wächst; in zunehmendem Maße sind daher Sicherungsformen, die ausschließlich an der *Familiensicherung* orientiert sind, nicht mehr angemessen. Die Individualsicherungsformen, die insbesondere den



Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit: „Gefahr der strukturellen Entsolidarisierung“

Frauen eine unabhängige Sicherung bieten, müssen daher ausgeweitet werden.

– Das Sicherungsniveau ist inzwischen insgesamt durchschnittlich stark angewachsen; gleichzeitig bleiben die untersten, wenig gesicherten Gruppen stark. Es scheint an der Zeit, nach dem Gleichheits- und Dringlichkeitsgrundsatz der Anhebung des Sicherungsniveaus der unteren Gruppen den Vorrang einzuräumen.

– Der Anteil der sozialen Gruppierungen mit Sonderproblemen nimmt offensichtlich ständig zu, insbesondere im Bereich der sozialen Dienste (als Folge des zunehmenden Gefahrenpotentials der Gesellschaft, z.B. Arbeits- und Straßunfälle, Krankheiten durch psychischen Stress und Umweltschäden). Die Gefahr der strukturellen Entsolidarisierung der Gesellschaft durch Fragmentierung der Betroffenen steigt demnach an.

– Die Entfremdung durch das Experimentum, vor allem auch im sozialpolitischen Bereich wächst. Das bedeutet zugleich die Unmöglichkeit, demokratisch an den Entscheidungen zu partizipieren, auch wenn institutionelle Möglichkeiten bestehen (vgl. die „Selbstverwaltung“ der Sozialversicherungen).

Diese Liste ist sicherlich noch unvollständig.

Aber bereits die Aufarbeitung dieses Katalogs von Entwicklungsproblemen würde die Notwendigkeit unterstreichen, über die kurzfristige Schließung von Finanzierungslücken in der Sozialpolitik endlich hinauszudenken und in einer gesellschaftlichen Umbruchphase eine Sozialpolitik für das nächste Vierteljahrhundert zu konzipieren.

III Einzelne Problemfelder und Lösungsansätze

Hier können nur einige Problemfelder kurz angesprochen werden, der Bereich Gesundheitswesen und Krankenversicherung muß ganz entfallen. Nach dem Dringlichkeitsgrundsatz beginne ich mit Sozialhilfeproblemen. Am Ende werden zusammenfassend einige Finanzierungsmöglichkeiten diskutiert.

1 Reformen beim Sozialhilferecht

Während angesichts hoher Arbeitslosigkeit eine wachsende Zahl von Bürgern von Sozialhilfe abhängig wird, hat die neue konservative Bundesregierung weitere Leistungseinschränkungen im Sozialhilfereich angekündigt.

Gegenüber diesen Versuchen, die Krisenlasten auf die schwächsten Bevölkerungsteile abzuwälzen, brauchen wir Initiativen für Reformen im Sozialhilfereich:

a) In den 70er Jahren wurden die Anpassungen der Sozialhilfesätze weit unter die Bedarfssteigerungen gedrückt. Damit der Minimalbedarf gesichert werden kann, fordern wir die Ablösung der Warenkorbrechnung von 1970 durch die Verwirklichung der *Neuberechnung*, die im Entwurf seit fast 10 Jahren vorliegt.

b) Zur Vermeidung langfristiger Folgewirkungen der Sozialhilfebedürftigkeit (Altersarmut) sind durch die Sozialhilfeträger für jeden Sozialhilfeempfänger unter 65 *Beiträge zur Rentenversicherung* zu entrichten.

c) Die Regelung, wonach zum Ersatz von Sozialhilfeleistungen auf das *Einkommen oder Vermögen von Kindern* der Sozialhilfeempfänger zurückgegriffen wer-

den kann, ist *abzuschaffen*.

d) Die Möglichkeit, Sozialhilfeempfänger zu *öffentlichen Arbeiten* zu verpflichten, ist *abzuschaffen*. Stattdessen sind die Sozialhilfeträger zu verpflichten, Arbeitsgelegenheiten auf freiwilliger Basis anzubieten, bei denen die marktübliche Entlohnung einer entsprechenden Arbeitszeit zu einem Arbeitsentgelt führt, das in angemessener Weise höher ist als die sonst zu beanspruchenden Sozialhilfeleistungen (vgl. jetzt das Hamburger Modell).

e) Zur Entlastung der Sozialhilfeträger ist bei der *Arbeitslosenhilfe* ein *Mindestsatz* einzuführen, der dem Sozialhilfesatz entspricht. Die vielen Fälle von gleichzeitigem Bezug von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe werden damit hinfällig.

f) Ein Antrag von *Ausländern* auf Sozialhilfe darf nicht mehr als Ausweisungsgrund benutzt werden.

g) Die Finanzierung der Sozialhilfe ist neu zu ordnen. Statt die Finanzierung von Krisenlasten auf die örtlichen Sozialhilfeträger abzuwälzen, sind ggf. Länder und Bund an der Sozialhilfefinanzierung zu beteiligen.

Gegenüber dem heutigen System scheinen mir aber Veränderungen in folgender Richtung möglich und wünschenswert:

a) Es muß mehr individuelle Flexibilität ermöglicht werden. Das kann aber nicht heißen, daß die Besserverdienenden durch zusätzliche Individualgestaltungsmöglichkeiten privilegiert werden (so in der Vergangenheit häufig die Angestellten-Politik der FDP, auch in der Sozialversicherung), während die niedrigen Einkommensgruppen mit dem schematischen Modell vorlieb nehmen müssen. Denkbar wären Wahlmöglichkeiten der Anlageform zu einem gewissen Anteil für sogenannte „rentensichere Anlagen“ (z.B. Wohnungseigentum, Lebensversicherungen o.ä.). Auch die Höhe der angestrebten Rente sowie der angestrebte Zeitpunkt des Rentenbezugs sollte beeinflussbar sein; die vorhandenen Ansätze hierzu wären auszubauen. Allerdings wird die Pflicht zur Altersvorsorge nicht verzichtbar sein.

b) Durch weniger Schematismus in der Beitragsentrichtung könnte bei gesichertem Durchschnitt in einem Gesamtzeit-

biographie für unterschiedliche Zwecke einkalkulieren müssen: Kinder, Weiterbildung, Umstieg in einen anderen Beruf, Arbeitslosigkeit usw. Heute treffen diese Unterbrechungen und ihre mangelnde Berücksichtigung überwiegend die Frauen; das Problem muß für sie *und* für die Männer breit angegangen werden.

d) Vieles spricht für ein beitragsfreies, steuerfinanziertes Grundrentenkonzept, insgesamt also ein Mischsystem aus Grundrente und Beitragsrente. Durch eine Grundrente würde das bisher recht leidige Problem des Bundeszuschusses systematisiert und rationalisiert, zugleich würden die Problemfelder von Kleinstrenten unterhalb des Sozialhilfeniveaus bzw. des Existenzminimums grundsätzlich angegangen. Außerdem könnte die Frage der Unterbrechungszeiten (vgl. c)) damit verbunden werden. Sowohl der Flexibilitätsbedarf als auch das Gleichheitsprinzip für die unterdurchschnittlichen Einkommensgruppen wären angesprochen. (Zur Finanzierung s. weiter unten.)

e) Erforderlich ist zweifellos bereits jetzt der Abbau von Privilegien, insbesondere bei der Zusatzversorgung für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, wo ja de facto über die Beitragsrente hinaus eine beitragsfreie Anhebung auf das Gesamtversorgungsniveau von 75 % wie bei den Beamten erfolgt. Die Vorschläge der „Harmonisierungskommission“ zur Angleichung der Alterssicherungssysteme sind hierzu prinzipiell unterstützenswert. Auch andere Sondersysteme (Landwirtschaft, Knappschaft, berufsständische Werke) werden danach Einschränkungen hinnehmen müssen.

f) Für das jetzige System teile ich die ja auch von der SPD aufgenommene (bereits früher von der FDP formulierte) Position, daß der Übergang vom Bruttolohnprinzip zur Nettolohnbezogenheit, also zur Bemessung nach dem verfügbaren Einkommen, notwendig ist. Das gesamte und durchschnittliche Rentenniveau wird damit langsamer ansteigen. Andernfalls würde aber nicht nur die Finanzierbarkeit des Systems in Frage stehen, sondern auch Verbesserungen gemäß dem sozialen Dringlichkeitsprinzip für die am schlechtesten gestellten Personen nicht denkbar sein.

g) Die 1984er Reform, also die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Hinterbliebenenversorgung, droht durch die jetzige Bundesregierung erneut zu scheitern. Der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts soll – entgegen allen Wahlversprechen von CDU und FDP – offenbar unterlaufen werden.

Entsprechend den obigen Grundsätzen kann nur durch das Teilhabermodell eine Lösung gefunden werden, die auch den Frauen eine eigenständige Sicherung einräumt.



Altenheimbewohner: „öffentliches Rentensystem als Kernstruktur“

2 Alterssicherung

Es ist klar, daß Alterssicherung auch aus liberaler Sicht nur mit einem öffentlichen Rentensystem als Kernstruktur möglich ist. Überwiegend marktwirtschaftliche Lösungen sind nicht denkbar, weil die Mißbrauchsmöglichkeiten zu groß sind und das Sicherungsziel für den einzelnen allein aufgrund der Zeitperspektiven (ca. 40 Jahre nach Erwerbseintritt) nicht kalkulierbar und damit nicht beherrschbar ist. Außerdem würde ein ausschließlich oder überwiegend privates System der Alterssicherung im Krisenfall ohnehin die Politik als Sicherungsinstanz erpressen.

raum Beitragsvariabilität ermöglicht werden; das würde dem einzelnen im Zeitverlauf mehr eigene Prioritätensetzung in der Einkommensverwendung erlauben (z.B. „Rentensparen“ in sonst belastungsärmeren Zeiten).

c) Es muß auch vom System her mehr Flexibilität im Lebensverlauf eingeplant werden. Die ununterbrochene Arbeitsbiographie mit monatlichem Kleberhythmus wird gesellschaftlich nicht mehr lange funktionieren. Das „Baby-Jahr“ betrifft nur einen kleinen Ausschnitt des Gesamtproblems. Für die Zukunft wird man mehrere Unterbrechungen der Beitrags-

3 Wohnungsprobleme

Nur die vordringlichsten Gesichtspunkte können genannt werden:

a) Mietbelastungsprobleme nehmen zur Zeit enorm zu, insbesondere für den Personenkreis, der ohnehin hauptsächlich von den Krisenauswirkungen betroffen ist. Die Fehlbelegung von Sozialwohnungen wirkt sich jetzt besonders stark aus, weil nun die preiswerten Wohnungen für den sozial schwachen Personenkreis fehlen. Die Mietpolitik der CDU/FDP-Regierung hat zu zusätzlichen Belastungen geführt. Außerdem entsteht ein zusätzlicher spezifischer Bedarf seitens der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren preiswerten eigenen Wohnraum suchen werden. Wenn die Zahl der leerstehenden Wohnungen gleichzeitig wächst, liegt das wohl mehr am Preis als am tatsächlichen Wohnungsbedarf.

b) Wohngeld ist im Prinzip eine sinnvolle soziale Ausgleichsmaßnahme; insbesondere in Zeiten anziehender Mieten müßte dieses Instrument gestärkt werden. Die Einschränkungen im Wohngeldbereich in den letzten Jahren blockieren aber diese Funktion. Stattdessen sind hier Erhöhungen angebracht.

c) Gegenwärtig findet in beträchtlichem Umfang Mieterverdrängung statt, z.T. wegen der Schere zwischen Miete und Einkommen, z.T. auch wegen verteuender Modernisierung und Umwandlung in Wohnungseigentum. Dies gilt auch für den sozialen Wohnungsbau. Daher ist hier, besonders im sozialen Wohnungsbau, Mietermitbestimmung dringend erforderlich. Nur so ist zu gewährleisten, daß in bezug auf Modernisierung und auch für ggf. längerfristigen Eigentumserwerb die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Mieter berücksichtigt werden können.

d) Bei der Neuerrichtung von Siedlungen und größeren Wohngebäuden ist die Idee von Bau-Genossenschaften zu fördern; die Kommunen sollten über Erfahrungen und Möglichkeiten genossenschaftlichen Bauens sehr viel breiter informieren als bisher (erst einmal natürlich auch sich selbst!).

e) Bei der Planung größerer Wohngebäude sollten Beteiligungsmöglichkeiten für *künftige* Mieter im Gestaltungsprozeß vor der Fertigstellung wesentlich erweitert werden, insbesondere auch im sozialen Wohnungsbau. Das würde die Bedarfsgerechtigkeit der Wohnungen und die Qualifizierung des Wohnungsmarktes deutlich steigern.

4 Soziale Dienste/soziale Selbsthilfe

Die Wiederbelebung des Selbsthilfegedankens ist begrüßenswert, aber er darf auch nicht gebetsmühlenartig zu Tode geleiert werden. Der Gefahren des politischen Mißbrauchs zur Problemverdrängung muß man sich ebenfalls bewußt sein.

Selbsthilfeaktivitäten mit ihrem Ur-



Sozialer Wohnungsbau: „Mietermitbestimmung ist dringend erforderlich“

sprung im Gesundheitssektor sind in ihrer sozialmedizinischen, sozialpsychologischen und allgemein sozial-aktivierenden Bedeutung hoch zu veranschlagen. Soweit erforderlich und sinnvoll, verdienen sie auch jede Unterstützung, wobei es mehr um die Öffnung der formalen Rahmenbedingungen gehen wird. Das Vorbild medizinischer Selbsthilfegruppen ist aber nicht auf alle Problembereiche beliebig übertragbar. Selbsthilfeaktivität setzt ja *solidarische Selbsthilfefähigkeit* bereits voraus; dies hängt von der Art der Betroffenheit ab. Wenn die Förderung solidarischer Selbsthilfefähigkeit nicht erfolgt, oder diese unmöglich ist, hätte der Verweis auf Selbsthilfe einen zynischen Charakter. Nicht alle sozialen Dienste können daher der Selbsthilfe überantwortet werden; auch dort, wo es Selbsthilfeansätze gibt, wird man regelmäßig feststellen, daß zunächst nur ein kleiner, bereits handlungsfähiger Kreis etwas davon hat. Die Ausweitung dieses Kreises muß gestützt werden. Im übrigen wird es für viele Betroffene wichtig sein, daß sie sich auf *verlässliche Hilfe* stützen und einstellen können. Es muß also sichergestellt werden, daß nicht nur ein Strohfeuer entsteht. Das Bedürfnis nach *Verlässlichkeit* gilt besonders für die Altenhilfe. Die Grenzen der Selbsthilfe sind hier rasch erreicht, vielmehr geht es um neue Formen der Nachbarschaftshilfe und des Zusammenlebens verschiedener Generationen auch außerhalb des Familienverbandes.

Insgesamt geht es darum, dezentrale

und individuelle Lösungen in mehr Bereichen der sozialen Dienste möglich zu machen, insbesondere in der Alten- und Krankenpflege durch Vermehrung ambulanter Angebote. Nicht gemeint ist damit die kostenlose Privatisierung im Familienverband, in der Regel zu Lasten der Frauen. Dezentrale Pflegeangebote außerhalb von Heimen müssen neu finanziert und organisiert werden. Nachzudenken wäre hier u.a. über „Pflegegenossenschaften“, Förderung von Krankenpflegevereinen sowie Möglichkeiten der Kostenerstattung für private Lösungen. Entscheidend ist, daß ein menschenwürdiges soziales Umfeld erhalten bleibt, statt der Abstempe- lung und Abschiebung der „Pflegefälle“.

5 Finanzierungsprobleme und Lösungsansätze

Daß die sozialen Sicherungssysteme vor großen Problemen der Kostenentwicklung und der Kostenbegrenzung stehen, ist offenkundig. Da ich dieses Problem hier nicht breit diskutieren kann, sei nur allgemein festgestellt, daß die häufigen kurzfristigen Maßnahmen zur Ausgabenrestriktion nicht tragen werden, sondern nur langfristige präventive Belastungsbegrenzungen, besonders im Bereich der Gesundheitssicherung (Begrenzung der Arzneimittelpreise und der Verschreibungspraxis usw.). Für die Alterssicherung gibt es solche „Präventionsmaßnahmen“ freilich nicht, weil hier die Verschiebung der demographischen Relationen die entscheidende Rolle spielt.

Ich möchte mich hier auf einige grundsätzliche Fragen der Finanzierungsmechanismen konzentrieren:

a) Der Grundgedanke der Beitragsfinanzierung, wonach die Zukunftsvorsorge durch eigene Beiträge in der Gegenwart an die eigene Leistung angekoppelt wird, ist sicherlich richtig. Daß im Rahmen der solidarischen Sicherungssysteme (ähnlich wie in der Steuerpolitik) nach dem Kriterium der Leistungsfähigkeit Umverteilungsmaßnahmen zum Zwecke des sozialen Ausgleichs erfolgen, ist ebenfalls zutreffend. Es dürfen dann aber insbesondere die leistungsfähigen Gruppen nicht ausgeklammert werden, und schon aus diesem Grunde müssen die Versorgungssysteme im öffentlichen Dienst mit den allgemeinen Systemen harmonisiert werden. Dort wird also der Beitragsgedanke überhaupt erst eingeführt werden müssen.

b) Fraglich ist aber, ob Beitragsfinanzierung als ausschließliche Finanzierungsquelle weitergeführt werden kann. Bereits eine einfache Überlegung beleuchtet dieses Problem grell: Wenn die Lebensphasen mit guter finanzieller Leistungsfähigkeit immer kürzer werden, und außerdem noch mehrere demographische Faktoren dahin wirken, daß das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern immer ungünstiger wird, dann muß die Beitragslast in diesen Lebensphasen enorm anwachsen. Ich behaupte, daß der Mechanismus wachsender Beitragsbelastungen in den nächsten Jahrzehnten an die Schallgrenze stößt, zumal ja bei den Personalsteuern dieselbe Dynamik abläuft. Wenn die Mehrheit der Arbeitnehmer mehr als 50 % an Steuern und Sozialbeiträgen abgezogen bekommen, denaturiert das Einkommenskonto des Erwerbstätigen letztlich zu einem unsinnigen Zwischenbuchungskonto für Mittel, die ohnehin zur Verwendung im Rahmen öffentlicher Systeme vorgesehen sind. Das ist sozialpsychologisch nicht durchzuhalten, macht auch letztlich den Leistungsgedanken zur Farce (vgl. das schwedische Beispiel). Statt hunderte von Milliarden DM fiktiv durch die Taschen der Arbeitnehmer zu leiten, sollte man daher lieber die Finanzierungswege abkürzen.

c) Notwendig erscheint mir daher der Einstieg in eine Abschöpfung der Finanzierungsmittel direkt an der Quelle, also bei den Unternehmen durch eine *Sozialversicherungssteuer* im Sinne einer Wertschöpfungsabgabe. Für eine solche Entwicklung sind ja bereits eine ganze Reihe von Argumenten vorgetragen worden, besonders der Hinweis auf die progressive Automatisierungs- und Rationalisierungstendenz, die den Wertschöpfungsanteil des Produktionskapitals steigert. Nur durch eine Sozialversicherungssteuer als Wertschöpfungsabgabe kann sichergestellt werden, daß die durch Kapitaleinsatz bewirkte Produktivitätssteigerung für sozial-

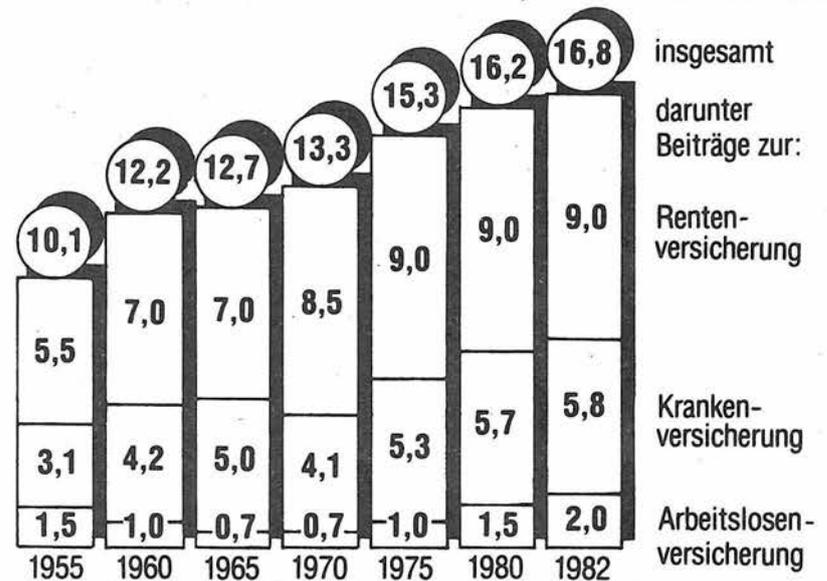
politische Verwendungszwecke zur Verfügung steht.

d) Ich halte es aber nicht für sinnvoll, eine solche Wertschöpfungssteuer nur ergänzend und zusätzlich an das bisherige System anzubauen. Vielmehr sollten m.E. die Arbeitgeberbeiträge prinzipiell zugunsten der Umstellung auf Wertschöpfungssteuer zur Disposition gestellt werden. Nur dann nämlich kann die Arbeitsplatzbezogenheit der Kostenbelastung durch Sozialkosten ernsthaft abgebaut werden, nur dann werden die beschäftigungsfeindlichen Nebenfolgen von Sozialabgabepflichten beseitigt. Arbeitgeberbeiträge verteuern einen Arbeitsplatz (jedenfalls optisch und in den Bilanzen), während die Wertschöpfungssteuer dort erhoben wird, wo Wertschöpfung tatsächlich erfolgt, unabhängig davon, ob sie durch Arbeits- oder durch Kapitaleinsatz entstanden ist. Dies ist auch volkswirtschaftlich

umso mehr für den Bereich der Krankenversicherungs- und Rentenversicherungsbeiträge. Die Ersetzung der Arbeitgeberbeiträge ist aber unverzichtbares Element einer sinnvollen Konzeption auf Wertschöpfungsbasis.

IV Schlußbemerkungen

Zahlreiche Problemfelder konnten hier nicht angesprochen werden. Die Vermögenskonzentration nimmt weiter drastisch zu, während die Vermögenspolitik immer kraftloser wird. Auch bei der Einkommensverteilung wird die Steuerpolitik ihrer Aufgabe nicht gerecht. Zur Zeit entsteht eine neue Armut, deren Ausmaß in einigen Jahren erschreckend sein wird; es ist makaber zu sehen, wie heute mutwillig politische Entscheidungen getroffen werden, die diese neue Armut kräftig för-



Belastung der Arbeitnehmer-Einkommen in der Bundesrepublik durch Sozialbeiträge (in Prozent des Bruttoarbeitsentgeltes)

sinnvoll, weil die Abgabelasten dort plaziert werden, wo Produktivität und Leistungsfähigkeit am größten sind.

e) Am Beispiel der Arbeitslosenversicherung, für die man dieselbe Lösung wählen sollte, wird das Konzept leicht klar: Heute steigen die Arbeitnehmer- und die Arbeitgeberbeiträge in der Krise, nämlich bei hoher Arbeitslosigkeit. Unternehmen mit hoher Beschäftigungszahl werden also höher belastet, Neueinstellungen werden uninteressant. Unternehmer mit wenig Beschäftigten, die möglicherweise gar noch weiter abbauen, sind geringer betroffen. Das kann nicht sinnvoll sein, der Arbeitslosigkeitseffekt wird prozyklisch verstärkt. Stattdessen wäre richtig, ertragsstarke Unternehmen unabhängig von ihrer Beschäftigtenzahl zur Finanzierung heranzuziehen. Daher wäre eine wertschöpfungsbezogene Besteuerung der Unternehmen auch für Zwecke der Arbeitslosenversicherung die sachgerechtere Lösung. Vom Volumen her gilt das natürlich

den. Brisant ist bereits jetzt das Problem der blockierten Ausbildungschancen und Möglichkeiten des Berufseinstiegs für die geburtenstarken Jahrgänge; die Folgen werden gigantisch sein, denn wenn zigtausenden von Jugendlichen der Zugang zur Gesellschaft versagt wird, darf man sich über Apathie, Haß und Entfremdung in einem umfassenden Sinne nicht wundern.

Hier hat bereits die sozialliberale Politik in den 70er Jahren versagt, weil sie ein voraussehbares Problem nicht entschlossen angepackt hat. Es gibt also keinen Grund für irgendwelche Überheblichkeit.

Wenn die Politik nicht ähnliche Versäumnisse für die heute erkennbaren mittel- und langfristigen Probleme begehen will, dann wird es dringlich, weitsichtige Struktur- und Systementscheidungen aus liberalen Prinzipien jetzt entschlossen in Angriff zu nehmen.

„Demokratisierung ist die notwendige Perspektive“

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat im Juli ein Papier vorgelegt, in dem eine „Verfassungsreform in demokratischer Absicht“ vorgeschlagen und diskutiert wird. Die Wirklichkeit des repräsentativen Systems zeichne sich dadurch aus, daß wichtige gesellschaftliche Probleme entweder an den Entscheidungsinstanzen abprallen oder repräsentativ-bürokratisch abstrahiert und neutralisiert würden.

Die liberalen Drucksachen geben im folgenden den Teil IV des Textes – „Vorschläge, genauere Dimensionen und allgemeine Richtung solcher Verfassungsreform in demokratischer Absicht“ – unwesentlich gekürzt wieder.

1. (. . .) Angestrebt wird nicht, nicht einmal in der „Idee“, die repräsentative Demokratie abzuschaffen. Ziel ist es vielmehr, die repräsentative Demokratie unter den heutigen Umständen und der zu erwartenden Entwicklung instandzusetzen. Hierzu aber bedarf es eines Neubedenkens von Politikbegriff, von Repräsentationsvorstellungen, insbesondere aber sind zusätzliche Beteiligungsmechanismen und eine Rekonstruktion der politischen Entscheidungsebenen vonnöten.

2. Alle erforderlichen Reformelemente müssen zusammengesehen werden. Was hätte es der Demokratie, wenn man isoliert die Möglichkeit von Plebisziten im Grundgesetz in Form entsprechender verfassungsrechtlicher Änderungen vorsähe und darüber vergessen würde, dem demokratiefähigen Bürger eine Chance zu geben (sich nämlich als solcher zu entwickeln)? Demokratie versteht sich alles andere als von selbst. Sie ist ein hochgezüchtetes soziales Kunstprodukt, das deswegen auch von ihren Mitgliedern entsprechend „hergestellt“ und erhalten werden muß. Anders gesagt: Demokratie, die nur durch und in ihren Bürgerinnen und Bürgern wird, erfordert entsprechende Umgestaltungsformen, entsprechende Voraussetzungen politischer Sozialisation.

Wenn betont wird, daß die diversen Reformelemente zusammensehen und prinzipiell auch zusammen zu verwirklichen seien, wird damit nicht verlangt, alle Reformschritte müßten auf einmal – „revolutionär“ – gegangen werden. Eine solche Forderung trüge die Niederlage in sich, lähmte sich selbst. Ein Mehr an Demokratie ist nur durch eine Demokratisierung, also einen entsprechenden Reform- (und Bewußtseins-)prozeß möglich. Allerdings muß versucht werden, die Hebel, um neue Bedingungen zu schaffen, ab einer Reihe von Stellen gleichzeitig oder in gezielter Reihenfolge anzusetzen.

3. Wie in der Vorrede über die Motive

der Demokratisierung schon berührt, sind wir davon überzeugt, daß eine Verfassungsreform in demokratischer Absicht Kern aller Reformpolitik (. . .) sein muß. Die Formen der Reformpolitik unzureichend bedacht zu haben, die Scheu, neue Formen zu wagen – hierin liegen vor anderem die Ursachen des Scheiterns des freilich seinerzeit schon vagen Konzepts der sozialliberalen Koalition, das Zeitalter der „inneren Reformen“ zu eröffnen –, würde dazu führen, daß nicht ein Demokratisierungsprozeß in Gang kommt, sondern lediglich oberflächliche Kosmetik den schlechten Status quo verschleiert. Man kann keine neue Technologie-Politik inszenieren, also eine Politik, die mehr ist als beflissene Interpretation und garantierte Verrechtlichung dessen, was ohnehin geschieht, man kann keine Gesundheitspolitik in Gang setzen, die die Kranken und Gesunden (als potentiell Kranken) gerade auch in ihrem Grundrecht, an ihrer eigenen Gesundheit, politisch ernst nimmt usw., wenn man keine zusätzlichen, die gegenwärtige Verfassung und insbesondere die gegenwärtige Verfassungswirklichkeit ergänzenden demokratischen Formen erfindet und institutionalisiert.

4. Ergänzungen, Umbauten, neue institutionelle Formen, aber alle im Rahmen des Grundgesetzes und ohne es in seinen Prinzipien in Frage zu stellen, scheinen u. a. in folgender Beziehung erforderlich:

a) Die Rolle des Parlaments und der Parteien ist neu zu bedenken. Mit einer Parlaments- und Parteienreform kommt man, das zeigt auch die Geschichte derselben allein in der Bundesrepublik, nicht allzu viel weiter. Dennoch gibt es eine Reihe von Regelungen, die den ohnehin beschränkten Stellenwert des Parlaments unnötig und schädlich beschneiden und die sich negativ auf die überaus eingeschränkte Funktion der Parteien als willensbildnerische „Transmissionsriemen“ auswirken. Hierzu einige Hinweise:

– Die Ausstattung des Parlaments ist unzureichend. Diese Feststellung gilt insbesondere auch für ihr Verhältnis zur Bürokratie.

– Die Gesetzesvorbereitung (s.u.a. GGO § 3) muß veröffentlicht werden.

– Die restriktiven Bestimmungen in Sachen Fraktionsstatus stärken die Apparate der großen Parteien und widersprechen einer nicht nur ideellen Konzeption der in Art. 38 GG statuierten Gewissensfreiheit.

– Das als Teil der „streitbaren Demokratie“ verfassungsgemäß mögliche Parteienverbot (Art. 21 Abs. 2 GG) (. . .) ist ersatzlos zu streichen. Ein demokratischer Effekt – von seiner fragwürdigen, im Prinzip nicht haltbaren Begründung einmal zu schweigen – ist ihm nicht zu attestieren. Eher im Gegenteil. Das Parteienverbot, das als Drohung insbesondere politisch vorausgreifende und politisch repressive Folgen zeitigt und auch über die Berufsverbote seine undemokratischen Kreise gezogen hat, wirkt sich nicht zuletzt zugunsten der Geheimdienste aller Art aus.

Dieselben bedrohen angesichts ihrer modernisierten technischen Möglichkeiten eine liberale Demokratie grundsätzlich als selbst eine Partei, die ein Programm formuliert, das dem Grundgesetz zu Teilen entgegensteht.

– Die kaum noch infrage gestellte, gleichfalls um einer zweifelhaften Stabilitätsvorstellung willen eingeführte 5%-Hürde ist wegzustellen. Der Effekt der 5%-Hürde (. . .) ist schwer zu überschätzen. Ob sie der Stabilität der Bundesrepublik gedient hat, hängt von der Konzeption ab, die man von einer stabilen Demokratie hat. Selbst dann aber ist es zweifelhaft, daß demokratisch negative Effekte zu befürchten gewesen wären, hätte die 5%-Hürde nicht bestanden. Sie hat vielmehr eine großparteiliche Beruhigungsfunktion, schadet aber der Lebendigkeit des Parteiensystems und der politischen Diskussion.

– Der Sold des Politikers, des Berufspolitikers also, der Max Weber gemäß für, in unserer Republik aber von der Politik lebt, und die Finanzierung der Parteien sind nicht erst seit der Spendenaffäre alles andere als gleichgültig. Die Ökonomie des Politischen im engeren Sinne spielt eine erhebliche Rolle. Deswegen ist das leidige Thema der Parteienfinanzierung erneut aufzugreifen und erheblich über die von

den Grünen jüngst in Karlsruhe vorgetragene Position zu problematisieren. Die Quasi-Etatisierung der Parteien und ihre Abstraktion im Hinblick auf Mitglieder und Wähler sind erheblich von den Finanzierungsformen bedingt.

b) Das Grundgesetz hat bekanntlich (. . .) auf plebiszitäre Elemente nahezu völlig verzichtet (auch das Grundgesetz selbst ist nicht vom Volk abgestimmt worden; das ist kein Zufall; darauf ist nicht nur deswegen verzichtet worden, weil man den Charakter des Provisoriums bewahren wollte).

Zwar läßt sich aus der Kombination von Art. 20 Abs. 2 und den Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 2 GG (man kann auch die Art. 5 Abs. 1 und 8 Abs. 1 u.a. sinnvollerweise hinzunehmen) herleiten, daß der Volkssouverän nicht allein irgendwann und letztendlich, sprich allein durch periodische Wahlen zum Zug kommen soll. In jedem Fall sprechen andere und mehr Beteiligungsmöglichkeiten verfassungssystematisch nicht gegen das Grundgesetz. Anders formuliert: sie sind mit ihm vereinbar, ja sie ergeben sich angesichts gegenwärtiger Umstände geradezu notwendig aus ihm. Fraglos aber ist, daß nach geltendem Verfassungsrecht (und seiner „herrschenden Meinung“) und insbesondere der Verfassungswirklichkeit Plebiszite nicht vorgesehen, mehr noch, daß sie nicht erwünscht sind.

Jenseits der verfassungsrechtlichen und der verfassungspolitischen Argumentation (siehe dazu u.a. Däubler, Simon) kann einsichtig gemacht werden, warum das repräsentative Verfahren ergänzende Formen der Willensbildung und der Beteiligung unabdingbar erfordert. Diese sind zunächst auf allen drei Ebenen der institutionalisierten Staatlichkeit vorzusehen: auf der kommunalen, der der Länder und der des Bundes. Auf kommunaler und Teilweise auf Länderebene bestehen plebiszitäre Möglichkeiten in der Regel schon. Allerdings sind sie gerade auf der kommunalen Ebene unzureichend normiert. Die Anforderungen an Willensbildung von unten in den Ländern sind in aller Regel zu hoch. Plebiszitäre Möglichkeiten auf kommunaler und Länderebene müßten demgemäß im Sinne der Bürgerinnen und Bürger effektiviert und demokratisiert, und sie müßten auf der Ebene des Bundes neu eingeführt werden.

Es reicht jedoch nicht aus, eine Normalisierung des Plebiszits auf allen drei Ebenen – dieser Zusammenhang ist unabdingbar – zu fordern. Wahl- und Beteiligungsverfahren sind innerhalb des formell öffentlichen Systems beträchtlich auszuweiten. Zwei Beispiele mögen eine Vorstellung dessen geben, was gemeint ist:

– Die Rolle der Dritten Gewalt hat sich beträchtlich ausgedehnt. Zum Teil nimmt

sie demokratische Ersatzfunktionen wahr, die freilich meist niedriginstanzlich begrenzt sind. Das Zusammen- und Widerspiel Bürgerinitiativen : Gerichte ist hierfür ein Exempel. Um die Dritte Gewalt aus ihrer exekutivisch-staatlichen Bindung zu lösen (bis hin zur Ausbildungsordnung), ist zu bedenken, wie die Gerichtsverfassungen und die Bestellungsverfahren von Richtern zu ändern wären.

– Daß die Bürokratie die Form alltäglicher Herrschaft, auch in ihrer demokratisch-repräsentativen Konstitution darstellt, hat schon Max Weber gewußt. Aus dieser Einsicht ist, da angeblich nur so das „Fachbeamtentum“ erhalten werden kann, selbst in den ersten Anfängen der der Bonner Republik nicht einmal die leiseste Konsequenz gezogen worden. Im Gegenteil. Otto Meyers berühmtes, gegen Ende des Ersten Weltkriegs formuliertes Wort „Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht“, läßt sich auch für die Bundesrepublik analog fortführen: Politische Verfassungen vergehen, (deutsche) Bürokratie und ihr Recht, einschließlich der berühmten „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“ bestehen fort.

c) Die Konflikte der siebziger und achtziger Jahre – die Stichworte lauten: Ökologie, Sicherheit/Frieden – haben deutlich gemacht, daß die Form der Mehrheitsentscheidung nur begrenzt tauglich ist. Es gibt politische Probleme, die durch eine Mehrheitsentscheidung, jedenfalls demokratisch gesehen, notwendig verfehlt werden müssen. Solche politische Entscheidungen gefährden direkt oder indirekt kurz- oder langfristig die sonst so hochgehaltene Stabilität mehr als ein verlängertes Maß politischer Zeit. Das heißt Entscheidungen mit möglicherweise globalen negativen Auswirkungen, mit Auswirkungen, die die Lebensbedingungen künftiger Generationen elementar beeinträchtigen könnten, dürfen auf keine Weise so oder so durch eine „demokratische Mehrheitsentscheidung“ hopplahopp durchgezogen werden, sondern bedürfen der Zeit als wesentliche Qualifikation des demokratischen Prozesses (des Moratoriums, während dessen eventuelle Gefährdungen erkannt oder ausgeräumt werden können, damit ein Höchstmaß an Information und Kompetenz der Entscheidungsträger, ja, tendenziell aller Bürgerinnen und Bürger, erzielt werden kann).

d) Mit den zusätzlichen Entscheidungsformen hängt der Minderheitenschutz eng zusammen. Viele politischen Probleme kann man nicht dadurch entscheiden, daß man entscheidet, nicht zu entscheiden. Gleichwohl gehören zu diesem Bereich negativer und positiver Nicht-Entscheidungen mehr potentielle Konflikte als üblicherweise wahrgenommen wird. Unter

negativen Nicht-Entscheidungen verstehen wir die notfalls repressiv eingepackte Vorentscheidung der Bundesrepublik als einer „freien Marktwirtschaft“. Als positive Nicht-Entscheidung bezeichnen wir die grundrechtliche Herausnahme des religiösen Bekenntnisses aus dem Bereich politischer Entscheidbarkeit.

Viele Probleme sind aber i.S. des Schutzes von Minderheiten (die quantitativ zuweilen sogar Mehrheiten sein mögen, deren Artikulationspotenz aber geringfügig ausfällt) nur durch ein verfassungspolitisches System der „checks and balances“, konzipiert von der US-amerikanischen Verfassung, zu gewährleisten. Hierzu gehören vornehmlich auch Verfahren der Konfliktartikulation und Beilegung von Konflikten, nicht zuletzt als Entscheidungsverfahren.

e) Wie dies im Hinblick auf Dritte Gewalt und Bürokratie schon angedeutet wurde, würde Demokratisierung, welcher Form auch immer, rasch zu verkümmern oder gar nicht in Gang zu kommen drohen, wenn sie auf den formell öffentlichen Bereich beschränkt bliebe. Generell sind durchgehende demokratische „Adäquanzverhältnisse“ quer zu allen Bereichen anzustreben. Sei es im Betriebsbereich und dem Sektor der Wirtschaft allgemein, sei es im Wirtschaftsbereich, sei es im Umkreis der Großverbände u.ä.m. Diese Diskussion muß einerseits die an den Rand gedrängte Debatte um die „Drittwirkung der Grundrechte“ erneut aufnehmen. Diese Debatte darf sich andererseits von der Behauptung unüberwindlicher „Sachzwänge“ nicht zu rasch ins Bockshorn jagen lassen. (. . .)

f) Alle Beteiligungsmöglichkeiten, so sehr sie ausgeweitet würden, so sehr die betreffenden Institutionen veränderte Verfahren einführen, fielen unzureichend aus, wenn das gegenwärtige Ausmaß politischer Abstraktheit bestehen bliebe. Und diese Abstraktheit nimmt, gefördert besonders durch die neuen Technologien, genauer durch die Art ihres Einsatzes, zu. Anders formuliert: es ist unabdingbar, daß politisch dezentralisiert wird, das Politikum autonomer Organisation vieler politischer Probleme in örtlicher Nähe begriffen und realisiert wird. Selbsthilfegruppen, alternative Projekte, autonome Frauenhäuser u.ä.m. haben hier einschließlich der Wohnungsbau- und Konsumgenossenschaften der zwanziger Jahre z.B. wichtige Ansätze und Erfahrungen eingebracht.

Grundsätzlich muß gelten, jede Entscheidung auf der jeweils möglichst untersten Ebene zu treffen und umzusetzen. Bei Entscheidungen allgemeiner Art sind Betroffenheiten von Regionen oder Gruppen mit zu berücksichtigen. (. . .)

Notizen vom Kurlaub am Sommerloch

Herr Bundestrainer

Gipfeltreffen in Paris. „Guten Tag, Herr Bundeskanzler.“ „Guten Tag, Herr Bundestrainer.“ So begrüßten sich, scheinbar von gleich zu gleich, Kohl und Derwall während des Kanzlerbesuchs im pariser Europameisterschaftsquartier der Fußballnationalmannschaft (12.6.1984).

Das Wort Bundestrainer ist irreführend. Der so Bezeichnete steht nicht mit dem Bund in Bonn, sondern mit dem Deutschen Fußball-Bund in Frankfurt in einem Angestelltenverhältnis. Er ist weder der oberste Trainer des Landes noch trainiert er den „Bund“, etwa Soldaten, Post- und Bahnbeamten.

Seit dem 26.6.1984 hat es ein Ende mit der „Prost, ich bin der Jupp“-Jovialität. Derwall ist nach dem frühen Ausscheiden der DFB-Auswahl aus der Europameisterschafts-Endrunde zurückgetreten.

Das ist kein herber Verlust. Wenn gleich man Derwall eines hoch anrechnen muß: Er hat es geschafft, so Joachim Sobotta von der Rheinischen Post, daß unsere Stars während des Abspielens der Nationalhymne kein Kaugummi mehr kauen. Dennoch: kein herber Verlust. Besitzt die Bundesrepublik doch – nach einer Rechnung von Ulfert Schröder („Die Weltwoche“, 28.6.1984) – zwanzig Millionen Bundestrainer. Das sind alle männlichen Einwohner über zwölf Jahre. Das Millionenheer der Bundestrainer weiß, was unserer Ländermannschaft fehlt. Im Ordnungsamt Hannover fand die „tageszeitung“ (27.6.1984) ein Rezept, das offenbar die dortigen Bundestrainer ausgestellt und zur Belustigung im Amt kursieren ließen: „Nach den schlechten Ergebnissen bei der Europameisterschaft soll die Fußballnationalmannschaft umgestellt werden: Im Angriff drei Juden, weil die nicht verfolgt werden dürfen. Im Mittelfeld ein Indianer, ein Chinese, ein Neger, damit das Spiel bunter wird. In der Abwehr vier Schwule, damit von hinten mehr Druck kommt. Im Tor eine 50jährige Nonne, weil die seit 30 Jahren keinen mehr reingelassen hat.“

Typisch deutsche Sudelei. Eine Prise Judenpfeffer, etwas Schwulenhäme und ein Schuß Klostersex. Da lob ich mir den Durchblick des temperamentvollen Radioreporters, der am Ende eines Spiels hellauf begeistert resümierte: „Nach der Pause sah man förmlich, wie ein Ruck durch die Rothosen ging.“

Kurlauben Sie quintessentiell!

Was tut, wer in Ferien fährt? Er „urlaubt“. Tut er dies mit absichtlicher Förderung seiner Gesundheit, so „kurlaubt“ er. Wie heißt der Kurlauber, der seit Jahr und Tag ins Salzburger Land fährt, weil es da am besten, am gesündesten ist? Er ist der „quintessentielle“ Kurlauber. – Der quintessentielle Zeitgenosse, belehrt uns die „Zeit“ vom 6.7.1984, hält den quintessentiellen Produkten die Treue. Quintessentielle Produkte überragen die Konkurrenz an Qualität und Ansehen. Es gibt nur einen Flügel, das ist der von Steinway; es gibt nur einen Teddybär, das ist der von Steiff. Der Levi's Jeans-Träger mit der Cartier-Uhr am Arm, der seine Coca-Cola unter dem azurblauen Himmel des Salzburger Landes mit dem Schweizer Armee-Messer öffnet, – er ist der quintessentielle Konsument unserer Zeit.

Verbleiben wir bei den Neuwörtern der Saison. Feine Neologismen gilt es anzuzeigen und der Duden-Redaktion zu empfehlen. Da legt ein „Aperçuniker“ ein Bändchen „Berserkasmen“ vor und bekennt, in guter benjaminischer Tradition, er lebe nicht aus dem Gefühl, daß das Leben lebenswert sei, sondern daß der Selbstmord die Mühe nicht lohne. – In der Landkommune harmoniert der „Prosument“ in Autarkie: er produziert, was er konsumiert. – Das „Neue Deutschland“ wendet sich gegen das Wettrüsten und schreibt „Westrüsten“. – Der „Humanipulation“ bedient sich, wer uns zu unserem Glück verführen möchte. – Verbringt der Arbeitnehmer seine Mußezeit mit dem Konsum des organisierten Freizeitangebots, wird er obendrein zum „Freizeitnehmer“. – Die von der Einheit der Wissenschaften und der Einheit der Lehrenden und Lernenden geprägte „Uni“versität ist inzwischen der „Multi“versität gewichen. – Schüler fertigen ihre Hausaufgaben ohne viel „Chipszerbrechens“ an. – Streß, ausgehend von „Stressoren“, trifft auf „Stressanten“, die auf die Frage nach dem Befinden antworten: „stressig, stressig“. Ob das wohl oder übel gemeint ist, wissen wir nicht. Dazu müßten wir die Unterscheidung zwischen „Eustress“ und „Dysstress“ machen. Das Gegenteil von „dys“ heißt im Griechischen „eu“ in der Bedeutung von „wohl, recht, gut“. – Ich gestehe mich positiv belastet gefühlt zu haben, während ich diese Glosse schrieb, gewissermaßen „eustressig“, wie im Kurlaub!

Nomen est omen

Früher hieß, wer viel und raunend und unverständlich redete, wer tiefenphilosophisch gründelte und dem George-Kreis nahestand, früher nannte man so einen „Deutobol Symbolowitsch Mystifizinski“.

Heute heißt der schwarze Riese auf dem Kanzlersessel in Bonn „Doktor Theophrastus Bombastus Honigmilch“. So laut „Hamburger Abendblatt“, zitiert im „Spiegel“ vom 25.6.1984.

Eine barocke Verhohnepiepelung! – Als er noch Anwärter war, nannte ihn Herbert Wehner kurz und trocken „Kandidat Hohl“. Überhaupt Wehner! Ein Meister der Namensverballhornung.

Die CDU-Bundestagsabgeordneten Todenhöfer und Wohlrabe schimpfte er „Hodentöter“ und „Übelkrähe“; seinen redseligen Parteigenossen von Dohnanyi ermahnte er, „nicht so viel zu donanieren“. – Zum Glück für uns, die wir nicht so talentiert sind wie Wehner, daß es Namen gibt, die zur Verballhornung geradezu einladen. Vom neuen Bundesmarktwirtschaftsminister heißt es, er taue für alle Ministerämter mit Ausnahme dem des Verteidigungsministers, und das allein wegen seines Namens. In der Tat: Vom Schlachtruf „Bangemann, geh du voran!“ würde der militärische Gegner wohl mehr ermuntert als unsere tapfere Vorverteilung.

Im Informationsdienst „Wissenschaft – Wirtschaft – Politik“, Nr. 26/84, schreibt der Bundesforschungsminister, „risikoscheue Unternehmer“ seien eines der Hauptthemnisse des wirtschaftlichen Aufschwungs. Sie sind noch mehr, sie sind eine *contradictio in adjecto*: Wer etwas unternehmen will, muß immer ein Stück *vabanque* spielen. Der Bundesforschungsminister fordert zur Investition von „Wagniskapital“ in „Pioniertechnologien“ auf. – Nennen wir den Minister künftig „Risikohuber“, evozieren wir den Beigeschmack von Geschäftshuberei im Umgang mit hochexplosivem Material!

Niklas Pronsfeld



Mockba + \$amaika

Während sich Moskau für die 12. Weltjugendfestspiele (50 Mill. Rubel) im Sommer 1985 rüstet, knüpft Washington mit 20 Mill. Dollar nicht nur Fäden für eine International Youth Conference (I.Y.C.) und ein „World Youth Festival of Arts“ beides gleichzeitig im April 1985 auf Jamaika („Jamfest '85), sondern auch an einer streng antikommunistisch und auf die „freie Marktwirtschaft“ fixierten internationalen Jugendstruktur, exklusiv für die zukünftigen „dynamic leaders“ der „Freien Welt“. Heinz-Hermann Storck, Mitglied des als „international-awärtiger Jet-Set“ bespöttelten Kreises von Jugendvertretern, untersucht die Bedingungen internationaler Jugendarbeit in „frostiger Zeit“ und fragt sich, wie auf Jugendebene eine ideologische Rekonfrontation nach dem Geschmack der „Kalten Krieger“ vermieden werden könnte. Aus Fehlern der 50er und 60er Jahre könnte man dabei einiges lernen.

Lassen wir es dahingestellt sein, ob eine neue Phase des „Kalten Kreiges“ unabänderlich bevorsteht, oder ob es gelingt, auch im länger werdenden Schatten thermonuklearer Präzisionswaffen Ansätze von global-politischer Vernunft zu retten. Woran jedenfalls im Interesse der Verständigung zwischen den Völkern unter zu Hilfenahme von gesellschaftlichen Gruppen in solchen „frostigen Zeiten“ wie den unsrigen internationale Jugendarbeit gelegen sein sollte, ist ohne Zweifel der Versuch, jene „Nischen“ so groß wie möglich zu halten, in denen – trotz eines forcierteren Kurses der Rekonfrontation und Reideologisierung in den intersystemaren Beziehungen – vorurteilsfreier darauf geschaut werden kann, wo gemeinsame Interessen der Jugend liegen und wie es – trotz aller Schwierigkeiten – möglich sein könnte, diese zu befördern. Denn es wäre ja falsch, die internationale Jugendarbeit auf Versöhnungs- und Verständigungsfunktionen begrenzen zu wollen. Ist es doch wichtiger denn je, daß gerade junge Menschen begreifen, daß „ein an den Problemen unserer Zeit . . . gewachsenes politisches Bewußtsein . . . seine Inhalte nicht allein aus . . . Problemen des eigenen Landes beziehen (kann). Wohl und Wehe des eigenen Landes hängen in zunehmendem Maße von weltweiten internationalen Bedingungen, Prozessen und Wechselwirkungen ab, wie umgekehrt die Verantwortung des eigenen Landes für die Erhaltung des Weltfriedens und seine gerechte Ausgestaltung ständig zunimmt. . . . Diese

Aufgabe, die Probleme nationaler und internationaler Politik in ihrer gegenseitigen Verschränkung zu sehen und Wege zu ihrer friedlichen Lösung zu suchen . . . muß jede Generation lernen und einüben“¹. Das kann fraglos nur gelingen, wenn „internationale Jugendarbeit (verstanden wird) als übergreifendes Lern- und Aktionsprinzip auf allen Ebenen der Jugendarbeit“². Ohne Zweifel ist dafür nicht nur die persönliche Attitüde „neugieriger Offenheit“ jedes Jugendlichen notwendig, sondern die instrumentellen Voraussetzungen müssen auch gegeben

Einige historische Reminiszenzen

Nach 1945 schien die Gründung einer weltweiten Jugenddachorganisation, die der internationalen Jugendarbeit wenigstens strukturell hätte ein Rückrat geben können, eine Chance zu haben. Nicht zuletzt nahm man den Art. 25 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Charta der Vereinten Nationen“ so ernst, daß man ihn wenigstens auf der Ebene der selbstorganisierten Jugendarbeit zu realisieren suchte: „Die Ausbildung soll die volle Entfaltung der mensch-



Jungdemokratendelegation in der Ukraine: Statt Jugenddiplomatie regionalisierte Kontakte

sein. Zu nennen sind hierbei³ der Austausch von Delegationen, Studienreisen, Seminare zu fachspezifischen Themen, Fachtagungen, internationale Begegnungen, Ferienlager, Partnerschaften zwischen lokalen Jugendgruppen und vor allem stabile, selbstorganisierte Strukturen, die diese Zusammenarbeit organisatorisch und finanziell unterstützen. Dies geschieht gewöhnlich durch internationale Jugendverbände, die ihrerseits entweder direkt von internationalen Organisationen (in Westeuropa z.B. die EG) oder indirekt von internationalen Stiftungen (etwa dem Europäischen Jugendwerk – EYF des Europarates) und natürlich auch aus nationalen „Töpfen“ finanziert werden.

lichen Persönlichkeit und die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziele haben. Sie soll Verständnis, Duldsamkeit und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen und religiösen Gruppen fördern und die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens begünstigen.“

Bereits im November 1942⁴ hatte der „Internationale Jugendrat für Großbritannien“ eine internationale Jugendkonferenz nach London einberufen, die ein Programm für die Nachkriegsarbeit erarbeitete, das u.a. sieben Grundrechte der Jugend proklamierte⁵: die Rechte auf Arbeit, Ausbildung, Erholung, Erziehung, Gesundheitspflege, das Recht, sich in Organisationen zusammenzuschließen und die Gleichberechtigung der Geschlechter⁶.

Vom 31. Oktober bis zum 10. November 1945 tagte in der Londoner Albert Hall⁷ die erste „Weltjugendkonferenz“, die – besucht von 437 Delegierten und 148 Beobachtern aus 63 Ländern – z.T. wörtlich Bezug nahm auf den o.g. UN-Artikel und den „Weltbund der Demokratischen Jugend“ (WBDJ) ins Leben rief⁸. Grußadressen entsandten der König von England, Präsident Truman, Josef Stalin, der tschechoslowakische Staatspräsident Beneš u.a.

In der unmittelbaren Folgezeit erhielt der WBDJ größten Zuwachs durch Jugendorganisationen der asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Länder, die – obwohl in der Regel nicht kommunistisch – zunehmend in Gegensatz zur Politik einiger Westmächte gerieten, die von ihrer Kolonialpolitik nicht lassen mochten⁹. Die Politik des „Kalten Krieges“, die die Jugendverbände nachvollzogen, tat ihr übriges.

1949 verließen die „westlichen“ Jugendorganisationen während einer Londoner Versammlung den WBDJ¹⁰ und gründeten „die stark von USA-Interessen dominierte“¹¹ Weltjugend-Versammlung (World Assembly of Youth). Die Spaltung der Jugend zwischen Ost und West und damit ihre Kommunikationslosigkeit war perfekt, wobei die Jugendorganisationen der III. Welt zumeist im WBDJ verblieben, der ihre Interessen nach Emanzipation von den westeuropäischen Kolonialmächten schon allein wegen des Ost-West-Gegensatzes nicht nur rethorisch besser vertrat.

Das pluralistisch gefaßte westeuropäische Jugendverbandsspektrum war innerhalb von WAY indirekt durch sog. Nationalkomitees vertreten, in denen sich ihrerseits auf staatlicher Ebene alle Jugendverbände zusammengeschlossen hatten. 1963 konstituierte sich, als „Fraktion der Europäer“, innerhalb dieser Weltjugend-Versammlung der Westeuropäische Jugendrat CENYC (Council of European National Youth Committees)¹², der im Laufe der sich anbahnenden Entspannungspolitik ein Hauptanliegen darin sah, die Chancen einer neu zu schaffenden gesamteuropäischen Jugendstruktur zu verbessern. Aber erst 1970 traf man sich in Salzburg das erste Mal (wieder) mit dem nun sowjet-kommunistisch dominierten WBDJ und vereinbarte gemeinsame Aktivitäten. Mittlerweile waren die Beziehungen zu dem US-amerikanischen Nationalkomitee USYC (US-Youth Council) über die Bewertung des Vietnamkrieges zunehmend in die Krise geraten. Als dann auch noch publik wurde, daß die Weltjugendversammlung, wie fast alle internationalen Jugendorganisationen, mit Ausnahme der liberalen¹³, von der CIA finanziert worden war¹⁴, kündigte der Westeuropäische Jugendrat auch formell die Zusammenarbeit mit WAY auf.

Gesamteuropäische Jugendkooperation

Den Wind der Entspannungspolitik im Rücken intensivierten die westeuropäischen Jugendverbände auf gesamteuropäischer Ebene in den folgenden Jahren ihre Ost-Kontakte. Voran gingen bei den ideologischen Richtungsverbänden der linksliberal ausgerichtete westeuropäische Zusammenschluß der liberalen und radikal-demokratischen Jugendverbände EFLRY (European Federation of Liberal and Radical Youth) und – nach dem CIA-Skandal – zögernder auch IUSY, die Internationale der Union der Sozialistischen Jugend. Auf der Ebene der jugendpolitischen Nationalkomitees spielten die Skandinavier und – zunächst verhaltener – das Deutsche Nationalkomitee (DNK) die entspannungspolitische Vorreiterrolle. Die Zielsetzung war klar: Es ging – zum ersten – darum, der Entspannungspolitik durch praktischen Jugendaustausch nicht nur eine politisch-konzeptionelle, sondern auch durch interpersonale Kommunikation eine politisch-psychologisch stabilere Basis zu geben (*Popularisierung der Entspannungspolitik*). Eine gesamteuropäische Verankerung der entspannungspolitischen Initiativen sollte – zum zweiten – die Einbindung junger Menschen aus allen Teilen Europas sicherstellen und auf diese Weise denkbare Pressionen einzelner Regierungen auf ihre „eigenen“ Jugendverbände wegen einer solchen Politik zumindest relativieren (*Europäisierung des Jugendaustauschs*). Zum dritten verfolgten jene westeuropäischen Jugendverbände, die die gesamteuropäischen Kontakte als erste aufgenommen hatten, hier vor allem die der Bundesrepublik, das Ziel, die Entspannungspolitik – zumindest auf jugendpolitischer Ebene – konzeptionell bei möglichst vielen Jugendgruppen zu verankern. Das bedeutete, auch jene Jugendverbände in die gesamteuropäische Jugendarbeit mit einzubeziehen, die bislang keine bilateralen Ostkontakte hatten, weil sie der Entspannungspolitik noch skeptisch bis ablehnend gegenüber standen. In der Bundesrepublik äußerte sich das intern in einem verstärkten Druck auf die DJO (also die Dachorganisation der Jugendverbände der Flüchtlinge und Vertriebenen – Deutsche Jugend des Ostens), sich in Sonderheit bei den Grenzfragen ohne Vorbehalte auf den Boden der „Ostverträge“ zu stellen und in dem – erst in den 80er Jahren erfolgreichen – Versuch, auch die Junge Union mit in die laufende Kooperation einzubeziehen (*Pluralisierung der Entspannungspolitik*). Zum vierten wünschten die westeuropäischen Jugendverbände, den gesamteuropäischen Jugendaustausch – weg von der Ebene der Jugenddiplomatie – so weit wie möglich an ihrer eigenen Mitgliederbasis durch Beteiligungen an Austauschmaßnahmen

zu verankern (*Fundamentalisierung der gesamteuropäischen Jugendbeziehungen*). Angestrebt wurde dabei langfristig nicht nur eine *Regionalisierung* von bilateralen und multilateralen Austauschmaßnahmen, sondern es sollten im Jugendbereich darüberhinaus auf lokaler Ebene die Ecksteine für Städtepartnerschaften gesetzt werden, die sich im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf der menschlichen Ebene so erfolgreich angehen lassen hatten. Und zum fünften – visierten die Westeuropäer die Gründung eines gesamteuropäischen Jugendwerkes an, das – nach dem Modell des deutsch-französischen Jugendwerkes und dem Europäischen Jugendwerk des Europarates, EYF (European Youth Foundation) – die gesamteuropäische Jugendkooperation finanziell und strukturell absichern sollte (*Stabilisierung der gesamteuropäischen Jugendkooperation*)¹⁵.

Diese jugendpolitischen Zielprojektionen der Westeuropäer stießen auf konzeptionellen Widerspruch bei den osteuropäischen Jugendverbänden. Unverändert galt und gilt für sie der Maßstab „Kontrollierbarkeit und Überschaubarkeit“. Dies sowohl in quantitativer Hinsicht als auch im Hinblick auf regionale Vielfalt der anzustrebenden Kontakte. Die Angst vor ideologischer Diversion und vor Subversion ist auch heute noch relevant. Hinzu kommt nachhaltige Skepsis (bis hin zur völligen Ablehnung) gegenüber der vom Westen angestrebten Pluralisierung der Ost-West-Kontakte. Maßgebend für den Wunsch nach selektiven Kontakten mit ideologisch „favorisierten Jugendverbänden“ dürfte dabei die Vorstellung sein, sozialistische, liberale und christliche Organisationen seien stärker ideologisch beeinflussbar und zudem nicht monokapitalistischen Kreisen per se zurechenbar, also deshalb einbindbar in anti-monopolistische Bündnisse.

Diese partiell gegenläufigen Interessenkonstellationen verzögern die Konstituierung einer gesamteuropäischen Zusammenarbeitsform bis zum Jahre 1980.

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen

¹ „Grundgedanken des Bundesjugendkuratoriums zur Weiterentwicklung internationaler Jugendarbeit“, Ergebnisniederschrift über die Sitzung des Bundesjugendkuratoriums am 9.2.77, Bonn, Anlage 2.

² „Jugendpolitische Vorstellungen“ des Deutschen Bundesjugendringes, verabschiedet auf d. Hauptausschußsitzung des DBJR am 26.6.76, Bonn.

³ Vgl. hierzu ähnlich: Bettermann, Erik: Die Situation der internationalen Jugendarbeit. In: Neue Gesellschaft, 11, 1978. Ott, Hans: Handbuch der internationalen Jugendarbeit. Köln 1968, S. 34 ff. Wagner, Reinhard: Jugend im fremden Land. Düsseldorf 1970, S. 19 ff.

⁴ Vgl. Scholmer, Joseph: Die Weltjugendfestspiele. In: Beil. zu „Das Parlament“, B 28/68 v. 10.7.1968, S. 4.

⁵ Vgl. Anonymus: Von der Jugendinternationale zu den Weltfestspielen. Die internationale

Verdienstvolle Studie

Hans Günter Brauch: Angriff aus dem All. Der Rüstungswettlauf im Weltraum. Verlag J.H.W. Dietz Nf. Berlin/Bonn 1984.

„Heute abend unternehme ich . . . einen ersten wichtigen Schritt. Ich gebe die Anweisung zu einer umfassenden und intensiven Anstrengung, ein langfristiges Forschungs- und Entwicklungsprogramm auszuarbeiten, um unserem Endziel näherzukommen, die Bedrohung durch Nuklearraketen zu beseitigen. Unser einziges Ziel – das alle Menschen teilen – ist das Streben nach Mitteln und Wegen, um die Gefahr eines Atomkrieges zu verringern.“

Mit diesen Worten leitete der amerikanische Präsident Ronald Reagan ein neues Kapitel des Vor- und Wettüstens ein, durch das nicht – wie angekündigt – der atomaren Bedrohung der Menschheit ein Ende, wohl aber der Weltraum zum Stationierungsort neuer, furchterregender und militärisch destabilisierender Massenvernichtungsmittel (denn der Ausdruck Waffen erscheint hier mehr als deplaciert) gemacht wird.

Neben den schon zahlreichen laufenden Weltraumrüstungsprogrammen des Pentagon – so für eine ballistische Raketenverteidigung, für Laser- und Strahlen-

waffen und für ein globales Ortungs- und Steuerungssystem – soll nunmehr durch gigantische finanzielle und technische Anstrengungen der USA die Militarisierung des Weltraums endgültig festgeschrieben werden. Die ersten Schritte, um die Völker beider Machtblöcke wieder einmal vor vollendete Tatsachen zu stellen, sind bereits vollzogen worden: Ein flugzeuggestütztes Antisatelliten-System (Satellitenkiller) befindet sich bereits seit Ende '83 im Test; es soll schon '87 nach einer Investition von 4,5 Milliarden Dollar (!) einsatzbereit sein. Die Fähigkeit, die Frühwarnsysteme der anderen Seite zu zerstören, würde – so ein von Brauch zitierter Luftwaffenoffizier der Vereinigten Staaten – „eine ausgezeichnete Deckung für einen begrenzten Atomschlag“ darstellen. Zwischen 1985 und 1989 sollen bis zu 27 Milliarden Dollar und damit der Gegenwert zu etwa einem Drittel unseres Bundeshaushalts aufgewendet werden, um die erste Stufe eines Raketensperrsystems im Weltraum aufzubauen.

Dem Autor, Dr. Hans Günter Brauch, wissenschaftlicher Angestellter und Lehrbeauftragter für internationale Politik an der Universität Stuttgart und einer der kenntnisreichsten SPD-Experten für Fragen der amerikanischen Sicherheitspolitik, kommt das Verdienst zu, die erste kritische Studie zur Problematik der Aufrüstung im Weltall vorgelegt zu haben. Brauchs Arbeit erscheint zu einer Zeit, da die Bonner Kohl-Regierung keinerlei energische Anstrengung unternimmt, um die gefährlichen Rüstungsvorhaben der US-Administration zu stoppen. An der Unwilligkeit Reagans scheiterte auch das sowjetische Verhandlungsangebot, mögliche Rüstungskontrollgespräche mit einem Produktions- und Stationierungs-Moratorium für Weltraumsysteme einzuleiten. Die sowjetischen Bemühungen hingegen, zu einer Übereinkunft zu gelangen, sind zweifellos ernstgemeint. Die UdSSR befürchtet, ansonsten einen substanzberührenden technologischen Wettlauf aufnehmen zu müssen, den sie kaum als erste der Weltführungsmächte siegreich beenden könnte.

Nach einem knappen historischen Überblick über die Weltraumprogramme von USA und UdSSR vermittelt der Autor die wichtigsten technologischen Voraussetzungen der Weltraumrüstung: die der Raketen, der Satellitentechnik und der elektronischen Steuerungssysteme. Zu welchen in ihrer Wirkungsweise fast unvorstellbar gefährlichen Vernichtungs-

instrumenten die sprunghafte und von einer breiteren Öffentlichkeit bisher kaum bemerkte Entwicklung dieses Technikbereichs führt, beschreibt Brauch am aktuellen Stand der Weltraumrüstungsprogramme. Was heute noch wie ein erst beginnender Wettlauf der Weltführungsmächte um eine Vorrangstellung im Weltraum aussieht, wird in diesem Buch als greifbare und zum Teil schon als kurz vor der Verwirklichung stehende Möglichkeit dargestellt.

Dabei wird offenkundig, daß Reagans Aufrüstungsvorhaben im All den dreisteinsten Bruch geschlossener Verträge in der Geschichte der Rüstungskontrollpolitik bedeutet – eine Politik wider das internationale Recht. Seit 1972 verbietet das ABM-Abkommen genau jene Pläne, die morgen ausgeführt werden sollen. Es ist also höchste Zeit, zu informieren und aufzuklären. Brauchs Arbeit liefert dafür eine wichtige Grundlage.

Michael Staack

Kurzbesprechung

Welt aktuell '85 – Staaten und Daten, Personen und Proteste. Das andere Jahrbuch. rororo aktuell, Bd. 5257. DM 16,80 – 510 Seiten. Reinbeck 1984.

Internationale Jahrbücher haben den Nachteil, teuer und nicht mehr aktuell zu sein. Beides trifft auf diesen Band nicht zu. Er profitierte von amerikanischen Datenbanken. Eine „Chronik der rasenden Ereignisse“ vom April 1983 bis Mai 1984 gibt zunächst auf 38 Seiten einen Überblick über wichtige nationale und internationale Vorkommnisse und Entwicklungen. Im Abschnitt „Weltbühne“ (194 Seiten) versucht der Band in Form von Essays, Analysen, Reportagen und Polemiken Zusammenhänge aufzuzeigen. Das gilt für nationale und internationale Politik ebenso wie für Arbeitskämpfe, Frauenrecht, Probleme der Umweltpolitik und des Datenschutzes, für Modisches und politisch Problematisches in Technik und Kultur. Einfühlsam beschreibt Kapitel III „Menschen“, Prominente und Betroffene. Eine wertvolle Fundgrube zur schnellen Orientierung bietet der Abschnitt „Die Länder der Welt – Daten und Berichte“ (166 Seiten). Die Aktivitäten einer großen Bandbreite von „Organisationen, Konferenzen, Verbände“ werden sodann vorgestellt. Abgeschlossen wird der Band von einem „Fundbüro“. Dicht gedrängt finden sich hier – über 13 Seiten – einige hundert Adressen, die jeder politisch Aktive schon immer gern beieinander gehabt hätte.

Wolfgang Froese

Jugendarbeit des Kommunismus in Vergangenheit und Gegenwart. In: Beil. zu „Das Parlament“, B XXIX/57, v. 31.7.57, S. 468.

⁶ Das Ausmaß sowjet-kommunistischer Regie bei diesem anti-faschistisch orientierten Gründungsprozeß ist schwer zu beurteilen, da die spätere zeitgeschichtliche Literatur hierüber völlig in den Denkstrukturen des „Kalten Krieges“ verfangen ist. Die wohl abgewogenste Darstellung: Breßlein, Erwin: Die Weltjugend und der Dogmatismus. In: Beil. zu „Das Parlament“, B 22/73, v. 2.6.73, S. 4.

⁷ Vgl. „WFDY for Peace, Detente and Disarmament 1945 – 1982“, Budapest 1982, S. 3.

⁸ Vgl.: Breßlein, Erwin: Drushba! Freundschaft? Von der Kommunistischen Jugendinternationale zu den Weltjugendfestspielen. Frankfurt 1973, S. 82 ff.

⁹ Ebd., S. 84.

¹⁰ Näheres bei: Svedrup, Carl-Johan: Gesamt-europäische Jugendzusammenarbeit. In: Ergebnis des ECB-Seminars „Gesamteuropäische Zusammenarbeit“. Straßburg 4. – 11.3. 1978.

¹¹ Wiczorek-Zeul, Heidemarie: Die Jugendpolitik in den europäischen Institutionen. Bonn 1980, S. 91.

¹² Vgl. a.a.O., S. 92.

¹³ So etwas ist bei Liberalen auch möglich.

¹⁴ Besonders pikante Details finden sich im Zusammenhang mit den „Gegenfestival“-Aktivitäten westeuropäischer Jugendverbände anlässlich der vom WBDJ ausgerichteten Weltjugendfestspiele Wien (1959) und Helsinki (1962) in Der SPIEGEL 10/1967 und 31/1968. Die drucksachen werden in der nächsten Ausgabe darauf noch eingehen.

¹⁵ Details s. nächste drucksache.

Daten-Schützer

Wen oder was der neue Bundesdatenschutzbeauftragte Baumann eigentlich schützt — den Bürger vor Mißbrauch seiner Daten oder den Mißbrauch der Daten vor dem Bürger — ist nicht immer klar ersichtlich. Hatte er sich schon in der Kritik an Behörden, anders als sein Vorgänger Bull, von vornherein äußerste Selbstbeschränkung auferlegt, weiß er nun auch gegen eines der bedenklichsten Projekte zur Überwachung der Bundesbürger nichts einzuwenden:

CEVIS heißt das Wunderding, das auch den maschinenlesbaren Personalausweis in seinen Auswirkungen schon wieder verblässen läßt. Dahinter verbirgt sich ein neues, wieder einmal fälschungssicheres, Kfz-Kennzeichen, das — wie sollte es anders sein — maschinenlesbar ist. Im Unterschied zum Personalausweis merken die Betroffenen aber gar nicht, daß sie kontrolliert und möglicherweise gespeichert werden, denn die Erfassung erfolgt automatisch im Vorbeifahren.

Kontrollen werden so schnell, umwelt- und bürgerfreundlich, ohne unangenehme Überstunden für die Beamten, jederzeit und an jedem Ort möglich.

Wer sollte da etwas dagegen haben? Und wieso eigentlich jemand wie Herr Baumann, der doch unsere Daten schützt?

Vollmundig

Hans-Dietrich Genscher, designerter Absteiger aus der Vorstandsetage der FDP, hat nach der Wende eines seiner Lieblingsbonbons für rechtsstaatlich denkende Liberale in der Schublade versinken lassen: Die weltweite Ächtung der Todesstrafe, 1979 dem Bundesvorstand der Jungdemokraten als ein ganz zentrales Feld gemeinsamer Politik von Radikaldemokraten und Parteiführung präsentiert. Genscher schweigt zu diesem Thema, zumindest, was die Vereinigten Staaten angeht. Hatte er noch nach dem Wahlerfolg der FDP 1980 volltönend angekündigt, damit eine UNO-Initiative zu starten, sagt er heute nichts zu den barbarischen Hinrichtungsaktionen, die neuerdings wieder in dem Land stattfinden, das die „westliche Kultur und Freiheit“ und insbesondere die Sicherheit unserer Republik mit atomaren Mittelstreckenraketen schützen soll.

Richtige Töne kamen jetzt vom Rechtspolitischen Sprecher der SPD, Alfred Emmerlich: Er nahm den Tod des 46jährigen Timothy Baldwin auf dem elektrischen Stuhl von Angola/Louisiana zum Anlaß, diese Praxis als „eines Kulturstaates unwürdig“ zu verurteilen. Baldwin hatte bis zuletzt seine Unschuld beteuert und die ihm zur Last gelegte Tat bestritten.

Bleibt abzuwarten, ob Genscher, der sich sonst gerne besorgt um die Menschenrechte, besonders in Afghanistan oder im Ostblock zeigt, während seines bevorstehenden scheinweisen Rücktritts noch einmal den Mut finden wird, gegenüber einem amerikanischen Präsidenten sein humanitäres Engagement unter Beweis zu stellen.

Annäherung

Otto Schily, ehemaliger grüner Fraktionssprecher und Westberliner mit Wahlkreis in der Bundesrepublik, reiste Anfang September zu einem Kurzbesuch in die Hauptstadt der DDR zu mehr inoffiziellen Gesprächen.

Schily, der in der Vergangenheit bereits einmal von einem Einreiseverbot betroffen war, traf mit Prof. Herbert Häber, Mitglied des SED-Politbüros zu einem Meinungsaustausch zusammen.

Das Gespräch Schilys stellt insofern einen Wendepunkt grüner Umgehensweise mit der DDR dar, als die bisherigen offiziellen Kontakte in erster Linie durch eine „Demonstration“ einiger prominenter Grüner, unter ihnen Lukas Beckmann und Petra Kelly, irritiert waren. Diese hatten im Mai letzten Jahres auf dem Alexanderplatz in Berlin-Ost für die westlichen Fernsehkameras blockübergreifende Friedensaktionen vorgeführt und ein Transparent „Schwerter zu Pflugscharen“ entrollt.

Einer derartigen Nagelprobe sozialistischer Toleranz ausgesetzt, hatte die SED-Führung in der Folgezeit weitere einreisewillige Grüne postwendend an der Grenze zurückgeschickt.

Inzwischen zeichnet sich aber bei den Grünen eine breite deutschlandpolitische Diskussion ab. Sie wird nicht zuletzt vom derzeitigen Westberliner Bundestagsabgeordneten Dirk Schneider in Gang gehalten, der als ein konsequenter Verfechter der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft bekannt ist.

Rechts-Bewußtsein

Ernst Kuchler, Leiter der Volkshochschule in Leverkusen und stellvertretender Vorsitzender der örtlichen SPD, beging eine demokratische Selbstverständlichkeit. Er verhalf den Liberalen Demokraten, mit seiner Unterschrift, dazu, eine bürokratische Hürde zu überspringen. Um nämlich bei Kommunalwahlen kandidieren zu können, müssen Parteien, die nicht bereits in einem Parlament vertreten sind, zunächst eine bestimmte Zahl von Bürgern nachweisen, die den Wahlvorschlag formal unterstützen. Mit Kuchler gaben noch zehn weitere SPD-Mitglieder mit ihrer Unterschrift den Leverkusenern die Möglichkeit, die LD wählen zu können.

Das droht ihnen nun allesamt zum Verhängnis zu werden. Denn die SPD-Mitglieder des Wahlausschusses prüften nicht nur die formale Korrektheit der eingereichten Wahlvorschläge. Nach Aussage des Grünen-Vertreters notierten Parteivorsitzender Bast, Geschäftsführer Pillekat und Fraktionschef Singer gewissenhaft alle Sozialdemokraten, die bei einer fremden Partei unterschrieben hatten. Daß solches Vorgehen grob rechtswidrig ist — die Wahlausschußmitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet — kümmerte die lokalen Funktionäre wenig; sie setzten ihre Erkenntnisse sogar beim innerparteilichen Machtkampf ein. Auf der nächsten Vorstandssitzung teilten sie dem zum linken Parteiflügel gerechneten Kuchler mit, aufgrund seiner Unterschrift für die LD sei er automatisch aus der SPD ausgeschlossen.

Der Vorstand lenkte erst ein, als Kuchler sein Parteiamt niederlegte und versprach, seine Unterschrift zurückzuziehen. Der SPD-Spitze in Bonn war dies indes nicht genug. Diese kündigte — ihrem eigenen Selbstverständnis als Hüterin des Rechtsstaats folgend — nicht etwa Parteiordnungsverfahren gegen die Datenschnüffler an; SPD-Geschäftsführer Glotz ließ vielmehr in einem Zeitungsbeitrag wissen, an dem Parteiausschluß gegen Kuchler und Genossen gebe es nichts zu rütteln. Und SPD-Fraktionschef Vogel wiederholte Gleiches auf einer Pressekonferenz in Leverkusen.

Inzwischen ist die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, um den Gesetzesverstoß zu untersuchen. Besonders peinlich wird dies dem Fraktionsvorsitzenden Singer sein: Er ist im Zivilberuf Oberstaatsanwalt in Köln.

„Der Ausverkauf – Macht und Verfall der FDP“ nannte Rowohlt ein SPIEGEL-Buch, das vor einigen Monaten gedruckt wurde und bald im modernen Antiquariat zu einem angemessenen Preis zu kaufen sein wird. Der Autor, Günter Verheugen, wird im Klappentext vorgestellt: „Er war FDP-Mitglied von 1960 bis 1982 und vier Jahre lang ihr Generalsekretär.“ Dies ist richtig. Doch weiter: „Er wurde Mitglied der SPD, für die er seit der Wahl 1983 dem Deutschen Bundestag ange-

während der sozialliberalen Koalition. Leute, die etwas mehr Distanz zu Genscher einnahmen, argwöhnen doch tatsächlich, daß der mit den Ohren schon viel früher begonnen hatte, Sprengsätze in das Regierungsbündnis zu legen.

Nur Leser, die durchhalten und die Seite 150 erreichen, erfahren, mit wem Verheugen abrechnen will. Der Titel des Buches hätte es nicht ahnen lassen. „Es hatte von der Seite des Bundeskanzlers nicht den Versuch gegeben, die Koalition

ist seitdem nicht Teil oder Partner, sondern Opponent der Friedensbewegung.“

Nur wer begriffen hat, daß Verheugen hier mit Helmut Schmidt abrechnet, kann erkennen, daß er keine Banalitäten formuliert. In der Tat, die Analyse von Verheugen ist richtig. Der Ausverkauf von Positionen mit der Folge des Verlustes von Wählern und von Regierungsmacht hat die SPD, Verheugens heutige Partei, um ein Vielfaches härter getroffen als seine alte Partei.



(v.l.n.r.) Verheugen, Duve, Schuchardt; hier allerdings mit ihrem Buch: „Das liberale Gewissen“

hört.“ Noch richtig, aber der entscheidende Halbsatz, der für das Verstehen des Buches unerlässlich ist, fehlt: und wurde zum Experten der Fraktion für Südafrika.

So muß das Buch für einen weiten Leserkreis völlig unverständlich bleiben. Nur jemand, der weiß, daß sein Scheitern in der SPD ihm viel stärker noch in den Knochen steckt als sein Versagen als Generalsekretär, kann die psychologische Brisanz dieses Buches überhaupt ermes-

sen. So muß der ahnungslose Leser erwarten, hier rechnet jemand mit der FDP – vor allem mit Genscher – ab. Doch weit gefehlt. Arglos, wie in seiner Amtszeit als Generalsekretär, nimmt der Autor seinen alten Mentor in Schutz. Oder ist es Dankbarkeit gegenüber dem, der ihn in seinen Stab holte, ihn zum Geschäftsführer von Partei und Stiftung machte und schließlich zum Generalsekretär beförderte?

„In Köln wurde die Politik der ‚Wende‘ erstmals angekündigt, von Genscher selbst und in der Schlußrede auch von mir, ohne jeden koalitionspolitischen Arg“ (S. 117). Die Rede ist hier immerhin vom letzten Bundesparteitag der FDP

mit Hilfe derjenigen in der FDP, die loyal zur Koalitionsaussage standen, doch noch einmal zu stabilisieren. Überhaupt hatte Helmut Schmidt mit diesem Teil der FDP wenig anfangen können.“

Schon 46 Seiten zuvor war diese nicht erwiderte Liebe frustriert konstatiert worden: „Der Wechsel zu Baum, den der Bundeskanzler partout nicht als Innenminister sehen wollte (er wollte Graf Lambsdorff, an dem er einen Narren gefressen zu haben schien). . .“

Nur wer sich in diesem Buch mühsam von hinten nach vorne durcharbeitet, versteht, was Verheugen sich von der Seele schreibt. Er haut nur den Sack Genscher, meint aber den Esel Schmidt, wenn er zu Beginn des Buches (S. 12 f.) formuliert: „Da ist zunächst der Mangel an Sensibilität in den Themen, der zuerst die junge Generation und dann mehr und mehr nachdenkliche Bürger von den traditionellen Parteien vertrieben hat.“ „Die Partei wurde in der Praxis zur Kernkraft-Lobby und was sie für den Umweltschutz in ihren Programmen forderte, torpedierte sie in der Praxis.“ „Aber sie wurde in den Vollzug der Nachrüstung getrieben und

Seine Rolle als Generalsekretär, als er also noch Macht hatte, beschreibt er in einer Weise, die sowohl für Psychologie- als auch für Geschichtsstudenten hoch interessant ist. Die „Ich-Form“ wählt Verheugen, wenn er ausführlich erläutert, wie er die Wahlkampfstrategie für 1980 entwickelte, Genscher schließlich mitmachte und wie „wir beide“ Erfolg hatten.

Wenn er die Ohnmacht der Linksliberalen nach dem Kanzlersturz beschreibt, nimmt er die Rolle eines Beobachters ein. Der Leser soll vergessen, daß der Autor diesen Vorgang nicht als Journalist erlebte, sondern als der Mann, der den Apparat des Dehlerhauses führte. Ein Vorgang von Verdrängung, wie ihn Lehrbücher kaum schöner beschreiben können.

Ein Geschichtsseminar, das zur Zeit eine Einführung in das Quellenstudium anbietet und diesen Text ausläßt, vergibt sich ebenfalls eines Lehrstückes. Verheugen beschreibt, wie Genscher die Partei in den Vollzug der Nachrüstung trieb, aber läßt unerwähnt, wie er selbst Borm und die Jungdemokraten gedrängt hat, von ihren Anträgen gegen den Parteivorstand zu lassen, oder wie schlecht die Infrastruktur der Linksliberalen war.

Ein klassisches Beispiel von Geschichtsfälschung produziert er, wenn er den ersten Versuch einer ernsthaften Strukturbildung unter den Linksliberalen – den Kölner Kongreß – beschreibt und bewertet: „Auffällig war jedoch, daß von den zur Linken zählenden Mitgliedern der Fraktion und des Vorstandes kaum jemand erschienen war.“ Kein Wort, daß er selber da war und den Kongreß umfunktionieren wollte, daß mit Baum und Ronneburger zwei weitere Präsidiumsmitglieder anreisten, immerhin mehr als ein Drittel des Gesamtvorstandes und mehr als ein Viertel der Bundestagsfraktion zu den Teilnehmern und Referenten zählten.

Dieses Verheugen-Buch müßte eigentlich kommentiert werden und zur Pflichtlektüre für alle Historiker gemacht werden. Sie würden dann viele Quellen von Augenzeugen und Beteiligten in der Geschichte ganz neu sehen.

Martin Budich

AUFRUF

Das Demokratische Bildungswerk Niedersachsen e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich der Jugend- und Erwachsenenbildung verschrieben hat. Um die Arbeitsmöglichkeiten des Bildungswerkes zu verbessern, ist ein größeres Projekt geplant:

Der Erwerb und Ausbau eines eigenen Tagungshauses. Ein entsprechendes Projekt steht im südlichen Stadtgebiet von Hannover (Waldheim) zum Verkauf: 2 (zu renovierende) Häuser, ca. 1.550 m² Grundstück, ca. 100.000 DM.

Durch Renovierungen, An- und Umbauten könnte man dieses Projekt zu einem Tagungszentrum ausbauen. Dies wird über einen längeren Zeitraum von etwa zwei bis drei Jahren verteilt zusätzlich zum Kaufpreis noch einmal 150.000 bis 200.000 DM kosten – viel Eigenarbeit vorausgesetzt. Eine Wohngemeinschaft soll – als Ausgleich für kostenloses Wohnen – Betrieb und einen Teil der Renovierung des Objekts übernehmen.

Darüberhinaus ist das Objekt groß genug, daß eine Teilvermietung an den Landesverband der Jungdemokraten, dessen Druckerei und an ein zu gründendes „Radikaldemokratisches Zentrum Hannover“ möglich ist.

Ziel ist, mit diesem Projekt einen wesentlichen Schritt zur Konsolidierung des radikaldemokratischen Spektrums – weit über Niedersachsen hinaus – zu vollziehen.

Das Demokratische Bildungswerk Niedersachsen e.V. verfügt jedoch über keinerlei Eigenmittel für den Kauf. Deshalb rufen wir auf, den Erwerb dieses zukünftigen Bildungszentrums Hannover zu unterstützen.

Das kann wie folgt geschehen:

- Durch Spenden, die aufgrund der Gemeinnützigkeit des DBN von der Steuer absetzbar sind.
- Durch den Erwerb von Anteilscheinen nach folgendem Modell: Sie erwerben an dem Objekt Anteilscheine über 1.500 DM, die über eine Treuhandgesellschaft als Hypothek ins Grundbuch eingetragen werden. Die Anteilscheine haben eine Befristung von fünf Jahren. Verbunden mit dem Erwerb eines Anteilscheins spenden Sie dem DBN 500 DM als Grundstock für Renovierung, Aus- und Umbau. Zudem betrachtet und verbucht das Bildungswerk die jährliche Kapitalverzinsung von 10 % als Ihre Spende und stellt Ihnen darüber eine Spendenbescheinigung aus. Ihre 1.500 DM erhalten Sie dann nach fünf Jahren zurück. (Im Gegensatz vieler anderer Bildungswerke, Verbände und Parteien ist diese Praxis völlig legal!)
- Durch Sachspenden für das Inventar.
- Durch Mitarbeit bei Renovierung, Aus- und Umbau.

Unterstützen Sie diesen Aufruf – werben Sie auch in Ihrem Bekanntenkreis dafür!

Weitere Informationen/Unterlagen erhalten Sie vom: Demokratischen Bildungswerk Niedersachsen e.V.; c/o Dirk Scheelje, Bülowstraße 1, 3000 Hannover.

Nachts um eins bin ich fix und fertig.

Für alle, die mehr über die Zeitung wissen und damit arbeiten wollen, gibt es jetzt das
Medienkundliche Handbuch
Die Zeitung.
Teil 1: Zeitungssystematischer Teil
170 Seiten DM 24,-
Teil 2: Medienpädagogischer Teil
384 Seiten DM 34,-

Eine interessante Informationsquelle für jeden, der hinter die "Kulissen" des publizistischen Geschehens blicken möchte.

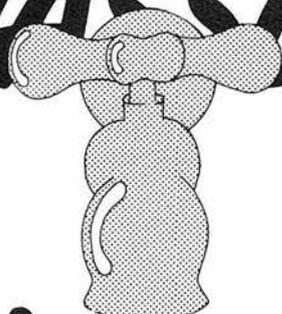
In jeder Buchhandlung erhältlich.

Westermann-Verlag/Agentur Pedersen



Die Zeitung.

WASSER



klar!

Ein beliebtes Volksgetränk und seit Jahren das meistgekauftete Waschmittel. Wasser. Wir von den Stadtwerken stellen sicher, daß dieses Qualitätsprodukt so bleibt, wie Sie es gewohnt sind: klar? Klar!



**Stadtwerke Bochum
GmbH**

klare Sache



liberales bildungswerk nrw e.v

Kieler Straße 25 – 27
5600 Wuppertal 1

Tel.: 0202/45 50 54

Liebe Freunde,

zum Abschluß des Jahres bieten wir Ihnen einen der Höhepunkte unseres dies-jährigen Programms an:

Festival Russischer Winter

Moskau/Leningrad vom 30.12.1984 bis 6.1.1985

Diese Reise geht von Berlin über Moskau nach Leningrad. In beiden Städten sind neben einem reichhaltigen touristischen Angebot auch Begegnungen und politische Gespräche sowie die Besichtigung einer sozialen Einrichtung und eines Betriebes vorgesehen. Die große Silbersterfeier in Moskau mit einem Festessen, russischer Folklore, Sekt, Wodka und Kaviar wird jedoch sicherlich der Höhepunkt dieser Fahrt.

Reiseverlauf

Die Reise beginnt in Berlin-Schönefeld mit dem Flug nach Moskau. Dort bieten wir eine Stadtrundfahrt (Roter Platz, Basilius-Kathedrale, Bolschoi-Theater, Leninhügel, . . .); die Besichtigung des Kreml mit seinen vielen Kathedralen; ein Besuch der Allunionsausstellung mit dem Kosmonautenpavillon und dem Rundpanoramakino; ein Museumsbesuch; eine Theatervorstellung oder ein Ballettabend und natürlich die *Große Silvesterfeier* mit Musik und Tanz und kostemlosen Essen und Trinken!!

Außerdem findet in Moskau ein Begegnungstreffen mit Moskauer Bürgern und eine Betriebsbesichtigung statt, bei der die Möglichkeit zum Gespräch mit den Beschäftigten und Vertretern der Gewerkschaft geboten wird.

Am Mittwochabend geht die Reise dann weiter mit dem Nachtzug von Mos-

kau nach Leningrad. Diese Fahrt von über 1.000 km im Schlafwagen mit bequemen 4-Bett-Abteilen ist schon ein Erlebnis für sich: In jedem der sehr gut beheizten Waggons gibt es eine Schaffnerin, die pausenlos den berühmten russischen Tee kocht und sich um das Wohl der Fahrgäste kümmert.

In Leningrad, der alten zaristischen Hauptstadt unter dem Namen Petersburg, beginnen wir ebenfalls mit einer Stadtrundfahrt (Winterpalais, Revolutionsmuseum, Piskarjow-Gedenkfriedhof, Admiralität, . . .); Besichtigung der Isaak-Kathedrale, einer der größten Kuppelbauten der Welt; Besuch der Eremitage (staatliches Kunstmuseum); evtl. Ausflug nach Puschkin mit seinen prunkvollen Palästen und herrlichen Parkanlagen und Besichtigung der Peter-Paul-Festung.

Dazu kommt wiederum ein Begegnungstreffen, der Besuch einer sozialen Einrichtung mit Besichtigung und Diskussion, und außerdem ein Treffen mit der „Gesellschaft für die Freundschaft mit dem Ausland“.

Von Leningrad aus Rückflug nach Berlin-Schönefeld.

Leistungen

- Flug Berlin – Moskau und Leningrad – Berlin mit Linienmaschinen
- Bahnfahrt mit dem Nachtzug von Moskau nach Leningrad
- alle Transfers in der UdSSR
- Unterbringung in Touristenhotels (2- bis 3-Bettzimmer mit Bad/Dusche, WC)
- umfangreiches Begegnungs- und Besichtigungsprogramm
- deutschsprachige, sowjetische Reiseleitung
- Visumbesorgung
- Vollpension

Preis

Pro Person nur 950,- DM, alles inclusive! Sollten Sie Interesse an dieser außergewöhnlichen Fahrt haben, bitten wir um baldige Anmeldung auf dem untenstehenden Coupon, da die Visumerteilung erfahrungsgemäß einige Wochen dauert und über Silvester Hauptreisezeit ist, so daß die Flüge möglichst früh gebucht werden müssen.

Aufgrund der recht hohen Vorfinanzierung, die wir dem Reisebüro leisten müssen, wird bei der Anmeldung eine Anzahlung auf den Reisepreis in Höhe von 100,- DM fällig, die per Scheck oder Banküberweisung auf unser Konto bei der Düsseldorfer Volksbank (Kto. 800 645 018, BLZ 301 600 83) einzuzahlen ist. Stichwort: Russischer Winter.

Hiermit melde ich mich verbindlich zum „FESTIVAL RUSSISCHER WINTER“ vom 30.12.1984 bis 6.1.1985 in Moskau/Leningrad an.

Eine Anzahlung auf den Reisepreis in Höhe von 100,- DM werde ich sofort auf das Konto des Liberalen Bildungswerks NRW e.V. bei der Düsseldorfer Volksbank (Kto. Nr. 800 645 018, BLZ 301 600 83) einzahlen. Stichwort: Russischer Winter.

Den Rest des Teilnehmerbeitrags werde ich bis spätestens 14 Tage vor Beginn überweisen.

Mir ist bekannt, daß ein Rücktritt von dieser Buchung spätestens 30 Tage vor dem Abflugtermin erfolgen muß, da ansonsten der volle Teilnehmerbeitrag fällig wird.

Name/Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum:

Unterschrift: